



Institut für
Didaktik der Demokratie



Leibniz
Universität
Hannover

Jubiläumsschrift 2023



10 Jahre
Institut für
Didaktik der Demokratie

**Impressum**

10 Jahre Institut für Didaktik der Demokratie –
Jubiläumsschrift 2023

Herausgeber

Institut für Didaktik der Demokratie
Leibniz Universität Hannover
Philosophische Fakultät

Callinstr. 20
30167 Hannover

Tel.: +49 511/762 17317
E-Mail: post@idd.uni-hannover.de

www.idd.uni-hannover.de

Direktorium

Prof. Dr. Dirk Lange
apl. Prof. Dr. Detlef Schmiechen-Ackermann
Dr. Wolfgang Beutel

Bildnachweis

Sofern nicht anders angegeben, liegen die Bild-
rechte beim Institut für Didaktik der Demokratie

Redaktion

Abelina Junge
Dr. Wolfgang Beutel
Marina Hoppe



Inhalt

Editorial

- 1 10 Jahre Institut für Didaktik der Demokratie an der Leibniz Universität Hannover

Magazin

- 5 **Detlef Schmiechen-Ackermann** Demokratiegeschichte als Herausforderung. Reflexionen aus Anlass des 175. Jahrestages der Märzrevolution 1848/49
- 7 **Wolfgang Beutel/Dirk Lange** Monitor Demokratiebildung – eine Daueraufgabe?
- 9 **Wolfgang Beutel/Malte Kleinschmidt/Dirk Lange/Christiane Schröder** Inclusive Citizenship Education – Eine bereichsübergreifende Forschungs- und Entwicklungsperspektive
- 11 **Dominik Dockter** Der mühsame Weg zur Demokratie – Kontinuitäten und Diskontinuitäten zur NS-Zeit in der jungen Bundesrepublik
- 13 **Theresa Bechtel/Jessica Burmester-Kock/Elizaveta Firsova-Eckert/Bastian Vajen/Christoph Wolf** Diskriminierungskritische Politische Bildung
- 15 **Christian Hellwig/Karolin Quambusch** Die Erinnerung an die Deutsche Teilung zwischen wissenschaftlicher Aufarbeitung und öffentlicher Debatten
- 17 **Michele Barricelli** Bewusstsein und Erzählung. Ein Zwischenruf zur lernenden Demokratie
- 19 **Abelina Junge** Lernen jenseits des Klassenzimmers: Potenziale des Demokratielernens in außerschulischen Lernorten
- 21 **Patrick Bredl/Steve Kenner/Michael Nagel** Politische Bildung und die multiple Krise. Gesellschaftliche Transformationsprozesse durch emanzipatorische und partizipatorische Bildung begleiten
- 23 **Alrun R. Vogt** Verschwörungstheorien als Herausforderung für die politische Bildung

Profilpapier

- 25 IDD-Profilpapier

Aktivitäten des IDD

- 27 Projekte im Gesamtüberblick 2013 – 2023
- 31 Aktuelle Projekte
- 42 Laufende Dissertationsvorhaben

Personal

- 47 Direktorium
- 49 Geschäftszimmer
- 50 Wissenschaftliche Mitarbeiter*innen
- 58 Studentische Mitarbeiter*innen
- 61 Assoziierte Kolleg*innen
- 62 Beirat

Publikationen

- 64 Schriftenreihe beim Wallstein Verlag
- 65 Schriftenreihe bei Springer VS
- 66 Handbücher und Einzelpublikation
- 67 Blog „Abseits der Fußnote“

Kooperationen

10 Jahre Institut für Didaktik der Demokratie an der Leibniz Universität Hannover

Das Institut für Didaktik der Demokratie (IDD) wurde 2013 gegründet und als Teil der Philosophischen Fakultät der Leibniz Universität Hannover eingerichtet. Es hat sich mit zum Ziel gesetzt, Forschungs- und Transferaktivitäten auf den Feldern von Politischer Bildung und Demokratiepädagogik, Geschichte und Erinnerungskultur sowie den sozialen Herausforderungen der Zivilgesellschaft des 21. Jahrhunderts zu bündeln und zu profilieren. Ein großer Kreis von Förderern und Partnern hat das IDD bei seinen vielfältigen Aktivitäten unterstützt. Dafür bedanken wir uns ganz herzlich.

Die Herausforderungen und Aufgaben haben sich auch nach zehn Jahren in ihrem Kern nicht verändert, die Dringlichkeit der Stärkung von Demokratiekompetenz und politischer Bildung in Schule und außerschulischer historisch-politischer Bildungsarbeit ist eher größer geworden. Um den Herausforderungen unserer Gegenwart zu begegnen, benötigt die demokratische Gesellschaft demokratie-didaktische Befragungen, Anregungen und Antworten. Wie können die Reflexion historischer Erfahrungen und die Intentionen einer demokratisch fundierten politischen Bildungsarbeit zur Förderung eines kritischen Demokratiebewusstseins beitragen?

Zu seinem zehnjährigen Jubiläum möchte das Institut für Didaktik der Demokratie diese aktuellen Herausforderungen als zentrales Arbeitsthema aufgreifen und Perspektiven für eine lernende Demokratie entwickeln. Das vorliegende Heft gibt einen Einblick in die Vielfalt unserer Forschungen, in die Breite und Pluralität der dabei bearbeiteten Themen und Aufgaben – und es möchte Sie als Leser:in gerne dazu einladen, sich von unserer Arbeit und dem dahintersteckenden Engagement einer großen Gruppe junger wie erfahrener Wissenschaftler*innen anstecken zu lassen.

Wir wünschen eine anregende Lektüre und freuen uns auf Ihre Nachfragen!

Prof. Dr. Dirk Lange
apl. Prof. Dr. Detlef Schmiechen-Ackermann
Dr. Wolfgang Beutel, Vertretungsprof.

Das IDD blickt zurück – 2013 bis 2016



2015: Die Teilnehmer*innen des 2015 startenden Interdisziplinären Promotionskollegs „Didaktische Forschung“.



2016: Auftakttagung des interdisziplinären Forschungsprojektverbundes „Cultural Heritage als Ressource? (CHER), Konkurrierende Konstruktionen, strategische Nutzungen und multiple Aneignungen kulturellen Erbes im 21. Jahrhundert“ im Tagungszentrum in Herrenhausen am 20./21. Oktober 2016. Am Rednerpult: Dirk Lange.



2015: Internationaler Workshop on Civic Education in der IDD-Lernwerkstatt. Es spricht Prof. Dr. Murray Print, University of Sydney.



2013: Michele Barricelli spricht auf der Tagung „Vielfalt, Identität, Erzählung“, die zum Abschluss des Forschungsprojektes „Interkulturelles Lernen im Geschichtsunterricht an niedersächsischen Schulen“ im Leibnizhaus in Hannover veranstaltet wurde.



2013: Der Direktor des Institutes für Zeitgeschichte, Prof. Dr. Andreas Wirsching spricht auf einer Theodor-Lessing-Lecture im 14. Stock des Conti-Hochhauses zum Thema „Das Private im Nationalsozialismus“.



2016: Das Leitungsteam des Projektes „Multiplying Civic Competences“ bei einem in Kiew durchgeführten Seminar. Von links: Roland Freitag, Jessica Burmeister, Inken Heldt, Christoph Wolf.

2015: Ein Panel auf der vom IDD im Haus der Region, Hannover, ausgerichteten internationalen Abschlusstagung des Niedersächsischen Forschungskollegs „Nationalsozialistische ‚Volksgemeinschaft‘?“. Auf dem Podium v.l.n.r. Prof. Dr. Michele Barricelli, Prof. Dr. Martin Lücke, Prof. Dr. Habbo Knoch, Prof. Dr. Malte Thießen, Dr. Verena Haug. Am Rednerpult: Prof. Dr. Dietmar von Reeken.



2016: Kick-Off-Meeting des Projektes „Inclusive Adult Education for Refugees“ (Out-Side-In) im April 2016 in der IDD-Lernwerkstatt in der Callinstraße.



Das IDD blickt zurück – 2017 bis 2020



2019: Projektkooperation mit dem Education Research Network der University of Sidney zum Thema „Inclusive Citizenship Education to address increasing societal disparity“, Arbeitstreffen im März 2019 in Sydney.



2017: Teilnehmende auf der zweiten interdisziplinären Tagung des Projektes „CHER – Cultural Heritage als Ressource?“, Gedenkstätte Berliner Mauer.



2017: Erstes Treffen der Mitglieder des Leibniz Forschungszentrums „Center for Inclusive Citizenship“ (CINO) im Senats-sitzungssaal der Leibniz Universität Hannover.

2020: Öffentliche Präsentation einer Bestandsanalyse zu den Grenzmuseen im Rahmen des Leitprojektes „Grenzgeschichte(n)“ der Metropolregion Hamburg.



2018: Kick-Off-Meeting des Projektes „Digital Resistance“ im Gebäude des Europarates in Straßburg.



2018: Der IDD-„Winterausflug“ führte das Team der Mitarbeitenden in das Archiv von Hannover 96,



2018: IDD-Beteiligung an einer Delegationsreise der Leibniz Universität nach Beijing und Shanghai hier: Erfahrungsaustausch zum Thema „Cultural Heritage“ im World Heritage Institute of Training and Research for the Asia and the Pacific Region an der Tongji University Shanghai.

Das IDD blickt zurück – 2021 bis 2023



2022: ALICE-Projekttreffen in Amiens zur Erstellung einer Graphic Novel.



2022: IDD-Projektteam auf der Dachterasse des Humboldt Forums in Berlin.



2022: Gerhard Sälter führt einen Teil des IDD-Teams durch die Gedenkstätte Berliner Mauer.

2022: Alrun R. Vogt präsentiert Erasmus-Projekte des IDD beim Pädagogischen Austauschdienst in Bonn..



2023: Professor Samuel Abrams von der Columbia University in New York City besucht das IDD.



2022: Detlef Schmichen-Ackermann spricht auf dem vom IDD veranstalteten Symposium „Die deutsche Erdölwirtschaft im „Dritten Reich“. Aktuelle Forschungen und neue Perspektiven“.



2022: Christian Hellwig, Detlef Schmichen-Ackermann, Theresa Bechtel und Christoph Wolf (v.l.n.r.) bei einem Planungstreffen.



Gedenkstein auf dem Friedhof der Märzgefallenen. Foto: Detlef Schmiechen-Ackermann

Demokratiegeschichte als Herausforderung. Reflexionen aus Anlass des 175. Jahrestages der Märzrevolution 1848/49

Detlef Schmiechen-Ackermann

„Erinnerungskultur“ basiert stets auf einer gedanklichen Verbindung von historischen Ereignissen und aktuellen gesellschaftlichen Problemlagen. Wir erinnern uns – positiv wie negativ – vor allem an Dinge, die in unserer und für unsere Gegenwart noch eine Relevanz haben. Zugespielt formuliert: „Erinnerung spiegelt immer die jeweilige Gegenwart“ (Rüdiger Hachtmann). 2023 wurde mit diversen Feierlichkeiten, Tagungen und Aktivitäten an den 175. Jahrestag der Märzrevolution erinnert und diese als ein Meilenstein der deutschen Demokratiegeschichte gewürdigt. Derartige Jahrestage bieten Gesellschaften Anlässe, sich über prägende Prozesse der eigenen Vorgeschichte zu verständigen. Sie generieren eine nicht immer nachhaltige, sondern manchmal auch schnell vorübergehende Konjunktur für ein Thema, die sich in Form von zahlreichen Veranstaltungen und Festreden in den Kulturkalendern sowie auf dem Buchmarkt niederschlägt. Es bleibt zu hoffen, dass die zahlreichen Demokratie-Aktivitäten des Jubiläumsjahres 2023 zu einer substantielleren Verankerung der Demokratiegeschichte in der deutschen Erinnerungskultur führen mögen. Die Chancen hierfür stehen nicht schlecht. Blicken wir zunächst kurz in die Rezeptionsgeschichte der Revolution von 1818/49. Nach der Niederschlagung der demokratischen Bewegung blieb die Bewertung der revolutionären Ereignisse unter den Zeitgenossen in hohem Maße konträr. Dass die freiheitlichen Tendenzen von 1848 in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zunächst nur eine sehr begrenzte Prägekraft entwickeln konnten und stattdessen der Prozess der Nationalstaatsgründung sich vor allem mit

nationalistischen und imperialistischen Tendenzen verband, ist zurecht vielfach beklagt worden. In den Weimarer Jahren versuchte man eher punktuell, an die Traditionen von 1848 anzuknüpfen, während der nationalsozialistischen Zeit wurde die Rezeption ganz auf den Prozess der nationalen Einigung verengt. Einen Höhepunkt erreichte diese Instrumentalisierung, als Adolf Hitler 1938 den „Anschluss Österreichs“ zur Vollendung der 1848 begonnenen, 1871 aber in eine kleindeutsche Variante kanalisierten Reichseinigung stilisierte. Der 1948 begangene 100. Jahrestag spiegelte bereits die Realität der Ost-West-Blockkonfrontation wider: In der entstehenden DDR wurden die Märzereignisse unter dem Etikett der „bürgerlich-demokratischen Revolution“ in eine feste Epochenfolge historischer Formationen integriert, die notwendigerweise auf das Endziel des Kommunismus zusteuerte. Im westlichen Deutschland bildete dagegen fortan vor allem der mit der Paulskirche verbundene demokratische Verfassungsentwurf den Fokus der Erinnerung. Der 1998 begangene 150. Jahrestag wurde in der Bundesrepublik vor allem im Zeichen einer „Ankunftsgeschichte“ (Hachtmann) zelebriert: Im Zeichen der vorschreitenden europäischen Einigung wurde „1848“ nun sehr stark als ein europäisches Ereignis wahrgenommen, in dessen Kontext nun Deutschland positiv im vereinigten Europa „ankommen“ konnte. Zugleich wird man 1998 als Startpunkt einer „Eventisierung“ der Märzrevolution sehen können: In Baden präsentierten Schauspieler mit Heckerhut und Bauernsens revolutionäre Szenen; organisierte Wanderungen folgten der Spuren der demokratischen Vor-

kämpfe Friedrich Hecker und Gustav Struve. „Freiheitsläufer“ eilten aus ganz Deutschland in einer Art Sternlauf nach Frankfurt (Grünthal). Der in diesem Jahr zelebrierte 175. Jahrestag von 1848 steht eher im Zeichen einer voranschreitenden Institutionalisierung der demokratischen Erinnerungskultur.

Zwar sind die Debatten, ob der 18. März als Erinnerung an die Barrikadenkämpfe in Berlin zum Feiertag oder zum nationalen Gedenktag erhoben werden sollte, bislang trotz vielfacher Bemühungen noch nicht erfolgreich gewesen. Aber der Deutsche Bundestag hat mit seiner 2021 getroffenen Entscheidung, eine „Stiftung Orte der deutschen Demokratiegeschichte“ mit Sitz in Frankfurt am Main ins Leben zu rufen, Fakten geschaffen. Dies ist auch als ein politisches Signal dafür zu verstehen, dass den heutigen Bedrohungen der Demokratie durch Populisten und Querdenker, durch Rechtsextreme und Reichsbürger energisch entgegengetreten werden soll. Derzeit wird bereits am inhaltlichen Konzept für ein „Haus der Demokratie“ gearbeitet, das in enger Verbindung zur Paulskirche in Frankfurt am Main eingerichtet werden soll. Noch wichtiger als diese „von oben“ organisierte und finanziell unterfütterte Etablierung einer demokratiegeschichtlichen Erinnerungskultur könnte die Konstituierung eines Netzwerkes zahlreicher demokratiegeschichtlicher Erinnerungsorte und Gedenkstätten werden, die parallel hierzu bereits stattgefunden hat. Die „Arbeitsgemeinschaft Orte der Demokratiegeschichte“ bündelt erfolgreich in einem gemeinsamen Webauftritt (<https://www.demokratie-geschichte.de/>) sehr vielfältige und konkrete räumliche Anknüpfungspunkte für eine in Zukunft intensivierte Beschäftigung mit dem Thema „Demokratiegeschichte“. Man wird davon ausgehen können, dass künftig neben die beiden bislang dominierenden Bereiche der deutschen Erinnerungskultur – die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus sowie mit dem in der DDR begangenen Unrecht – der positiv besetzte Themenbereich der demokratischen Errungenschaften und Traditionen ein weiteres Standbein der in der bundesdeutschen Gesellschaft gepflegten Erinnerungskultur bilden könnte. Angesichts der aktuellen Diskussionen könnte zudem die Frage, wie wir mit dem kulturellen Erbe des Kolonialismus umgehen können und müssen, ein weiteres Element eines breiter differenzierten öffentlichen Gedenkens und Erinnerns bilden.

Warum es Sinn macht, sich mit demokratischen Errungenschaften wie politischer Partizipation und individuellen Freiheitsrechten zu beschäftigen und an Meilensteine der demokratischen Entwicklung (wie zum Beispiel auch die Novemberrevolution 1918, die Weimarer Verfassung von 1919 oder die Entstehung des Grundgesetzes 1948/49) zu erinnern, hat Michael Parak kürzlich noch einmal sehr prägnant auf den Punkt gebracht: „Die Beschäftigung mit Demokratiegeschichte als Teil der historisch-politischen Bildung kann einen Beitrag dazu leisten, Handlungsspiel-

räume zu erkennen und Gefühle der Ohnmacht zu überwinden. Sie kann dabei helfen, dass Bürgerinnen und Bürger sich für eine Stärkung der Demokratie in Deutschland einbringen – im Bewusstsein, dass demokratische Werte in der Vergangenheit erkämpft werden mussten und auch heute keine Selbstverständlichkeit sind; mit der Zuversicht, dass demokratische Entwicklung gelingen kann; und als Ansporn, Demokratie zu leben, weiterzuentwickeln und, wenn notwendig, auch zu verteidigen.“

Weiterführende Literatur

Günther Grünthal: Die Revolution von 1848/49 – Versuch einer Bilanz, in: Armin Burckhardt/Kornelia Pape (Hg.), Sprache des deutschen Parlamentarismus. Studien zu 150 Jahren parlamentarischer Kommunikation, Wiesbaden 2000, S. 23–39.

Rüdiger Hachtmann: Epochenschwelle zur Moderne. Einführung in die Revolution von 1848/49, Tübingen 2002.

Michael Parak: Demokratiestärkung durch Demokratiegeschichte? Beispiel 1848/49, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 7–9/2023, 10.02.2023, S. 39–44.

Plakat „175 Jahre Märzrevolution“,
Foto: Detlef Schmiechen-Ackermann



Monitor Demokratiebildung – eine Daueraufgabe?

Wolfgang Beutel/Dirk Lange



Schon seit längerer Zeit kann man eine erneute Debatte um Konzepte und Begriffe der demokratischen Erziehung, des Lernens von Demokratie und der politischen Bildung in den Schulen und der Jugendbildung erkennen. Dabei rücken die sozialisatorischen Einflüsse und Lernmöglichkeiten in den pädagogischen Institutionen – vor allem in Schule und in der non-formalen politischen Bildung, vermehrt auch hinsichtlich der Kitas und Kindergärten – und der demokratischen Gesellschaft insgesamt in den Blick. Der Oberbegriff dieser Debatte lautet aktuell „Demokratiebildung“, wobei der Impuls zu diesem Begriff zunächst aus dem politischen Raum sowie der Sozialpädagogik und Jugendarbeit gekommen ist. Eine Erweiterung der Diskussion um die politische Bildung geht weiterhin zudem von der Demokratiepädagogik aus. Gemeint ist mit beiden Begriffen eine Perspektive, in der die Forschungen und Entwicklungen von wissenschaftlicher Schulpädagogik und Allgemeiner Didaktik mit einem Bezug zu den Diskursen der politischen Bildung eine zentrale Rolle spielen – sowie damit eben auch die Formen und Erfahrungen aus der praktischen Arbeit und den Entwicklungen im Schulwesen und in der Jugendarbeit. Die Diskussion dürfte noch eine geraume Zeit anhalten. So gesehen bewegt sich der aktuelle Diskurs um „Demokratiebildung“ im Spannungsfeld zwischen bildungspolitischen Vorgaben und Erwartungen an das Feld, den konzept- und begriffsbezogenen Debatten der politischen Bildung sowie den vielfältigen Praxismodellen und Erfahrungsberichten, die insbesondere seit den 1990er-Jahren bis heute aus dem Feld der Demokratiepädagogik und der demokratischen Schulentwicklung resultieren – vom BLK-Programm „Demokratie lernen & leben“ über den Wettbewerb „Demokratisch Handeln“, den Deutschen Schulpreis bis hin zu den Programmen, Projekten und Zentren aus dem BMFSFJ-Programm „DemokratieLeben“.

Um für die Konzentration und Zusammenführung der bisherigen Entwicklungsprojekte, wissenschaftlichen Untersuchungen, Gutachten und Statements eine grundlegende Basis zu erarbeiten, hat das Institut für Didaktik der Demo-

kratie (IDD) der Leibniz Universität Hannover Mitte 2020 mit einem vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderten Projekt „Monitor Demokratiebildung“ begonnen, das zunächst bis zum März 2024 laufen wird. Dann wird eine Pilotstudie vorliegen. Das übergeordnete Ziel dabei ist, mit dem „Monitor Demokratiebildung“ ein Instrument zu entwickeln und fachlich zu etablieren, das den Stand der Demokratiebildung in Wissenschaft und Praxis in Deutschland regelmäßig aufnimmt, beschreibt und auf diese Weise zu einer Integrationsleistung in einem gegenwärtig noch eher heterogenen Handlungsfeld substanziell und nachhaltig beiträgt. Die vorweggehenden Schritte zielen darauf, ein Indikatorenraaster zu erarbeiten und zu etablieren, das dazu beitragen wird, „Demokratiebildung“ in der Vielfalt und den empirisch anzutreffenden Schattierungen differenter Konzepte und Handlungsstrategien zu erfassen und kontinuierlich zu beschreiben. Damit wird zugleich ein Beitrag geleistet zur Integration und rationalen Ergänzung der verschiedenen Handlungsfelder des fachlichen Unterrichts politischer Bildung, der Kinder- und Jugendarbeit in non-formalen Settings sowie der praktischen Entwicklung von Schulen als Umgebungen und Lernanlässe für demokratisches Engagement, aber auch für das Wissen um und für die Demokratie sowie die Förderung von demokratischen Werten – insgesamt gesehen ist ein Monitoring zur Demokratiebildung ein profilierender Beitrag zur Etablierung demokratischer Handlungskompetenz als einem Ziel institutionalisierter Pädagogik.

Ein Monitoring zur „Demokratiebildung“ muss aktuell neben der Reformulierung bestehenden konzeptionellen Denkens und Handelns die Besonderheiten und Traditionen demokratischer Erziehung im Blick behalten. Insbesondere die Schule steht dabei in einem herausfordernden Spannungsfeld, da sie von ihrer Herkunft und Geschichte als Institution zunächst keine demokratische Einrichtung, sondern eine rationale Form der Entwicklung und Stabilisierung der jeweils vorherrschenden gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse darstellt. Sie stiftet jedoch zugleich eine Lern-

und vor allem auch Lebensumgebung, in der Kinder und Jugendliche während ihrer Schullaufbahn bis zu 13 Jahre der für sie entscheidenden Entwicklungsperioden des Aufwachsens verbringen. Schule ist demokratisch – per Gesetzeslage und rechtlicher Verfasstheit – und zugleich auch undemokratisch. Denn sie ist selektiv, rationalisierend, eng gesteuert in einem Top-Down-Setting und sie favorisiert Homogenität in Lerninhalten und Lerngruppen sowie fachlich sich wechselseitig abgrenzende Differenzierung des Unterrichts. Sie etabliert so gesehen zunächst das Gegenbild zu einer offenen, pluralen, kulturell differierten demokratischen Gesellschaft, die zudem zunehmend mehr der Inklusion und Integration verpflichtet ist. Der „Demokratiebildung“ als konzeptionell gehaltvolles Feld der Ausdifferenzierung und Modernisierung dieses stets präsenten und ambivalenten Gesichts der Schule sowie weitere Institutionen des Lernens kommt deshalb eine entscheidende Bedeutung zu, die durch wissenschaftsorientierten Fachunterricht allein nicht aufgefangen werden kann.

Angesichts dieser quer zu allen systemischen Elementen im modernen Bildungswesen liegenden Aufgabe wird auch sichtbar, dass in der vorausgehenden Diskussion um Schulqualität, Schulentwicklung, Professionalisierung im formalen und non-formalen Bereich der institutionalisierten Bildungsbereiche die Zivilgesellschaft eine große und bedeutsame Rolle eingenommen hat. Viele der Impulse, die 2009 und 2018 in der KMK zur Verabschiedung entsprechender Empfehlungen zur Stärkung der demokratischen, historischen und politischen Bildung geführt haben, wurde durch Projekte und Entwicklungskontexte impulsgebend gefördert, die mit Hilfe von Stiftungen und im Zusammenwirken von wissenschaftlichen, staatlichen und privaten Initiativen entstanden sind.

Es ist zu erkennen, dass die aktuell im Feld tätigen Akteure und Projekte eine besonders starke Praxis demokratiebildnerischer Entwicklungen und Initiativen mit begründeten und praxisleitenden Überzeugungen sowie sichtbarer Wirkung erzeugen konnten. Zugleich fehlen jedoch nicht nur Wirkungsforschungen, sondern auch ein belastbares System theoriegeleiteter Professionalisierung des durch Politik und Schulpraxis geforderten Innovationsschubs für Demokratiebildung, wie er in der KMK-Vereinbarung „Demokratie als Ziel, Gegenstand und Praxis historisch-politischer Bildung und Erziehung in der Schule“, in den Landesschulgesetzen und in den in fast allen Bundesländern seit zwei Jahren ausformulierten Runderlassen, Qualitätstableaus und Handreichungen zur Demokratiebildung erkennbar wird.

Es liegt deshalb nahe, die entwicklungsbegleitenden Wissenschaftsfelder der politischen Bildung und der Demokratiepädagogik mit einer integrativen Perspektive einzubeziehen: Demokratiebildung wird dabei, analog zur politischen Bildung, verstanden als eine vom Subjekt ausgehende emanzipatorische Mündigkeitsbildung auf Grundlage de-

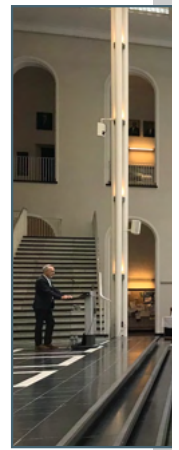
mokratischer Werte wie Gleichheit, Solidarität, Gerechtigkeit und Freiheit. Mündigkeit bedeutet dabei nicht, die lebenspraktisch vorgefundene Ausgestaltung der Demokratie lediglich zustimmend zu akzeptieren, sondern sie kritisch zu bewerten und partizipativ zu verändern. Zugleich werden Erfahrungs- und Lernfelder in den pädagogischen Institutionen einbezogen, die über den fachlichen Unterricht politischer Bildung sowie deren non-formale Formen und Aspekte hinausgehen. Aufgrund dieser bislang eher pragmatischen Beschreibung von „Demokratiebildung“ wird in der Monitor-Pilotstudie nach konzeptionellen Ansätzen und damit zusammenhängenden Erfahrungen gefragt, mit denen Demokratiebildung als Querschnittsaufgabe institutionalisierter Erziehung und Bildung verlässlich konzipiert, im Anschluss an solche Konzepte in ihrer Wirkung auch beschrieben und evaluiert werden kann.

Das Konzept des Monitoring in Kontexten von Bildung, Lernen und den zugehörigen gesellschaftlichen Institutionen versteht sich als stetige oder regelmäßige Beobachtung von Rahmenbedingungen, Merkmale und Ergebnisse von Bildungsangeboten, und -prozessen sowie der diese begründenden institutionellen Handlungsformen. Ansätze dazu skizziert der 2020 vorgelegte 6. Kinder- und Jugendbericht (BMFSFJ 2020), welcher der Politik und den Bildungswissenschaften ein solches Monitoring als kontinuierlich zu verfolgende Aufgabe ausdrücklich nahelegt. Es kann kaum überraschen, dass auch ein Monitoring zur „Demokratiebildung“ eine Aufgabe beschreibt, die nach Präzisierung und Kontinuität streben muss, um dem Erfordernis einer angemessenen Modernisierung der Bildungseinrichtungen und der didaktischen Konzepte sowie der Professionalisierung in den pädagogischen Handlungsfeldern zu entsprechen. Schließlich muss hinzugefügt werden, dass die unübersehbaren Tendenzen in der Erosion der demokratisch verfassten Gesellschaften des Westens und die Herausforderungen, die die Bewahrung einer lebenswerten Zukunft für kommende Generationen auf dieser durch Bevölkerungswachstum, Markt und Kultur gefährdeten Erde ebenfalls für Demokratiebildung und deren stetige Passung an die Zeiterfordernisse spricht – dies sei mit Blick auf die globalen und internationalen Entwicklungen angesprochen, ohne dass wir uns damit anheischig machen, Politik durch Bildung ersetzen oder belehren zu wollen.

Weiterführende Literatur

Wolfgang Beutel/Steve Kenner/Dirk Lange: Monitor Demokratiebildung, in: Hans Berkessel/Matthias Busch/Hannelore Faulstich-Wieland (Hg.), Gerechtigkeit. Jahrbuch Demokratiepädagogik Bd. 8., Frankfurt/M. 2022, S. 134-141.

BMFSFJ (Hg.): Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter. 16. Kinder- und Jugendbericht. Berlin 2020.



Expert*innen-Panel auf der „International Conference: Inclusive Citizenship as Belongings, Practices and Acts“ in Hannover, 29.09.2022 – 01.10.2022.

Inclusive Citizenship Education – Eine bereichsübergreifende Forschungs- und Entwicklungsperspektive

Wolfgang Beutel/Malte Kleinschmidt/Dirk Lange/Christiane Schröder

Inclusive Citizenship Education stellt sowohl eine international vertretene Forschungsperspektive als auch ein reflexiv-analytisches Instrument dar, um didaktische Ansätze und Gegenstände aus einer machtkritischen und performativen Perspektive zu konzeptualisieren. Dieser Ansatz wurde in einer interdisziplinären Zusammenarbeit an der Leibniz Universität Hannover entwickelt, die 2017 unter maßgeblicher Beteiligung des IDD zur Gründung des fakultätsübergreifend arbeitenden und positiv evaluierten Leibniz Forschungszentrums „Center for Inclusive Citizenship“ (CINC) führte. Die Mitglieder des Forschungszentrums CINC sind gegenwärtig in neun verschiedenen Instituten der Leibniz Universität sowie acht auswärtigen Universitäten und Hochschulen verankert.

Das gemeinsame Interesse aller CINC-Mitglieder gilt der Reflexion gesellschaftlicher Konstruktionen von Citizenship und damit einhergehender Exklusionsprozesse. Ausgehend von der Analyse der Exklusion wird interdisziplinär nach existierenden oder anzustrebenden Praxen der Inklusion gefragt. Ein besonderer konzeptioneller Ansatz des CINC ist, Exklusion nicht als einen Ausschluss aus der Gesellschaft, sondern vielmehr als eine Ausgrenzungserfahrung in der Gesellschaft zu verstehen. Es wird nur dann verständlich, wer in- oder exkludiert wird und auf welche Weise dies geschieht, wenn die Analyse der Inklusions- und Exklusionsprozesse die Dimension der Macht an zentraler Stelle berücksichtigt. Macht und Machtkritik werden damit zu Schlüsselfaktoren für die Reduktion solcher innergesellschaftlicher Exklusionsprozesse und für eine um-

fassende Strategie bewusst reflektierter „Einbeziehung des Anderen“ (Habermas).

Inclusive Citizenship Education teilt die Perspektive jüngerer Diskurse in der politischen Bildung, derzufolge es – mit der Kritik von Gerhard Himmelfmann gesprochen – nicht die primäre Aufgabe politischer Bildung ist, Lernenden die „etatistische ‚hohe Politik‘ und die dort zu lösenden Probleme“ (Himmelfmann 2001) zu vermitteln. Stattdessen soll ein Schwerpunkt politischer und demokratischer Bildung auf die Lebenswelten der Lernenden gelegt werden. Ziel ist es dann, ein Lernen zu fördern, dass es den Lernenden ermöglicht, das Politische in diesen Lebenswelten diskutierbar, erfahrbar und potenziell auch veränderbar zu machen. Zugleich geht Inclusive Citizenship Education weiter als die auch auf der Basis jenes pragmatisch inspirierten Denkens der Demokratiepädagogik erreichte normative Orientierung an der gesetzlich und institutionell verfassten liberalen Demokratie.

Die Perspektive von Inclusive Citizenship Education zielt auf ein anderes Verständnis von Demokratie. Es wird zwar auch hier davon ausgegangen, dass der Staat formal gesehen demokratisch verfasst ist. Jedoch ist zugleich die Annahme prägend, dass auch der demokratisch verfasste Staat strukturell auf Ungleichheitsverhältnissen, Exklusionsmechanismen und Herrschaft aufgebaut ist – nicht zuletzt, weil die daraus resultierende Politik viel zu wenig gegen eine solche Ausschlusspraxis unternimmt oder gar meritokratische Ungleichheitsverhältnisse als Ausdruck von Leistungsdifferenz und – damit verbunden – unterschied-



Beide Bilder: „International Conference: Inclusive Citizenship as Belongings, Practices and Acts“ in Hannover, 29.09.2022 – 01.10.2022.

lich tiefer Inklusion in Macht und materieller Teilhabe begründet.

Das Ziel von Demokratiebildung im Sinne der Inclusive Citizenship Education hingegen ist es, dieses Spannungsverhältnis zu problematisieren und damit den Ist-Zustand der Demokratie beständig herauszufordern (Kleinschmidt/Lange 2022) sowie Impulse zur Transformation zu setzen. Zugleich verbindet sich das Konzept von citizenship nicht mit einer statischen und formalen Zugehörigkeit zu einer gesellschaftlichen oder nationalen Gruppe – also nur als Status. Vielmehr muss es stetig durch Handlung und Kritik an bestehenden Exklusionsverhältnissen erweitert und dynamisiert werden – man spricht dann von „acts of citizenship“.

Diese unterschiedlichsten bürgerschaftlichen Praxen, die von klassischen politischen Repräsentationsformen wie Parteien, Wahlen, Interessenvertretungen bis zu neuen Partizipationsphänomenen wie Vernetzungen über Soziale Medien und Onlineforen reichen, manifestieren sich sowohl auf gesellschaftlicher Ebene als auch auf Ebene des Subjekts. In den gemeinsamen Forschungen des CINC werden beide Perspektiven am Beispiel unterschiedlichster Differenzlinien, z. B. soziale oder ethnische Herkunft, Geschlecht, Behinderung oder Alter, analysiert. Insbesondere stehen dabei die drei als Spannungsfelder zu verstehenden Dimensionen Ressourcen/Teilhabe, Diversität/Normalisierung sowie Partizipation/Macht im Fokus. Die thematisch breit gefächerte und mehrdimensionale Projektarbeit erfolgt dabei in Übereinstimmung mit den besonderen Expertisen der CINC-Mitglieder in den sechs Themenclustern:

- Citizenship Education
- Medical Citizenship
- Digital Citizenship
- Gender, Migration & Citizenship
- Culture Heritage & Citizenship
- Teaching, Learning & Citizenship

Mit der Förderung einer einjährigen Gastprofessur „Gender & Citizenship“ im akademischen Jahr 2019/20 durch das universitätsinterne Gastprofessor*innen-Programm „Gender & Diversity“ trug das CINC maßgeblich dazu bei, die gendersensitive Lehre an der Leibniz-Universität zu stärken. Zugleich bildete sich um die Gastprofessorin herum eine Arbeitsgruppe des CINC-Mittelbaus, die gemeinsam eine im Herbst 2022 erschienene zweisprachige Aufsatzsammlung „Gender, Race and Inclusive Citizenship“ konzipierte und herausgab (Supik et al. 2022). Mit „Geschlecht“ und „Race“ werden hier zwei zentrale Dimensionen der Ungleichheit durch einen Kreis internationaler Wissenschaftler*innen kritisch reflektiert.

Ein weiterer Erfolg der Arbeit des CINC mit Strahlkraft weit über die Leibniz Universität hinaus war die ebenfalls im Herbst 2022 durchgeführte internationale Konferenz „Inclusive Citizenship as Belongings, Practices and Acts“, die in Kooperation mit der Standing Group on Citizenship des European Consortium for Political Research (ECPR) unter Beteiligung von Referent*innen und Teilnehmer*innen aus allen fünf Kontinenten umgesetzt worden war. Ein Tagungsband, der die Bandbreite der Forschungsansätze und Diskussionen spiegelt, erscheint im Frühjahr 2024.

Weiterführende Literatur

Gerhard Himmelmann: Demokratie-Lernen als Lebens-, Gesellschafts- und Herrschaftsform. Ein Lehr- und Studienbuch. Schwalbach/Ts 2001.

Malte Kleinschmidt/Dirk Lange: Inclusive Citizenship Education, in: Wolfgang Beutel/Markus Gloe/Gerhard Himmelmann/Dirk Lange/Volker Reinhardt/Anne Seifert (Hg.): Handbuch Demokratiepädagogik. Frankfurt/M. 2022, S. 361–368.

Linda Supik/Malte Kleinschmidt/Radhika Natarajan/Tobias Neuburger/Catharina Peeck-Ho/Christiane Schröder/Deborah Sielert (Hg.): Gender, Race and Inclusive Citizenship. Dialoge zwischen Aktivismus und Wissenschaft. Wiesbaden 2022.

Der mühsame Weg zur Demokratie – Kontinuitäten und Diskontinuitäten zur NS-Zeit in der jungen Bundesrepublik

Dominik Dockter

Tausch der Straßenschilder,
Trier, 15. Mai 1945. Wikime-
dia Commons.



Die militärische Niederlage des „Dritten Reichs“ war für die deutsche Gesellschaft ein tiefgreifender Bruch. Allerdings bedeuteten der politische Systemwechsel, die Besatzung und Strafverfolgung der NS-Verbrecher*innen nicht, dass 1945 die Zeiger zurückgedreht wurden und Deutschland eine „Stunde Null“ erlebte. Das war auch manchen Zeitgenossen bewusst. Für Hans Joachim Fricke, den ehemaligen Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer Hannover, hieß beim „Nullpunkt“ anfangen, wie er 1955 erklärte, zu „beweisen“, dass es „noch personelle Kräfte“ sowie „als gesichert und gefestigt geltende Institutionen“ gab, die den „Wiederaufschwung“ vorantreiben können. Für ihn waren die sich daraus ergebenden personellen und institutionellen Kontinuitäten schlicht „notwendig“ (Fricke 1955, S. 1). Als personalverantwortlicher Verwaltungsleiter bemühte sich Fricke darum, die nötigen Beweise für die politische Verlässlichkeit seines Verbands anzuführen. Er kaschierte mit seinen Entlastungszeugnissen zahlreiche NS-Belastungen und setzte sich sowohl in seiner Tätigkeit bei der IHK als auch in seiner Funktion als Politiker der rechtskonservativen Deutschen Partei eifrig für ein Ende der Entnazifizierung ein, die er als „Deutschenverfolgung“ bezeichnete (Fricke 1955, S. 14). Zudem kreierte er in Reden und Veröffentlichungen ein wirkungsmächtiges geschichtspolitisches Entlastungsnarrativ über die Rolle der IHK Hannover in der NS-Zeit, das sich noch in der jüngsten Gegenwart als reproduzierbar erwies.

Die (vermeintliche) „Notwendigkeit“ belastete Eliten, Institutionen und Strukturen in das neue demokratische System zu integrieren und die damit einhergehende Entstehung apologetischer Vergangenheitsdeutungen, hat weitreichende Folgen für die zögerliche Aufarbeitung der NS-Vergangenheit und die Demokratisierung Deutschlands gehabt. Es wird immer noch an der Dekonstruktion verschleiender individueller sowie institutioneller Entlastungsargumentationen gearbeitet und gleichzeitig erforscht, wie trotz des Fortwirkens aus der NS-Zeit belasteter Eliten in Institutionen der Nachkriegszeit ein weitgehend erfolgreicher demokratischer Umbau und eben keine »Renazifizierung« stattfinden konnte. Dieser Forschungszweig

wurde insbesondere von der sogenannten „Behördenforschung“ geprägt. In den letzten 15 Jahren haben nahezu alle Bundesministerien ihre NS Vergangenheit und die Fragen nach nationalsozialistischen (Dis)Kontinuitäten in der Nachkriegszeit aufarbeiten lassen. Trotz manch berechtigter Kritik an dieser Forschungskonjunktur, haben die Untersuchungen empirisch tiefeschürfende Erkenntnisse über die Herausforderungen der demokratischen Transformation hervorgebracht. Die Studien zeigen, dass in den Behörden eine restaurierende Personalpolitik betrieben wurde, die zu einer massenhaften Integration formal sowie material belasteter Beamter und einem partiellen fortwirken von Denkmustern und Handlungskonzepten aus der NS-Zeit führte. Allerdings fand trotz der nachgewiesenen Kontinuitäten ein weitgehend erfolgreicher demokratischer Umbau des Staatsapparats statt, was wichtige Fragen aufwirft: Was veranlasste Personen, die in der NS-Zeit Karriere gemacht und vielfach im nationalsozialistischen Gewaltapparat mitgearbeitet hatten, dazu, nach 1945 demokratische Strukturen mitaufzubauen? Auf welche Erfahrungen und Traditionen konnte sie dabei zurückgreifen? Welche Demokratisierungsprozesse wurden von ihnen vorangetrieben und welche ausgebremst? Welches Demokratieverständnis lag den neuen alten Eliten zugrunde? Welche Auswirkung hat die nationalsozialistische Erfahrung auf ihr Agieren nach 1945 gehabt? Und wie wurde die eigene nationalsozialistische Vergangenheit (um)gedeutet und von den Zeitgenossen bewertet? Diese Forschungsansätze und -fragen haben mittlerweile eine Bedeutung gewonnen, die über die Behördenforschung hinausreicht und die zu einer Erweiterung der starren Zäsuren „1933“ und „1945“ in der Zeitgeschichtsforschung führt.

Auch das Institut für Didaktik der Demokratie ist seit 2015 mit mehreren Dissertations- sowie Forschungsprojekten im Themenfeld „nationalsozialistische (Dis)kontinuitäten“ forschend aktiv und arbeitet intensiv an einer Beantwortung der genannten Fragen. Aktuell werden die für die Bundesbehörden aufgestellten Ergebnisse im regionalgeschichtlichen Kontext überprüft und die virulenten Forschungshypothesen auf weitere Themenfelder angewandt. So stehen nicht nur Landesbehörden im Untersuchungsfokus des IDD, sondern auch Unternehmen und Wirtschaftsverbände, Raumplaner, ehemalige Frauenklöster und der Aspekt der „Wiedergutmachung“ nationalsozialistischen Unrechts. Grund genug, um vom 30. September bis zum 1. Oktober 2021 eine Tagung im Zeitzentrum Zivilcourage in Hannover auszurichten und die eigene Forschung zur Diskussion zu stellen, neue Impulse zu gewinnen und weiterführende Fragen zu entwickeln. Knapp 30 Wissenschaftler*innen aus zehn Städten sind der Einladung des IDD gefolgt und haben zwei Tage lang über Deutschlands „mühsamen Weg zur Demokratie“ diskutiert. Am Ende dieser Tagung steht nicht nur ein pointierter Bericht von Prof. Dr. Michael Kißener und ein professionell produziertes Tagungsvideo, sondern auch die Bestätigung, in Zukunft die demokratische Transformation Deutschlands weiter zu beforschen, um nicht zuletzt gesellschaftliche und politische Transformationsprozesse der Gegenwart besser verstehen

sowie demokratische Bestrebungen stärken zu können. Ein Sammelband, der die verschiedenen auf der Tagung vorgestellten Forschungsprojekte abbildet, wird im Frühjahr 2024 im Wallstein Verlag erscheinen.

Weiterführende Literatur

Hans Joachim Fricke: Die Neuerrichtung der Industrie- und Handelskammer Hannover vor zehn Jahren, Hannover 1955.

Frank Bajohr/Anselm Doering-Manteuffel/Claudia Kemper u.a. (Hg.): Mehr als eine Erzählung. Zeitgeschichtliche Perspektiven auf die Bundesrepublik, Göttingen 2016.

Dominik Geppert/Stefan Creuzberger: Die Ämter und ihre Vergangenheit. Ministerien und Behörden im geteilten Deutschland 1949-1972, Paderborn 2018.

Tagungsbericht: <https://www.hsozkult.de/conferencereport/id/fdkn-127692>



Tagungsvideo: <https://iddblog.hypotheses.org/171>



Impressionen der Tagung „Der mühsame Weg zur Demokratie – Kontinuitäten und Diskontinuitäten zur NS-Zeit in der jungen Bundesrepublik“ (30.09. – 01.10.2021) im ZeitZentrum Zivilcourage, Hannover



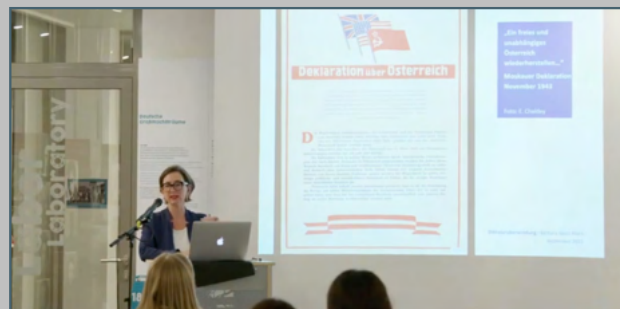
Prof. Dr. Dirk Lange, Dr. Christian Hellwig, Dominik Dockter und PD Dr. Christian Marx (v.l.n.r.) verfolgen einen Vortrag.

Die Vortragenden Prof. Dr. Thomas Vogtherr und Dr. Oliver Werner im Gespräch.



PD Dr. Nadine Freund spricht über „Das Bundeskanzleramt und die Demokratie. Erfahrungsreservoirs, Grundvorstellungen und Politikstile führender Akteure“.

Prof. Dr. Barbara Stelzl-Marx hält den öffentlichen Abendvortrag zum Thema „Diktaturüberwindung und Demokratisierung in Österreich nach dem Zweiten Weltkrieg“.



Diskriminierungskritische Politische Bildung

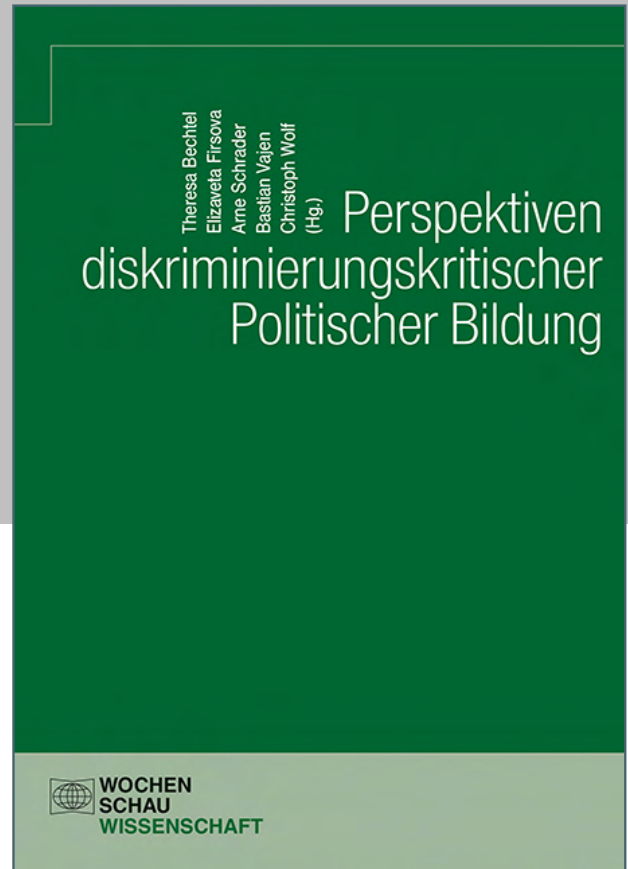
*Theresa Bechtel/Jessica Burmester-Kock/Elizaveta
Firsova-Eckert/Bastian Vajen/Christoph Wolf*

Eine Demokratie zeichnet sich unter anderem dadurch aus, dass ihre Mitglieder die gleichen Rechte haben und Ansprüche darauf, verschiedene Positionen in der Gesellschaft einnehmen zu können. Dennoch gibt es diskriminierende Strukturen, die einige Mitglieder innerhalb des demokratischen Systems benachteiligen und andere mit Privilegien ausstatten.

Als Mitarbeitende des Instituts für Didaktik der Demokratie (IDD) möchten wir die verschiedenen Facetten von Diskriminierung innerhalb demokratischer Systeme aus einer wissenschaftlichen Perspektive in den Blick nehmen. Der gemeinsam geteilte Ausgangspunkt liegt in einer kritischen Perspektive auf mögliche und reale Diskriminierungen. Dies verbindet sich mit dem Vorhaben, nicht nur auf diagnostischer Ebene zu verbleiben, sondern Umriss einer diskriminierungskritischen Politischen Bildung zu entwickeln.

Unsere Vernetzungs- und Publikationsaktivitäten zu diesem Thema verbinden sich dabei mit Promotionsvorhaben, die am Institut für Didaktik der Demokratie angesiedelt sind.

Am 26. Februar 2021 richtete das IDD die Nachwuchstagung der Gesellschaft für Politische Jugend- und Erwachsenenbildung (GPJE) aus. Aufgrund der Coronapandemie fand diese erstmals digital statt. Das Tagungsprogramm war vielfältig und thematisierte verschiedene Bereiche der Diskriminierung wie Sexismus, Rassismus, Antiziganismus, Nationalismus und Antisemitismus. Anspruch der Tagung war es auch hier, nicht nur auf der deskriptiven Ebene zu verbleiben, sondern anhand der Grundsätze Politischer Bildung Folgerungen für eine entsprechende Bildungs- und Lernpraxis zu entwickeln. Als Keynotespeakerinnen konnten wir hochkarätige Akteurinnen im Feld der Diskriminierungsforschung gewinnen: Astrid Messerschmidt widmete sich den Themen Antisemitismus, Rassismus und Antiziganismus. Tatiana Zimenkova analysierte Konzepte des Zusammenhalts in der Politischen Bildung, die zwischen poli-



tischer Normativität und Empowerment angesiedelt sind. Die Tagungsergebnisse bündelt ein von unserer Nachwuchsgruppe herausgegebener Band (Bechtel/Firsova-Eckert/Schrader/Vajen/Wolf 2023). Entstanden ist eine aktuelle Bestandsaufnahme vielfältiger Perspektiven auf Diskriminierungskritik, die, verwoben mit den innovativen Ansätzen Politischer Bildung, Möglichkeiten auslotet, durch Bildungsprozesse zu Diskriminierungskritik anzuregen.

Zugleich arbeiten wir an unseren Promotionsprojekten – die zum Teil bereits abgeschlossen werden konnten. So werden in einer Interviewstudie Konzepte von Schüler*innen zur Nation rekonstruiert (Theresa Bechtel). Ein Kernmerkmal des Nationalismus ist die latente Praxis des Ein- und Ausschlusses mit der Folge, dass nicht allen Menschen in einer Gesellschaft die gleiche symbolische wie tatsächliche Zugehörigkeit erhalten. Die daraus resultierenden differierten Grade der Mitgliedschaft stehen in einem starken Spannungsverhältnis mit den Wertvorstellungen einer Demokratie. Politische Bildung, die normativ an den Grundsätzen der Gleichheit und Gerechtigkeit ausgerichtet ist, muss diesen Widerspruch thematisieren und kritisch reflektieren.

In einem weiteren Promotionsprojekt wird die Wirkung des Deutsch-Israelischen Jugendaustauschs auf politische Bildungsprozesse zum Nahostkonflikt untersucht (Elizaveta Firsova-Eckert). Dabei wurden auf Grundlage einer quantitativen Stichprobe mit ehemaligen Teilnehmenden und Interessent*innen des Jugendaustauschs ($n = 347$) statistische Gruppenvergleiche errechnet. Die Ergebnisse der Studie verweisen auf eine positive Wirkung des Jugendaustauschs. Jugendliche mit Austausch Erfahrung zeigen eine differenziertere Wahrnehmung des Nahostkonflikts. Auch scheint der Austausch einen positiven Einfluss auf die Fähigkeit zur Perspektivübernahme, auf die affektive Wahrnehmung der Israelis und auf den Abbau antisemitischer israelbezogener Ressentiments zu haben.

Ein anderes Projekt untersucht die Bürgerschaftskonzepte von jugendlichen Schülerinnen und Schülern (Bastian Vajen). Vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Entwicklungen und den hiermit verbundenen Konzeptualisierungen von Bürgerschaft, die teilweise bereits in politikdidaktischen Ansätzen aufgegriffen werden, kommt der Frage nach der Herausbildung solcher Konzepte bei Schüler*innen eine verstärkte Bedeutung zu. Die Ergebnisse zeigen sich dabei insgesamt als heterogen, obwohl ein Fokus auf Eigenverantwortung und ökonomischer Leistungsfähigkeit erkennbar ist.

Eine bereits abgeschlossene qualitative Studie geht der Frage nach, wie Politiklehrkräfte Antisemitismus in ihrem Denken konzipieren (Christoph Wolf). Im Mittelpunkt stehen somit die subjektiven Vorstellungen sowie schulischen Erfahrungen und Praxen der Lehrkräfte. In der Analyse werden diese systematisch zu wissenschaftlichen Erkenntnissen über Antisemitismus in Bezug gesetzt. Ein Ergebnis der Studie zeigt sich darin, dass trotz einer Grundhaltung bei den Befragten, die sich gegen Anti-Semitismus richtet, dennoch immer wieder antisemitische Denkmuster reproduziert oder antisemitische Äußerungen und Handlungen im schulischen Alltag übersehen oder relativiert werden. Die Untersuchung liefert zudem Hinweise für eine nachhaltige und subjektorientierte Gestaltung von Fortbildungsangeboten.

Ein weiteres Promotionsprojekt geht den Fragen nach, wie sich die historisch-politische Bildungsarbeit der acht großen KZ-Gedenkstätten in Deutschland vor dem Hintergrund von Globalisierungsprozessen gegenwärtig verändert und wie die KZ-Gedenkstätten – die hierbei als Organisationen verstanden werden – mit dieser Bildungsarbeit selbst geschichtskulturellen sowie –politischen Einfluss nehmen und diesen Prozess mitgestalten (Jessica Burmesster-Kock). Die Ergebnisse lassen für die vergangenen zwei Jahre Tendenzen zu Veränderungen der historisch-politischen Bildungsarbeit an allen KZ-Gedenkstätten erkennen, wobei sich die Praktiken im Einzelfall der Gedenkstätten teilweise deutlich unterscheiden.

Insgesamt gesehen, leisten diese Aktivitäten und Quali-

fizierungsprojekte einen differenzierenden Beitrag zu den Forschungsmöglichkeiten und den Aufgaben einer aktuellen diskriminierungskritischen politischen Bildung und damit zu einer Didaktik der Demokratie.

Weiterführende Literatur

Theresa Bechtel/Elizaveta Firsova/Arne Schrader/Bastian Vajen/Christoph Wolf (Hg.): Perspektiven diskriminierungskritischer Politischer Bildung Frankfurt/M. 2023.



Rekonstruktion von
Grenzanlagen am
Grenzmuseum Leis-
terförde. Foto: IDD

Die Erinnerung an die Deutsche Teilung zwischen wissenschaftlicher Aufarbeitung und öffentlicher Debatte

Christian Hellwig/Karolin Quambusch

Im Wettbewerb der 73. Internationalen Festspiele von Berlin feierte im Februar 2023 der auf einem Roman von Daniela Krien basierende und von Emily Atef inszenierte Spielfilm „Irgendwann werden wir uns alles erzählen“ Premiere. In diesem vordergründig von einer Amour Fou handelnden Film bildet die unmittelbare Wendezeit zwischen dem Fall der Berliner Mauer, der Öffnung der innerdeutschen Grenze und der im Oktober 1990 erfolgten Wiedervereinigung die Kulisse für die sich in einer kleinen und unscheinbaren Ortschaft in Thüringen ereignenden Liebesgeschichte. Die Auseinandersetzung mit den durch den gesellschaftlichen Wandel einhergehenden biografischen Brüchen sowie den damit verbundenen Hoffnungen, Ängsten und Unsicherheiten streift der Film nur am Rande und wirkt zudem in der Ost-West-Darstellung bisweilen stereotyp. Bei den Besuchenden der Filmprämie zeigte sich anhand der im Kinosaal zu vernehmenden Publikumsreaktionen jedoch auch, dass gerade diese Szenen trotz oder vielleicht aufgrund der ihnen innewohnenden Holzschnittartigkeit (zum Teil nostalgische) Erinnerungen auszulösen vermochten.

Dass mediale Kulturprodukte einen wesentlichen Einfluss auf erinnerungskulturelle Prozesse ausüben, ist empirisch vielfach belegt und soll an dieser Stelle nicht weiter thematisiert werden. Vielmehr sind Emily Atefs Romanverfilmung und die damit verbundene Rezeption des Publikums populärkulturelle Manifestationen einer größeren gesellschaftlichen Debatte, die im Grunde seit der Wiedervereinigung die deutsche Gesellschaft beschäftigt und – so scheint es – im Jahr 2023 an Bedeutung gewonnen hat. Diese setzt sich unter anderem mit der Frage auseinander,

wie wir auf die DDR und die auf ihr folgende Transformationszeit blicken und welche Deutungsangebote mit diesen Aushandlungsprozessen verknüpft sind. Dabei haben zwei jüngst veröffentlichte Bücher dafür gesorgt, dass die Diskussion an Dynamik gewonnen hat: Im April 2023 landete der Literaturwissenschaftler Dirk Oschmann mit seinem Buch „Der Osten: eine westdeutsche Erfindung“ auf Platz 1 der SPIEGEL-Bestellerliste. Im Juni folgte das Buch von Katja Hoyer, die in „Diesseits der Mauer“ für sich in Anspruch nimmt, eine neue Geschichte der DDR vorgelegt zu haben. Diese – so äußerte sich die Historikerin unter anderem in einem Interview mit der ZEIT – solle dazu beitragen, die von ihr postulierte thematische Reduzierung in der heutigen Auseinandersetzung mit der DDR-Geschichte auf einzelne Punkte wie den „den 17. Juni 1953, den Mauerbau, die Biermann-Ausbürgerung und die Stasi“ (Hensel 2023) aufzulösen. Beide Publikationen werden seit ihrem Erscheinen kontrovers diskutiert. Dies belegt, dass die mit dem Thema verbundenen Auseinandersetzung von hochgradiger gesellschaftlicher Virulenz ist.

Es sei an dieser Stelle durchaus angemerkt, dass sich angesichts eines umfangreichen Forschungsstandes zur DDR-Geschichte die von Katja Hoyer beanstandete thematische Verengung trotz zweifelsohne vorhandener Forschungslücken zumindest mit Blick auf die wissenschaftliche Aufarbeitung nicht aufrechterhalten lässt. Dennoch ist zu konstatieren, dass gerade mit Blick auf die gesellschaftliche Beschäftigung mit der deutschen Teilung eine multiperspektivische Betrachtung eminent wichtig ist. In diesem Jahr ist die öffentliche Auseinandersetzung mit der DDR-

Geschichte und das damit verbundene Gedenken an den 70. Jahrestag des Volksaufstandes in der DDR vom 17. Juni 1953 geprägt. Im Sinne einer ganzheitlichen Betrachtung des Themas wäre es wünschenswert, der öffentliche Fokus läge nicht ausschließlich auf dem Umgang des SED-Regimes mit dem Aufstand im Sinne einer Diktatur- und Repressionsgeschichte, sondern unter demokratiegeschichtlicher Perspektive bspw. auch auf den Protestierenden als Akteur*innen. Zudem wäre ebenfalls danach zu fragen, wie aus westdeutscher Perspektive auf das Ereignis reagiert und das Gedenken an den Tag vor dem Hintergrund des Systemkonfliktes zwischen Ost und West für gesellschaftspolitische Zwecke genutzt wurde.

In der gesellschaftlichen Debatte zeigt sich des Weiteren immer wieder, dass der Kern der Debatte gesellschafts- und erinnerungspolitisch nicht nur relevant, sondern überaus komplex ist. Als der REWE-Konzern im Sommer 2022 in den ostdeutschen Supermärkten mit den Herrschaftsinsignien der SED-Diktatur versehene Suppenkonserven in den Regalen platzierte, zog dies eine erwartbare, scharfe Stellungnahme der Bundestiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur nach sich, die zu recht die marketingstrategische Nutzung dieser Symbole kritisierte. Gerade in den sozialen Netzwerken blieb die Kritik der Stiftung jedoch nicht kritiklos: Zahlreiche Kommentator*innen reagierten abwehrend. Der Tenor: Suppe kann sehr wohl auch in einer Diktatur schmecken und die biografische Erinnerung an bestimmte Produkte oder Erlebnisse kann eben auch positiv besetzt sein. Durch die zahlreichen Reaktionen sah sich die Stiftung Aufarbeitung zu einer weiteren Stellungnahme veranlasst. Der sich mit dieser Debatte verbindende Sachverhalt ist in Bezug auf die Diktaturforschung erneut in den Blick gerückt: Zustimmung und Widerständigkeit in diktatorischen Systemen schließen sich nicht kategorisch gegenseitig aus (Bajohr 2019).

Im Grunde geht es bei der Auseinandersetzung mit der DDR also um die Herausarbeitung von Widersprüchen und Ambivalenzen. Dies gilt bspw. auch für ein aktuell laufendes Zeitzeug*innen-Projekt, das von der Metropolregion Hamburg gefördert und in Kooperation mit dem Landkreis sowie dem Museumsverbund Lüchow-Dannenberg am IDD durchgeführt wird. Das Projekt rückt die Alltagsgeschichte der Bewohner*innen der ehemaligen Grenzregionen in den Fokus. Ziel ist es, die Auswirkungen sichtbar zu machen, die die deutsche Teilung auf die Menschen in diesen Regionen hatte – auch über das Jahr 1990 hinaus. Auf dem Gebiet des heutigen Landkreises Lüchow-Dannenberg und des Altmarkkreises Salzwedel bestanden vor 1945 umfassende Verflechtungen und Verbindungen, die als Folge der Teilung für Jahrzehnte unterbrochen bzw. massiv eingeschränkt wurden.

Im Rahmen des Projektes wurden narrative autobiografische Zeitzeug*inneninterviews geführt, die sowohl nach sozialwissenschaftlichen als auch geschichtswissenschaft-

lichen Standards analysiert und ausgewertet werden. 20 Zeitzeug*innenberichte von Menschen aus dem „Zonenrandgebiet“ der BRD sowie dem grenznahen Raum der ehemaligen DDR bieten einen thematisch facettenreichen und multiperspektivischen Einblick in das Leben an, mit und nach der innerdeutschen Grenze. So berichtet der Zeitzeuge Axel K. von einer sehr glücklichen, naturverbundenen Kindheit im „Zonenrandgebiet“, die gleichzeitig aber davon geprägt war, dass er immer irgendwo an eine Grenze gestoßen ist. Eine Erfahrung, die sein Leben bis heute beeinflusst. Dies gilt auch für die Lebensgeschichte von Sigrid S., die hochschwanger und – wie sie selbst betonte – völlig unwissend nach der Hochzeit zu ihrem Mann ins Sperrgebiet zog. In ihren Erinnerungen betont sie die Vorteile, die das Leben in der militärischen Sperrzone mit sich brachte, sei es die Warenvielfalt oder der „Grenzzuschlag“ über monatlich 60 DDR-Mark. Gleichzeitig waren die strengen Kontrollen und die Einschränkungen des alltäglichen Lebens lästig, aber kein Grund, negativ auf die Vergangenheit zu schauen. Sigrid S. bereut bis heute nicht, diesen Lebensweg gewählt zu haben.

Biografien sind selten frei von Widersprüchen und Ambivalenzen. Nicht zuletzt aufgrund dieser Eigenschaft ermöglichen sie es als Quellen, einen umfassenden Eindruck über den Einfluss der Deutschen Teilung auf das Leben der Menschen zu bekommen. Es ist von großer Bedeutung, biografische Erfahrungen und Erinnerungen von Zeitzeug*innen in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung ernst zu nehmen und zu berücksichtigen, ohne dabei den Unrechtscharakter des SED-Regimes zu nivellieren oder gar grundsätzlich in Frage zu stellen.

Weiterführende Literatur

Jana Hensel: „Das Interesse an deutscher Geschichte ist groß“. Interview mit Katja Hoyer, in: ZEIT ONLINE, 08.05.2023, URL: <https://www.zeit.de/2023/19/katja-hoyer-grossbritannien-ddr-geschichte> (letzter Zugriff am: 30.06.2023).

Frank Bajohr: Gesellschaft in Diktaturen, in: Johannes Hürter/Hermann Wentker (Hg.): Diktaturen. Perspektiven der zeithistorischen Forschung. Berlin/Boston 2019, S. 47–57.



Beobachtungsturm des ehemaligen „Transitkontrollpunktes Vier“ in Boizenburg. Heute Bestandteil einer Freiluftausstellung zur Geschichte der innerdeutschen Grenze und Werbefläche des benachbarten Imbisses. (Foto: IDD)



Am Sammelgrab von Cato Bontjes van Beek und weiteren Widerstandskämpfer*innen 80 Jahre nach der Hinrichtung, Berlin, Dorotheenstädtischer Friedhof, August 2023. Foto: Michele Barricelli

Bewusstsein und Erzählung. Ein Zwischenruf zur lernenden Demokratie

Michele Barricelli

Die bedeutende Frage, ob historisch-politische Bildung und demokratisches Bewusstsein in einem Bedingungsverhältnis stehen, ist in der Wissenschaft oft gestellt worden. Empirisch belastbare Resultate indes darf man aus der Forschung nicht erwarten, denn zu offensichtlich ist, dass breites Geschichtswissen, dazu verfeinerte Umgangsformen und eine moralische Anspruchshaltung keineswegs automatisch zu freiheitlich-liberalen Denkhaltungen führen – Geschichtsprofessoren gehörten vom ersten Tage an zu den glühendsten Verfechtern des NS-Regimes, und ist nicht auch Björn Höcke, führendes Mitglied der AfD, examinierter Geschichtslehrer? Zugleich besaßen die allermeisten derjenigen, die damals durch mutigen, selbstlosen Einsatz Verfolgten, insbesondere Juden, das Leben retteten, als Kohlenschlepper, Krankenschwester, Besenbinder eher keine hohe formale Bildung. So einfach darf man sich den Zusammenhang zwischen Kognition, Wollen und Handeln also nicht vorstellen, vielmehr gilt: Um zu wissen und ein-

zusehen, dass man das Haus des Nachbarn nicht anzündet und ihm nicht den Schädel einschlägt, muss man weder den Holocaust studiert noch überhaupt die Schule besucht haben. Hier soll deswegen gesagt werden: Ein demokratisches Weltbild ist Ergebnis von Erzählung, Emotion und Reflexion. Anstatt jedoch die vermeintlichen und echten Demokratietraditionen zum Lerngegenstand zu machen – so wie das in vielen anderen Ländern, namentlich den USA geschieht –, lernt man hierzulande viel eher am negativen Beispiel von Diktatur, Terror und Massenmord. Demokratie ist dann, wo Willkür, Gewaltherrschaft und Unrecht abwesend sind. Ist das der Sache angemessen?

Es bleibt ja wahr: Sieht man auf einem Foto eine Unzahl von Menschen in Reih und Glied frenetisch einem Führer zujubeln oder ausgemergelte Inhaftierte in heruntergekommenen Massenunterkünften vegetieren, weiß man sofort: Das jedenfalls ist nicht Demokratie. Sich dagegen ein Bild von Freiheit und Recht zu machen, bleibt ungleich schwerer. Aber wir haben, oben als erstes genannt, die Erzählung. Es waren die Zeitzeug*innen – ein Begriff, der in andere Sprache kaum zu übersetzen ist –, die halfen, den Graben der Aufarbeitung von Massengewalt und Unmenschlichkeit zu überwinden. Sie traten zuerst in den NS-Kriegsverbrecherprozessen als juristische Zeugen in Erscheinung, z.B. in Nürnberg 1945/46, noch stärker in Frankfurt 1963-65 („Auschwitz-Prozesse“). Seit den 1980er Jahren wirkten Zeitzeug*innen in den so genannten Geschichtswerkstätten. Wenn dort Ältere und Jüngere einander erzählten, hatte man auf den ersten Blick gar nicht gemeinsame Themen: Die einen litten an nie wieder-gutgemachter Entrechtung oder bleibenden Ängsten nach durchgestandenen Bombennächten, die anderen beklagten noch nicht realisierte Rechte für Frauen, sexuelle Minderheiten, Migrant*innen. Aber man fühlte sich als bislang Nicht-Gehörte über die kulturellen Erfahrungsgrenzen hinweg verbunden und schuf eine Geschichte „von unten“, die klar zu erkennen gab, dass sie auf eine demokratische Zukunft gerichtet war. Gleichzeitig scheute sich die Geschichtswissenschaft lange nicht davor, den Zeitzeugen als natürlichen Feind des Historikers zu bezeichnen (seinerzeit alles ausschließlich in der männlichen Form). Aber das änderte sich dann doch, besonders als die Zahl der noch lebenden Holocaust-Überlebenden spürbar abnahm. Und plötzlich also, wo es fast zu spät ist, steht die Frage im Raum: Wer soll authentisch und glaubhaft vom Terror des NS-Staates erzählen und zu Frieden und Recht mahnen, wenn die Erfahrungsgeneration von uns gegangen ist? Wird Demokratiebildung in Deutschland dann unmöglich werden? Die Frage ist berechtigt. Sie ist vor allem effektiv,

denn sie erzeugt Aktivismus.

Bildungsträger, öffentlich-rechtliche Sendeanstalten, Privatunternehmen haben in den letzten Jahren viele, häufig technologisch fortgeschrittene Anwendungen entwickelt, um die Erzählungen der Zeitzeug*innen und den von ihnen verbürgten spezifischen Zugang zur Geschichte zu bewahren. Die ersten großen Video-Archive von Interviews mit Holocaust-Überlebenden, allen voran das Visual History Archive von Steven Spielberg Mitte der 1990er Jahre mit über 50.000 Aufzeichnungen, waren noch analog aufgenommen und wurden erst später digitalisiert. Heute können die Zeitzeug*innen volumetrisch gefilmt und mittels VR und AR an ihre früheren Wohnorte und sogar in ein virtuelles Konzentrationslager versetzt werden, wo sie dann ihre Erfahrungen wiedergeben. Auf Social Media-Kanälen berichten bekanntere Figuren aus der NS-Zeit, v.a. Widerstandskämpfer*innen, aus ihrem Alltag (es sind in der Realität natürlich Schauspieler*innen in einer Kulisse, die bekannteste Produktion ist #ichbinsophiescholl). An der LMU München gibt es sogar ein Projekt, in welchem heutige Nutzer*innen, vor allem Schulklassen, dreidimensional projizierten oder auch auf einem kleineren Endgerät erscheinenden Zeitzeug*innen Fragen zu ihrem Leben stellen können, wobei eine Spracherkennungssoftware Antworten aus einem Fundus zuordnet, der zuvor mit den Personen zusammengestellt wurde. Ein solches „Gespräch“ wird auch dann noch möglich sein, wenn die bereits betagten Zeitzeug*innen nicht mehr unter uns sind. All diese aufgebotene Technik verweist darauf, dass wir uns weiterhin erhebliche Effekte vom Anhören der Geschichten derjenigen versprechen, die von Verbrechen, Krieg und Diktatur erzählen, während wir den Personen ins Angesicht schauen und tief in ihre frühere Lebenswelt eintauchen (was „Immersion“ genannt wird). Bei alledem geht es um eine empathische Identitätsbildung, also Emotion, den zweiten Begriff von oben, um eine empfundene Verbindung zur Vergangenheit und ein Bekenntnis in der Gegenwart. Damit entsteht sogar ein neuer Bildungsoptimismus, der in den USA, wo man weniger Berührungängste kennt, derzeit noch größer ist als in Deutschland. Aber sichert man so schon Demokratie?

In keiner ernsthaften politischen Rede zu einem freiheitlichen Staatswesen fehlt heute die Lektion, dass Demokratie nichts Urtümliches oder Selbstverständliches sei, dass sie im Gegenteil erstritten, immer ausgebaut und vor ihren Feinden geschützt werden müsse. Darin steckt bereits der Gedanke, dass sie einer Didaktik bedarf, und das weiß man an diesem Ort, im IDD, womöglich besonders gut. Aber jede didaktische Methode verpufft ohne das Nachdenken, die Reflexion. Das führt uns zurück zu den Zeitzeug*innen. Diese beziehen ihre Würde nicht nur daraus, dass sie etwas erlebt haben, was sich niemand aus freien Stücken zumuten wollte – sondern auch aus der langen Zeit des Nachdenkens, die dem Erleben folgte. Bei manchen dauerte

jenes Nachdenken Jahrzehnte, bevor sie sich reif fühlten, um endlich, z.B. vor Schulklassen, zu erzählen. Im Zuge der Reflexion werden die Erfahrungen und Perspektiven auch jener ergänzt, die noch nie erzählen konnten, weil sie nämlich das Morden nicht überlebt hatten. Zum Zeitpunkt, da dieser Text niedergeschrieben wird, im August 2023, ist es gerade achtzig Jahre her, dass Cato Bontjes van Beek, aufgewachsen in Fischerhude nahe Bremen, zusammen mit einigen anderen Mitgliedern der verzweigten Widerstandsgruppe „Rote Kapelle“ in Berlin-Plötzensee ermordet wurde. Zwischen Todesurteil und Hinrichtung lagen, anders als etwa bei Sophie Scholl, viele Wochen mit einem am Ende von Hitler persönlich abgelehnten Gnadengesuch, und über einige erlaubte sowie geschmuggelte Briefe sind wir recht gut zu Catos Nachdenken in dieser Zeit informiert: Sie wollte als 22jährige den Tod nicht akzeptieren, denn sie hatte ja nur ihr Land und seine Menschen vor Schlimmem zu bewahren versucht. Nach der Exekution gelangte ihr Körper in die Pathologie der Berliner Universität. Viel später erst, 2016, wurden die im Nachlass des damaligen Chef-Anatomen wieder aufgetauchten Gewebe-Präparate zusammen mit stofflichen Überresten anderer NS-Justizopfer auf dem Dorotheenstädtischen Friedhof in Berlin-Mitte, nicht weit von Bertolt Brecht, Johannes Rau und Egon Bahr, in einer schlichten Ehren-Grabstelle beerdigt. Catos Mutter, die zunächst vergeblich um die Herausgabe der Leiche und dann, im Land Niedersachsen, lange um die Rehabilitierung ihrer Tochter gestritten hatte, war da natürlich schon tot. Warum wird daraus eine Erzählung der Demokratie?

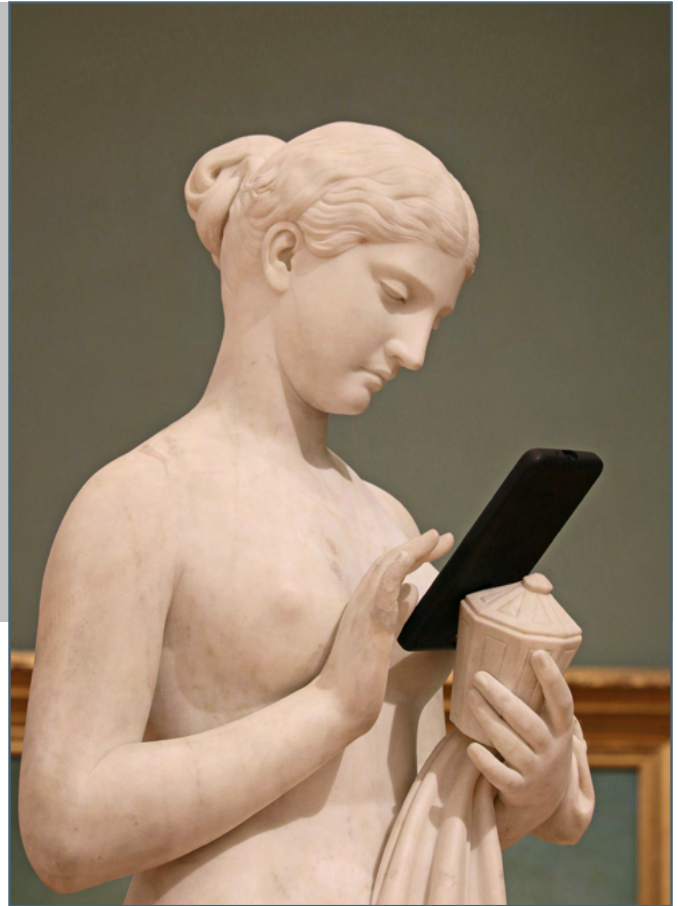
Weil erkennbar wird: In dem Maße, wie wir Demokratie lernen, lernt auch die Demokratie, denn sie und wir sind ja – im besten Fall – eins; dass es dafür des Beispiels und der Anschauung bedarf und einer glaubhaften Erzählung aus berufenem Mund, für sich selbst oder in Stellvertretung für andere. Eine vorangegangene Diktatur ist weder Bedingung noch Begründung einer funktionierenden Demokratie, und wie jedes Bewusstsein ist auch das demokratische kein Abbild, sondern eine Erweiterung von Welt. Es liegt an uns, es immer größer und am Ende dauerhaft zu machen.

Lernen jenseits des Klassenzimmers: Potenziale des Demokratielernens in außerschulischen Lernorten

Abelina Junge

„Demokratie ist kostbar, musste erkämpft werden, muss wehrhaft sein, ist nicht von selbst da.“ Dieses Plädoyer vom langjährigen MdB Hans-Peter Bartels wird auch von außerschulischen Lernorten aufgenommen, die einen Baustein für das Demokratielernen darstellen. Sie bieten eine Ergänzung zum schulischen Curriculum, die es den Lernenden ermöglicht, Demokratie nicht nur theoretisch zu verstehen, sondern sie auch zu leben. Ihre Relevanz für das Demokratielernen speist sich vor allem aus dem Wunsch, junge Menschen nicht nur über eine lebendige und robuste Demokratie zu unterrichten, sondern diese vor Ort aktiv einzuüben. Eine „lernende Demokratie“ geht dabei von der Annahme aus, dass Demokratie nicht als starres oder abgeschlossenes System zu begreifen ist, sondern als dynamischer Prozess, der ständiger Reflexion und Weiterentwicklung bedarf. „Demokratie“ muss also kontinuierlich geübt, erlernt und verfeinert werden. Außerschulische Lernorte eignen sich dabei sehr gut für die Anwendung dieses Konzeptes, indem sie die Besucher*innen dazu anregen, eine aktive Rolle in der Umgebung „Lernort“ anzunehmen und diese anschließend auch als Bürger*innen fortzuführen.

Das Demokratielernen im außerschulischen Lernort geht dabei über die reine Wissensvermittlung hinaus und zielt darauf ab, die Besucher*innen zu einer aktiven Mitgestaltung der Demokratie anzuregen. Neben dem Wissen über die Demokratiegeschichte beinhaltet dies unter anderem die Herausbildung von Werten, sozialen Fähigkeiten und einem fundierten Bewusstsein für die eigene Rolle innerhalb einer Demokratie. Außerschulische Lernorte bieten die Möglichkeit, Demokratie „erfahrbar“ zu machen, indem sie nicht nur historische Prozesse partizipativ vermitteln, sondern auch die Folgen antidemokratischer Systeme kritisch reflektieren. Lernorte wollen Dialogräume für die Besucher*innen schaffen, unterschiedliche Perspektiven eröffnen und zur Reflexion über eigene Handlungsmöglichkeiten anregen. Ein Lernort sollte dabei auch Raum für kritische Diskussionen, Fehler und Korrekturen bieten – ein



essenzieller Aspekt der lernenden Demokratie.

Außerschulische Lernorte stellen dabei nicht nur einen Rahmen, um demokratische Werte und zugehörige Prozesse zu vermitteln, sondern sollten selbst Orte gelebter Demokratie sein. Dies beginnt bei ihrer Konzeption und Planung. Die Einbindung von Schüler*innen, Pädagog*innen und weiteren Multiplikator*innen und Interessengruppen bei der Entwicklung und Gestaltung dieser Orte ist entscheidend. Durch partizipative Prozesse, in denen Meinungen, Bedürfnisse und Ideen der Zielgruppen berücksichtigt werden, wird Demokratie in der Praxis gelebt. Dieses Vorgehen dient nicht nur dazu, einen Lernort zu schaffen, der den tatsächlichen Bedürfnissen entspricht, sondern bestärkt die aktive Rolle der Beteiligten an einem Ort der gelebten Demokratie. Im Betrieb eines Lernortes selbst sollten diese Modi der Partizipation fortbestehen. Dies kann durch offene Diskussionsrunden, Feedback-Mechanismen oder die aktive Einbindung von Besucher*innen in Entscheidungsprozesse geschehen. Wenn Lernende erleben, wie ihre Stimme zählt und wie demokratische Prozesse in Echtzeit ablaufen, wird die Demokratie nicht nur als abstraktes Konzept verstanden, sondern als lebendige und relevante Praxis erfahren.

Für die Arbeit im außerschulischen Lernort stellt das „forschende Lernen“ das aktive, selbstgesteuerte und entdeckende Lernen der Besucher*innen in den Mittelpunkt. Außerschulische Lernorte bieten hierfür ideale Voraussetzungen: Durch das direkte Erleben außerhalb der schuli-

schen Umgebung und die Möglichkeit, selbst Fragen zu stellen, Hypothesen zu entwickeln und Untersuchungen durchzuführen, werden Lernende nicht nur zu Konsument*innen von Wissen, sondern zu aktiven Forschenden. Für Schulklassen kann dies bedeuten, dass die Lehrkraft in den Hintergrund tritt und Teamer*innen die Leitung der Workshops übernehmen. Beim Themenkomplex „Demokratiegeschichte“ könnten die Lernenden beispielsweise durch die Arbeit mit Zeitzeug*inneninterviews, das Sammeln von Dokumenten und Objekten oder das Auswerten von multimedialen Quellen selbst zu Forschenden werden. Insgesamt möchte das forschende Lernen in außerschulischen Lernorten die Besucher*innen zum aktiven Handeln anregen, ihr Interesse an historischen Prozessen wecken und eine nachhaltige Auseinandersetzung mit dem Gelernten fördern. Einige außerschulische Einrichtungen bieten außerdem Raum für Projekte, bei denen Schüler*innen von der Ideenfindung über die Planung bis zur Umsetzung involviert sind. Dies kann beispielsweise die Organisation eines Events, die Entwicklung einer Ausstellung oder die Gestaltung von Workshops beinhalten. Ältere Schüler*innen, Studierende oder Projektmitarbeitende können dabei im Sinne der „Peer-Education“ als Multiplikator*innen fungieren und jüngere Lerngruppen unterstützen.

Einen besonderen Stellenwert für das Demokratielernen an außerschulischen Lernorten können biografische Fallbeispiele einnehmen. Indem sich Lernende Lebensgeschichten von Individuen im Lernort erschließen, die eine aktive Rolle in Entwicklungen für (oder gegen) die Demokratie einnahmen, kann das Geschichtsbewusstsein gestärkt werden. Solche biografischen Ansätze fördern die Fähigkeit, Geschichte zu reflektieren und lebensweltliche Bezüge zu eigenen Handlungsoptionen in der heutigen Demokratie herzustellen. Sie verdeutlichen, wie sich einzelne Entscheidungen, Handlungen oder Unterlassungen – im Großen wie im Kleinen – auf das größere gesellschaftliche Gefüge auswirken können. Außerdem ist der Gegenwartsbezug in außerschulischen Lernorten von entscheidender Bedeutung. Die Verknüpfung historischer Ereignisse mit aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen und Debatten soll die Lernenden zur aktiven Teilhabe an demokratischen Prozessen motivieren. Dieser Bezug zur Gegenwart soll verdeutlichen, dass Demokratie nicht nur eine historische Errungenschaft, sondern ein fortlaufender und lebendiger Prozess ist, an dem die Besucher*innen als Bürger*innen aktiv teilnehmen können.

Eine weitere Vermittlungsperspektive für außerschulische Lernorte ist die Stärkung der „critical media literacy“. In Zeiten voranschreitender Digitalisierung sollten außerschulische Lernorte eine kritische Medienbildung in ihre didaktischen Formate integrieren und einen Reflexionsprozess nicht nur über den Inhalt, sondern auch die Entstehungsprozesse und Funktionsweisen der Medien als solche anregen. Statt bloßem Medienkonsum geht es hierbei um

das Verstehen, Analysieren und kritische Reflektieren von Medieninhalten und deren Verbreitungslogiken. Besonders wertvoll ist die Verknüpfung dieser Bildungsangebote mit den lebensweltlichen Erfahrungen der Schüler*innen: Viele Jugendliche begegnen täglich einer Vielzahl von Informationsquellen – von sozialen Medien wie Instagram, TikTok oder YouTube bis hin zu Online-Nachrichtenplattformen. Wenn außerschulische Lernorte diese alltäglichen Erfahrungen aufgreifen, schaffen sie einen direkten Bezug zu deren Lebensrealität. Durch das Einbinden der Medien in die Vermittlungsarbeit und den Austausch über erlebte Medienphänomene, wie beispielsweise virale Trends, Fake News oder Influencer-Kampagnen, wird Medienbildung in das forschende Lernen im außerschulischen Lernort integriert, um das demokratische Bewusstsein und die Resilienz gegenüber Desinformation zu stärken. Die aktive Einbindung von Schüler*innen bei der Erstellung von Lernressourcen oder der Konzeption von Ausstellungen zu diesem Thema ermöglicht nicht nur eine Perspektive, die auf ihre Bedürfnisse zugeschnitten ist, sondern betont auch ihre Rolle als Mitgestalter*innen ihrer eigenen Bildung.

Außerschulische Lernorte können also eine Vielzahl von Perspektiven bieten, um das Demokratielernen der Besucher*innen zu unterstützen. Von der Stärkung ihres Geschichtsbewusstseins über das Aufzeigen von Handlungsoptionen in der Demokratie bis hin zur aktiven Einbeziehung der Besucher*innen in die Vermittlungsarbeit vor Ort bieten die außerschulischen Lernorte einen wichtigen Baustein bei der Arbeit in einer und über eine Demokratie.

Weiterführende Literatur

Daniel Bernsen/Uwe Kerber (Hg.): Praxishandbuch Historisches Lernen und Medienbildung im digitalen Zeitalter, Bonn 2017.

Dirk Lange/Gerhard Himmelmann (Hg.): Demokratiedidaktik. Impulse für die Politische Bildung, Wiesbaden 2010.

Michael Parak: Demokratiestärkung durch Demokratiegeschichte? Beispiel 1848/49, in: APuZ. Aus Politik und Zeitgeschichte 2023, 10.02.2023, online unter: <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/apuz-1848-49-2023/518142/demokratiestaerkung-durch-demokratiegeschichte/> (letzter Zugriff am: 10.08.2023)



Schüler*innen
bei einem
Workshop des
IDD-Projekts
„Klima-Aktiv“.
Foto: Michael
Nagel

Politische Bildung und die multiple Krise. Gesellschaftliche Transformationsprozesse durch emanzipatorische und partizipatorische Bildung begleiten

Patrick Bredl/Steve Kenner/Michael Nagel

Die Klimakrise ist eine der größten Herausforderungen der Gegenwart. Immer häufiger auftretende Extremwetterereignisse wie Hitzewellen, Starkregen und Stürme verursachen direkte physische Schäden. Dabei ist die Klimakrise als multiple Krise eng mit der Biodiversitätskrise, der Ungleichheitskrise, den Migrationsbewegungen und weiteren krisenhaften Phänomenen verbunden. Das menschliche Handeln überschreitet in wachsendem Ausmaß die planetaren Belastungsgrenzen und gefährdet damit die Stabilität der eigenen ökologischen und sozialen Lebensgrundlagen.

Dabei sind die Auswirkungen und Kosten dieser planetaren Grenzüberschreitungen ungleich verteilt. Menschen im Globalen Süden sowie marginalisierte und prekarierte Gruppen sind meist am stärksten betroffen, obwohl sie am wenigsten zur Entstehung der Krisen beigetragen haben. Die ökologischen Krisen sind in vielerlei Hinsicht eng verwoben mit sozialen Krisen, sodass von einer multiplen sozial-ökologischen Krise gesprochen werden kann.

Die Ursache dieser multiplen Krise steht der Gesellschaft nicht von außen gegenüber, sondern begründet sich in der vorherrschenden „imperialen Lebensweise“ (Brand/Wissen 2017). Eine Bewältigung der Krise kann sich folglich

nicht auf technische Innovationen beschränken, sondern muss die Wurzeln dieser Lebens- und Produktionsweise erfassen. In Anlehnung an den Wissenschaftlichen Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen kann ein solcher Strukturwandel als „Große Transformation“ bezeichnet werden. Auch die Vereinten Nationen sprechen im Titel der Richtungsweisenden Agenda 2030 von der „Transformation unserer Welt“ und verbinden diese mit dem Konzept der nachhaltigen Entwicklung. Eine solche nachhaltige Entwicklung wurde von der sogenannten Brundtland-Kommission als „eine Entwicklung, die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können“ (Hauff 1987, S. 46) definiert. Damit sind einer nachhaltigen Entwicklung zwar Leitplanken im Hinblick auf intra- und intergenerationelle Gerechtigkeit gesetzt, konkrete Handlungsanweisungen lassen sich daraus jedoch nicht ableiten. Es gibt also keine evidenzbasierte Blaupause, die es nur umzusetzen gälte. Vielmehr stellt die notwendige gesellschaftliche Transformation einen gesamtgesellschaftlichen Suchprozess dar. Innerhalb dieses Suchprozesses spielen Bildungsprozesse unbestritten eine wichtige Rolle. Es braucht Wissen in spezifischen Berei-

chen sowie die Fähigkeit zum kritisch-analytischen Denken, Urteilen und Handeln. Ein weit verbreiteter Ansatz, diese Aspekte voranzubringen, ist die Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE). Ziel der BNE ist es, nachhaltiges Denken und Handeln zu fördern, indem sie globale Perspektiven, interdisziplinäres Wissen, kritisches Denken und ethisches Bewusstsein integriert.

Man kann dabei zwei Ansätze von BNE unterscheiden. Der erste ist ein insbesondere bei staatlichen Akteur*innen vorherrschender instrumenteller Ansatz, der vor allem auf die Vermittlung bestimmter und im Vorhinein feststehender Einstellungen und Lebensstile abzielt. Dieser Ansatz stellt Lernprozesse in den Dienst einer umweltfreundlicheren Entwicklung. Demgegenüber steht ein zweiter Ansatz, in dem sich erfolgreiche Lernprozesse nicht anhand bestimmter umweltfreundlicher Handlungen messen lassen. Vielmehr wird in seinem Rahmen nachhaltige Entwicklung als Prozess mit offenem Ende verstanden. Lernende sollen zum kritischen Hinterfragen angeregt und dazu befähigt werden – unter Einbeziehung von Widersprüchen und Dilemmata –, selbst über eine nachhaltige Entwicklung nachzudenken und eigene Antworten zu finden.

An diesen zweiten Ansatz lässt sich aus der Perspektive einer emanzipatorischen und partizipatorischen politischen Bildung anknüpfen (Kenner/Nagel 2023). Als politischer Such- und Aushandlungsprozess ist die gesellschaftliche Transformation stets konfliktiv und kontingent, trifft aber auf eine Gesellschaft, die den Such- und Aushandlungsraum normativ beplant hat, weil systematisch die Wurzeln dieser Lebens- und Produktionsweise aus dem Blick geraten. Eine emanzipatorische Perspektive lädt dazu ein die Idee der „Transformation“ ernst zu nehmen. Gegenstand einer emanzipatorischen politischen Bildung für und mit nachhaltige(r) Entwicklung ist folglich nicht nur die Vermittlung von Orientierungs- und Deutungswissen, sondern vor allem die Förderung der Fähigkeit zum kritisch-reflexiven Denken sowie zur aktiven Mitgestaltung des Transformationsprozesses. Dabei geht es letztlich um eine kritische Auseinandersetzung mit bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen, Privilegien sowie Macht- und Herrschaftsstrukturen. Diese gilt es nicht nur als strukturelle Vorbedingungen von Partizipation in den Blick zu nehmen, sondern etwa auch durch Irritationen und Inspiration diskutierbar und damit „überwindbar“ zu machen.

In diesem Sinne ist die Partizipation an der Auseinandersetzung um die Gestaltung der gesellschaftlichen Transformation selbst als Teil des Bildungsprozesses verstehbar. Es ist durch wissenschaftliche Studien und dokumentierte Praxisprojekte inzwischen sichtbar geworden, dass Jugendliche im Rahmen politischen Handelns wichtige politische Bildungserfahrungen sammeln und die politische Aktion Freiräume für politische Selbstbildung schafft. Auf Grundlage des hier skizzierten Verständnisses einer politischen Bildung für und mit nachhaltige(r) Entwicklung will

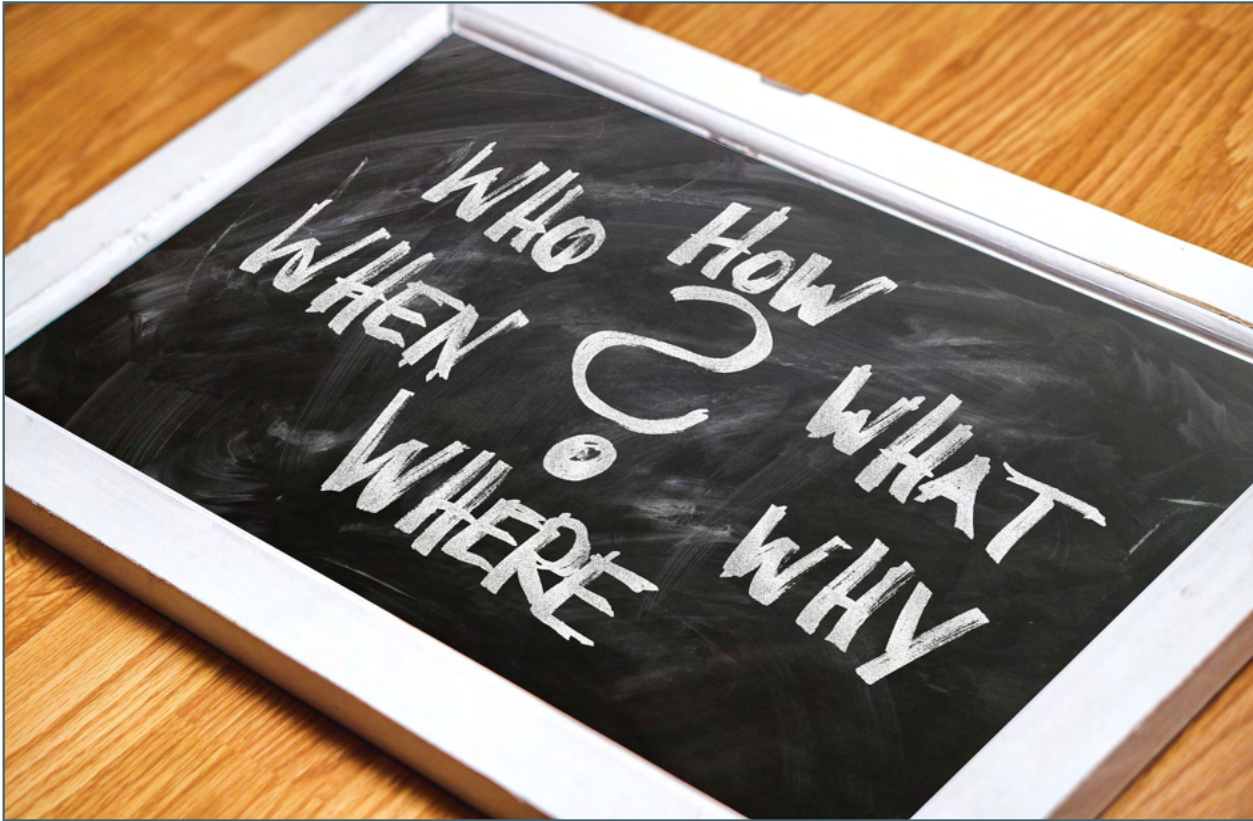
das vom Institut für Didaktik der Demokratie in Kooperation mit dem Landkreis Lüchow-Dannenberg durchgeführte Projekt „Klima-Aktiv. Klimaschutz aktiv gestalten und politische Handlungskompetenzen entwickeln“ exemplarisch solche Freiräume an Schulen schaffen und erproben. Kinder und Jugendliche erhalten dabei die Möglichkeit, selbstbestimmt und selbstorganisiert nachhaltigkeitspolitische Projekte zu planen, durchzuführen und zu reflektieren. Auf diese Weise tragen sie aktiv zur Gestaltung der notwendigen gesellschaftlichen Transformation in der gegenwärtigen multiplen Krise bei.

Weiterführende Literatur

Ulrich Brand/Markus Wissen: Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus. 3. Aufl. München 2017.

Volker Hauff: Unsere gemeinsame Zukunft. Der Brundtland-Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung. Greven 1987.

Steve Kenner/Michael Nagel: Große Transformation mit jungen Change Agents? Partizipative politische Bildung für nachhaltige Entwicklung als Antwort auf multiple Krisen der Gegenwart, in: zdg, 2/2022, S. 99-116.



Verschwörungstheorien als Herausforderung für die politische Bildung

Alrun R. Vogt

Die Konfrontation mit Verschwörungstheorien und den damit verbundenen extremistischen Einstellungen stellen Lehrende und Lernende in der politischen Bildung vor spezifische pädagogische Herausforderungen (vgl. Firsova & Vajen 2023). Verschwörungstheorien können als Versuche bezeichnet werden, die Ursachen bedeutender sozialer und politischer Ereignisse mit angeblichen geheimen Komploten mächtiger Akteur*innen zu erklären (vgl. Douglas et al. 2019). Verschwörungstheoretische Erzählungen nehmen inzwischen einen deutlich stärkeren Einfluss auf öffentliche Diskurse als noch vor einigen Jahren und sind über unterschiedlichste Kommunikations- und Informationskanäle bekannter werden. Gerade im Zusammenhang mit gesellschaftspolitischen Krisen wie der Covid-19-Pandemie und dem Angriffskrieg gegen die Ukraine zeigt sich, dass auch Jugendliche anfällig für verschwörungstheoretische Erzählungen sowie die damit im Zusammenhang stehenden extremistischen und antidemokratischen Einstellungen sein können.

Wie sehr Verschwörungstheorien zum Krieg gegen die Ukraine auch unter jungen Menschen Anklang finden zeigt eine Studie der Universität Leipzig aus dem Juli 2022 (Kolleck et al. 2022). Darin wurden fünf verschwörungstheoretische Aussagen erhoben. 10% der Befragten im Alter von

16 bis 29 Jahren stimmten der Aussage zu „Der Krieg in der Ukraine ist notwendig, um dort die faschistische Regierung zu beseitigen.“, was den niedrigsten Zustimmungswert unter den fünf Aussagen darstellt (ebd.). Den höchsten Zustimmungswert erhielt die Aussage „Man kann westlichen Medien nicht mehr trauen, wenn sie über den Krieg in der Ukraine berichten.“, der 32% der Befragten zustimmten. Es ist auffällig, dass die Zustimmungswerte unter jungen Menschen in der Studie der Universität Leipzig vergleichsweise höher ausfallen als in anderen Untersuchungen. Diese Beobachtung zeigt die besondere Aktualität und Relevanz des Themenfeldes für die politische Jugendbildung. Für Lehr-Lernprozesse in der politischen Bildung stellen derartige verschwörungstheoretische Aussagen eine spezifische Herausforderung dar, da sie zumeist in ein System aus Überzeugungen eingebettet und mit der Identität einer Person verknüpft sind (vgl. Rokeach 1968). Dadurch sind verschwörungstheoretische Einstellungen durch die Bereitstellung von Wissen nicht einfach veränderbar oder ersetzbar und – auch wissenschaftliche fundierte – Gegenargumente führen eher zu Abwehrreaktionen (vgl. Constantinou et al. 2021). Erschwerend hinzu kommt, dass neben explizit wissenschaftsfeindlichen Verschwörungserzählungen, etwa zu Impfungen oder zum Klimawandel,

viele Verschwörungstheorien Anteile von Wissenschaftsleugnung haben, da gängige wissenschaftliche Erkenntnisse und Methoden abgestritten und durch vermeintlich alternative Erzählungen ersetzt werden. Die Delegitimierung von wissenschaftlicher Arbeit als Bestandteil von Verschwörungstheorien wirft die Frage auf, welche Informationsquellen als vertrauenswürdig wahrgenommen werden. Neben der Ablehnung von wissenschaftlichen Erklärungen und Methoden kennzeichnet Misstrauen gegenüber etablierten Medien verschwörungstheoretische Diskurse. Wichtige Quellen für verschwörungstheoretische Informationen sind das soziale Umfeld sowie die sozialen Medien und Informationskanäle. Hier begegnen junge Menschen nicht nur verschwörungstheoretischen Informationen, sondern teilen diese auch mit anderen. Für die politische Bildung bedeutet dies, dass eine Förderung von (digitaler) Medienkompetenz unumgänglich mit einer effektiven Präventionsarbeit gegen extremistische und verschwörungstheoretische Einstellungen verknüpft ist.

Am Institut für Didaktik der Demokratie widmet sich seit Frühjahr 2022 das Erasmus+-Projekt „Recognising Extremism and Conspiracy Theories“ (REACT) der Herausforderung, wie auf Verschwörungserzählungen und extremistischen Einstellungen an Schulen reagiert werden kann. Ziel des Projektes ist es, Schulen und Lehrkräfte mit den entsprechenden didaktischen Werkzeugen auszustatten, um effektive Präventionsarbeit zu leisten. Gemeinsam mit außerschulischen und schulischen Partnerorganisationen aus Deutschland, Österreich, Dänemark und Bulgarien werden dafür innovative Messinstrumente und didaktische Materialien entwickelt und erprobt. REACT baut hierbei auf den Erfahrungen aus dem vorherigen Projekt „Targeting Extremism and Conspiracy Theories“ (TEACH) auf, welches von 2019 bis 2022 zu Verschwörungstheorien in Einrichtungen der Erwachsenenbildung in vier europäischen Ländern forschte und didaktische Werkzeuge entwickelte.

Im Rahmen des REACT-Projekts werden zwei umfangreiche Outputs erarbeitet. Das erste Output besteht aus einer Umfrage und aus einem Handbuch, mithilfe dessen Schulen unabhängig die Verbreitung von verschwörungstheoretischen Aussagen erheben können. Das zweite Output umfasst komplementäre didaktische Lehr- und Lernmaterialien. Das Ziel ist es, Lehrkräfte einerseits über die Struktur von Verschwörungstheorien und extremistischen Überzeugungen im Allgemeinen sowie die hiermit verbundenen Narrativen im Speziellen zu informieren und ihnen erprobte Materialien zum Umgang mit diesen Narrativen im Unterricht zur Verfügung zu stellen.

Für das erste Output wurde im Winter 2022/23 eine erste Version des Fragebogens pilotiert. Anschließend an die Pilotierung in zwei 11. Klassen einer Gesamtschule konnte erstes didaktisches Material für den Politikunterricht erprobt werden. Die Schüler*innen erarbeiteten Kriterien, um reale Verschwörungen von fiktiven Verschwörungstheorien

zu unterscheiden. Die Kriterien basieren auf der Arbeit von Michael Butter (2018), in der er reale Verschwörungen und fiktive Verschwörungstheorien in Bezug auf die Konkretheit des Ziels, den zeitlichen Rahmen, die Anzahl der beteiligten Personen und der Bedeutsamkeit des Falls differenziert. Diese Unterscheidungskriterien ermöglichen Lernenden einen analytischen Blick auf Verschwörungserzählungen ohne dabei auszublenden, dass es reale Verschwörungen gab und gibt. Denn bei einer präventiven Bildungsarbeit gegen verschwörungstheoretische Erzählungen ist es wichtig, dass diese nicht mit einer unkritischen Perspektive auf gesellschaftspolitische Verhältnisse und Ereignisse einhergeht. Die Förderung einer eigenständigen kritisch-reflexiven Urteilsfähigkeit ist ein zentraler Bestandteil politischer Bildungsprozesse und muss auch in diesem Kontext erhalten bleiben (vgl. Vajen et al. 2023).

Weiterführende Literatur

Michael Butter: „Nichts ist, wie es scheint“: Über Verschwörungstheorien. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2008.

Nina Kolleck/Johannes Schuster/Lea Fobel: Einstellungen Jugendlicher zum Krieg in der Ukraine, 2022, online unter: https://www.uni-leipzig.de/fileadmin/ul/projekte/meta-klub/2Einstellungen_Jugendlicher_zum_Krieg_in_der_Ukraine_final.pdf (letzter Zugriff am: 26.05.2023).

Bastian Vajen/Elizaveta Firsova-Eckert/Alrun Vogt/Christoph Wolf: Verschwörungstheorien als Gegenstand des Politikunterrichts, in: POLIS, 2/2023, S. 22-24.



Lernende Demokratie

Die Didaktik der Demokratie beschäftigt sich mit der „lernenden Demokratie“. Zwar ist die Demokratie institutionell gefasst. Doch sie ist deshalb nicht statisch. Die Demokratie ist Gegenstand beständiger Befragungs- und Aushandlungsprozesse. Sie lässt sich als ein historischer, andauernder und sich stetig erneuernder Lernprozess von Gesellschaft und Politik verstehen. Die demokratischen Lernprozesse erfolgen individuell und kollektiv. Sie sind wesentlich für die historischen und gegenwärtigen Prozesse der Demokratisierung. Die Didaktik der Demokratie thematisiert Herausforderungen, Gefährdungen und Bedrohungen der Demokratie. Sie erforscht Artikulationen, Manifestationen und Bewegungen des Demokratischen. Darin wird Demokratie als Modus des Lernens sichtbar.

In demokratiegeschichtlichen Studien werden verdichtete Phasen der Demokratisierung, sei es am Beispiel von historischen Orten oder prägenden Akteur*innen, von demokratischen Auf- und Umbrüchen der jungen Bundesrepublik oder von sozialen Bewegungen der 1970er und 80er Jahre untersucht. Diese historische Dimension kennt aber nicht nur den Fortschritt. Deshalb äußert sich Demokratiegeschichte auch im Bewusstsein gegenüber den Gefährdungen und als Widerstand gegenüber den Bedrohungen der Demokratie. Die Aufarbeitung des Nationalsozialismus, seiner auch nach 1945 fortwirkenden Kontinuitäten sowie der bis in die Gegenwart reichenden Varianten des Rechtsextremismus zählen zum Kernbestand demokratiedidaktischer Forschung. Auch historische Forschungs- und Vermittlungsarbeit bspw. zum Themenbereich der innerdeutschen Grenze trägt zum gegenwärtigen Verständnis von Demokratisierungsprozessen bei.

Die im historischen Prozess sichtbar werdenden Strukturen von Imperialismus und Kolonialismus sind keine abgeschlossenen Epochen; sie wirken auch in Demokratien fort. Demokratie ist nicht selbstverständlich inklusiv, gerecht und gewaltfrei. Hierin zeigen sich bedeutsame und bis heute wirkende Herausforderungen einer „lernenden Demokratie“. Der wissenschaftliche Blick auf die lernende Demokratie macht sichtbar, wie Demokratie geworden ist, wie sie sich wandelt und wie durch alltägliche politische Praxis von Bürger*innen beständig um sie gestritten wird. Die demokratiepolitischen Aushandlungen finden ihre Referenz in den Denk- und Handlungsweisen der Menschen.

Für die demokratiepolitische Forschung stellt das Bürger*innenbewusstsein einen zentralen Gegenstand dar. Es bezeichnet die mentalen Vorstellungen, die sich die lernenden Menschen über Politik, Wirtschaft und Gesellschaft aufbauen. Damit rücken Ausgangspunkte und Momentaufnahmen des Lernens über Demokratie in den Mittelpunkt didaktischer Theorie und Forschung. Zugleich lässt sich im Bürger*innenbewusstsein rekonstruieren, wie Menschen die vorgestellte politische Wirklichkeit hinterfragen, kritisieren und sich selbst zu ihr positionieren. Demokratiedidaktisch interessieren die politischen Bildungsprozesse – seien sie Ergebnis subjektiver Aneignung oder pädagogischer Intentionen –, die die Demokratie an den Maßstäben des Demokratischen befragen. Welche Vorstellungen und Positionierungen entwickeln Schüler*innen, aber auch Lehrer*innen, zu gesellschaftlichen Ungleichheitsverhältnissen wie bspw. zum Antisemitismus, Antiziganismus, Nationalismus oder Rassismus? Wo äußert sich Inclusive Citizenship Education als Kritik von politischen Ausgrenzungen? Wie verändert die Digitalisierung politische Partizipation und politische Bildung?

Demokratie ist nie abgeschlossen. Sie stellt einen Modus gesellschaftlichen Lernens dar, der Macht-, Ausbeutungs- und die jeweils aktuellen Herrschaftsverhältnisse – auch die in der verfassten und gelebten Demokratie selbst – stetig demokratisch befragt. Dies bedeutet, dass demokratische Grundwerte wie Gleichheit, Gerechtigkeit, Frieden, Freiheit oder Solidarität als Kriterien der Beurteilung herangezogen werden. Die Didaktik der Demokratie begreift diesen demokratischen Lernprozess als ihren Untersuchungsgegenstand.

Demokratiebildung

Mit dem Fokus auf die lernende Demokratie hat sich in den vergangenen zehn Jahren eine spezifische Richtung der historisch-politischen Demokratieforschung etabliert. Diese hat auch Konsequenzen für die Konzeption der **Demokratiebildung**. Am Institut für Didaktik der Demokratie kann Demokratiebildung nicht einfach mit „Erziehen zu ...“, „Unterrichten über ...“ oder „Vermitteln von ...“ übersetzt werden. Vielmehr muss es der Demokratiebildung darum gehen, das „Streiten über die Demokratie“ und damit den Modus der lernenden Demokratie auch in formalen und non-formalen Bildungssituationen wirksam werden zu lassen.

Einer guten und damit handlungswirksamen Demokratiebildung sollte es gelingen, bei Schüler*innen bzw. Teilnehmer*innen ein **reflexives Bürger*innenbewusstsein** zu fördern, indem vorhandene Demokratievorstellungen distanziert und aus jeweils neuen Perspektiven kritisch betrachtet werden. In einem solchen Lernen und Handeln in der Demokratie zeigt sich das Bürger*innenbewusstsein als im Alltag aller Menschen wirkende Kraft, sich gesellschaftlich zu orientieren, sich politisch zu positionieren und – im besten Fall – die Verhältnisse immer wieder auf Möglichkeiten der Demokratisierung hin zu befragen sowie sie in der Folge dieses Lernens partizipativ zu beeinflussen – oder aber nach kritischem Urteil zu dem Schluss zu kommen, dass es für den Moment gut eingerichtet sei. Die Forschungs- und Bildungsaktivitäten des IDD setzen an den Praxen von Bürger*innen an, welche die Demokratie tagtäglich hinterfragen und gestalten.

Diese Demokratiebildung wird von gesellschaftlich abgesicherten schulischen, aber auch nicht-formalisierten und nicht-staatlichen Bildungseinrichtungen getragen. Ausgehend von den Forschungsergebnissen transferiert das IDD didaktische Antworten, Konzepte und Anregungen in die **Bildungspraxis**. Die Analyse von historischen Demokratisierungsprozessen wie auch von anti-demokratischen Entwicklungen kann helfen, aktuelle und zukünftige Probleme besser zu verstehen, als Herausforderungen zu erfassen und zukunftsweisende Antworten darauf zu erarbeiten. Mit Blick auf die **Weiterentwicklung der Demokratie** spielt daher eine kritische und gezielt **demokratische Erinnerungskultur** eine besonders bedeutsame Rolle. Auf dieser Basis hat das IDD inzwischen ein starkes Netzwerk an Bildungsinstitutionen geschaffen und mehrere Vereinbarungen mit Kooperations-Schulen sowie Volkshochschulen und Jugendverbänden abgeschlossen. Das IDD initiiert fortwährend Innovationen zur Demokratiebildung im europäischen Kontext. Ziel ist die Stärkung der historisch-politischen Bildung als Demokratiebildung in den Schulen ebenso wie in non-formalen Bildungsinstitutionen. Damit kann das IDD einen wichtigen Beitrag zur Bearbeitung der großen gesellschaftlichen Herausforderungen und Transformationen sowie der multiplen Krisen unserer Zeit leisten.

Themenschwerpunkte

- Demokratiebewusstsein, Demokratiepädagogik, Demokratiebildung
- Populismus, Rechtsextremismus, Diktaturerfahrungen
- Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus und Nationalismus
- Kolonialismus und Dekolonialität
- Grenzen und Ausgrenzungen
- Demokratiepoteziale und -gefährdungen der Digitalisierung
- Demokratische Mensch-Natur-Verhältnisse

Projekte im Gesamtüberblick

2013 – 2023



Titel	Zuwendungsgeber	Bewilligungssumme	Laufzeit
REACT – Recognising Extremism und Conspiracy Theories	Erasmus+ Programm (EU)	322.805 €	2022-2025
Antiziganismus als institutionelle Praxis!? Ein Sensibilisierungs- und Weiterbildungsprojekt für Mitarbeitende in der kommunalen Verwaltung und sozialen Praxis	Demokratie Leben! (Innovationsfond)	145.785 €	2023-2024
EcoGreen. Ecological economic perspectives on sustainability in VET schools	Erasmus+ Programm (EU)	273.958 €	2022-2024
RESIST – In the name of human rights. Teaching/learning materials dealing with resistance against National Socialism in Europe using the example of France and Germany 1933-1945	Europäische Kommission – Citizens, Equality, Rights and Values Programm (CERV)	131.990 €	2022-2024
Alice – Animals, Climate and Civic Education	Erasmus+ Programm (EU)	283.766 €	2022-2024
MANTA – Mini-Publics And Other New Forms Of Participation In Civic Education	Erasmus+ Programm (EU)	275.220 €	2022-2024
Konzeption und Durchführung eines Fernstudienangebots im Unterrichtsfach Politik für das Lehramt an berufsbildenden Schulen III	Niedersächsisches Ministerium für Wissenschaft und Kultur	210.900 €	2022-2024
International Joint Conference of the Leibniz Research Center for Inclusive Citizenship (CINC) and the Standing Group Citizenship of the European Consortium for Political Research (ECPR): Inclusive Citizenship as Belongings, Practices and Acts	Niedersächsisches Ministerium für Wissenschaft und Kultur (MWK) European Consortium for Political Research (ECPR)	40.000 €	2022-2024
AgriPol	Erasmus+ Programm (EU)	338.996 €	2021-2023
SPIRITUS LOCI	Erasmus+ Programm (EU)	300.000 €	2021-2023
Pilotprojekt: Die „Historischen Landschaften“ des ehemaligen Königreichs Hannover vor, während und nach der Zeit des Nationalsozialismus	VGH Stiftung	59.000 €	2022-2023
4. Vienna Conference on Citizenship Education: Postcolonial Citizens? Dekolonialität in der politischen Bildung	/	/	2022
Die innerdeutsche Grenze in der Feldmark – Lebenslinien zwischen dem Wendland und der Altmark	Metropolregion Hamburg	97.636 €	2021-2024
DFG Forschungsnetzwerk zur Bestimmung des Verhältnisses von Demokratiebildung und politischer Bildung	Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG)	/	2021-2024
Auf den Spuren der innerdeutschen Grenze – Ein Projekt zur Erstellung digitaler Lehr- und Informationspfade	Bundesstiftung Aufarbeitung der SED-Diktatur	185.776 €	2021-2023
KLIMA-AKTIV. Klimaschutz aktiv gestalten & politische Handlungskompetenz entwickeln	Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU)	220.000 €	2021-2023
„Vom ‚Eisernen Vorhang‘ zum ‚Grünen Band‘: Grenzerfahrungen gestern und heute!“ (Ein Projekt zur Entwicklung pädagogischer Materialien für Schule und Museum über Geschichte und (Nach-)Wirkungen deutsch-deutscher Grenze(n))	Bundesstiftung Aufarbeitung der SED-Diktatur	28.000 €	2021-2022
Institutioneller Antiziganismus: Herausforderung erkennen, Teilhabe stärken, Inklusion gestalten	Niedersächsisches Ministerium für Wissenschaft und Kultur	118.635 €	2021-2022
Monitor Demokratiebildung	Bundesministerium für Bildung und Forschung	285.578 €	2020-2024
#GetInvolved: Supporting Democracy and Citizenship in VET	Erasmus+ Programm (EU)	345.255 €	2020-2023
Schools Go Green. Developing a Whole-School Approach to Promote Social Change and Sustainable Development as a Response to Environmental Challenges	Erasmus+ Programm (EU)	243.229 €	2020-2023
STEPin – Supporting parents to deal with the excessive online time and habits of their children: a prevention and intervention programme for all	Erasmus+ Programm (EU)	322.670 €	2020-2023

Titel	Zuwendungsgeber	Bewilligungssumme	Laufzeit
Demokratische Neugestalter versus „Verfechter des totalitären Staatsgedankens“? Personal und Politik der Niedersächsischen Staatskanzlei und des Niedersächsischen Ministeriums der Justiz 1946 bis 1961	Pro*Niedersachsen	249.930 €	2020-2023
CiviMatics - Interdisciplinary mathematic modeling meets civic education	Erasmus+ Programm (EU)	336.400 €	2020 - 2023
Öl aus Niedersachsen – ein Rohstoff für die nationalsozialistische Aufrüstungspolitik und Kriegführung	Niedersächsisches Ministerium für Wissenschaft und Kultur	249.539 €	2019-2024
TEACH - Targeting Extremism and Conspiracy Theories	Erasmus+ Programm (EU)	272.026 €	2019-2022
Zwischen Tradition und Wandel. Evangelische Frauenklöster und -stifte in Niedersachsen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts	Niedersächsisches Ministerium für Wissenschaft und Kultur, Klosterkammer Hannover	192.920 €	2018-2023
Art, Fascism and Democracy: The Politics of Division versus the Politics of Inclusion	Europa für Bürgerinnen und Bürger	10.093 €	2019-2021
EU 1979: A People's Parliament - Democracy, Human Rights and Women's Political Participation	Europa für Bürgerinnen und Bürger	13.093 €	2019-2021
Digital Citizenship Education: Understanding Teachers' Perspectives and Practice	DAAD	13.000 €	2020-2021
Gesellschaftslehre unterrichten	Studienqualitätsmittel der Leibniz School of Education	207.385 €	2019-2021
Inklusive Stadtgesellschaft und Migration: kommunale Handlungsrou-tinen und EU-Binnenmigration aus Rumänien und Bulgarien	Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI)		2019-2020
All4Inclusion - A TOOLKIT WITH EFFECTIVE OUTREACH AND MOTI-VATIONAL STRATEGIES FOR UPGRADING THE KEY COMPETENCES OF MARGINALISED AND VULNERABLE LOW-SKILLED ADULTS (FOCUS ON WOMAN): ENSURING SOCIAL INCLUSION, ACCESS AND PARTICIPATION IN THE DIGITAL ERA	Erasmus+ Programm (EU)	275.435 €	2019-2022
Trans-flipping the Classroom in an Inclusive Learning Community	Erasmus+ Programm (EU)	21.535 €	2019-2022
MUSIC - Making Universities Ready for Social Inclusion and Cultural Diversity	Erasmus+ Programm (EU)	335.090 €	2019-2022
Inclusive Citizenship Education to address increasing societal disparity	DAAD	15.782 €	2019-2021
TEF - Taken, excluded and forgotten. A MOOC for students dealing with „forced germanization“ of children in World War II and lessons for today	Europa für Bürgerinnen und Bürger	58.201 €	2019-2021
LEAP - Learning to participate	Erasmus+ Programm (EU)	28.482 €	2019-2021
CLIO - Challenging Hostile Views and Foster Civic Competences - Sparkling Moves for VET Teachers	Erasmus+ Programm (EU)	276.855 €	2019-2022
Digital and Media Literacy for Active Citizenship: A Toolkit for Promo-ting Critical Thinking and Democratic Values (DIMELI4AC)	Erasmus+ Programm (EU)	271.170 €	2018-2021
Modellprojekt zur Förderung pädagogischer Handlungskompetenz in der Auseinandersetzung mit antidemokratischen Positionen an nieder-sächsischen Schulen	Robert Bosch Stiftung, Nieder-sächsisches Ministerium für Wissenschaft und Kultur	222.000 €	2018-2021
ENTREatVETSCHOOOLS - Promoting Key Competences (Entrepreneur-ship) through an Integrated Career Orientation Programme and Flexible Learning Pathways for VET Students	Erasmus+ Programm (EU)	75.080 €	2018-2021
Teachers4Europe - Setting an Agora for Democratic Culture	Erasmus+ Programm (EU)	56.720 €	2018-2021
Grenzgeschichte(n) - Die „Erinnerungslandschaft deutsch-deutsche Grenze“ in der Metropolregion Hamburg	Metropolregion Hamburg	341.000 €	2018-2020
Enhancing Digital Citizenship (DETECT)	Erasmus+ Programm (EU)	211.839 €	2018-2020
Clarify - Europäischen Fragen auf der Spur	Erasmus+ Programm (EU)	79.327 €	2018-2020
Sport for Learning, Learning by Sport: Realization of Pedagogical and Cultural Approaches for the Empowerment of People with Mental Disease through no Competitive Sport	Erasmus+ Programm (EU)	14.900 €	2018-2020

Titel	Zuwendungsgeber	Bewilligungssumme	Laufzeit
Bridging the Skills Gap: Strategies for the Promotion of Digital, Coding and Robotic Skills for Social Inclusion, Equality and Access (Robot4All)	Erasmus+ Programm (EU)	329.815 €	2017-2020
Europe Alive – Computer Assisted Simulation for Education	Erasmus+ Programm (EU)	48.680 €	2017-2020
Cultural Heritage als Ressource? Konkurrierende Konstruktionen, strategische Nutzungen und multiple Aneignungen kulturellen Erbes im 21. Jahrhundert" (CHER)	Niedersächsisches Ministerium für Wissenschaft und Kultur	ca. 890.000 €	2016-2020
CHER (Teilprojekt 1): Strategien kultureller Inwertsetzung von historischen Traditionen und Überresten. Urban heritage in Barcelona, Manchester, Breslau und Berlin	Niedersächsisches Ministerium für Wissenschaft und Kultur	s.o.	2016-2020
CHER (Teilprojekt 2): „Rural Heritage“. Konstruktionen und Reflexionen zu kulturellem Erbe abseits urbaner Agglomerationsräume. Rural heritage im Hannoverschen Wendland	Niedersächsisches Ministerium für Wissenschaft und Kultur	s.o.	2016-2020
CHER (Teilprojekt 5): Aushandlung postkolonialen Kulturerbes in Schülervorstellungen. Eine empirische Untersuchung in didaktischer Absicht	Niedersächsisches Ministerium für Wissenschaft und Kultur	s.o.	2016-2020
Interdisziplinäres Promotionskolleg "Didaktische Forschung / Citizenship und Inklusion"	Strukturfonds der LUH	377.605 €	2015-2020
Digital Resistance (DigiRes)	EU/Council of Europe Joint Programme „Democratic and Inclusive School Culture in Operation (DISCO)	256.660 €	2018-2019
Volunteering Among Immigrants (VAI)	Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF)	51.168 €	2018-2019
Der Gorleben-Treck – 40 Jahre danach	/	/	2017-2019
Developing European Values in the Primary School (DEVIPS)	Erasmus+ Programm (EU)	258.140 €	2017-2019
Exchange of Good Practices in Order to Achieve a Pedagogical and Cultural Model to Combat Violence Against Women	Erasmus+ Programm (EU)	14.900 €	2017-2019
Supporting Lecturers in Applying Inquiry Based Learning (Reflect Lab)	Erasmus+ Programm (EU)	249.958 €	2016-2019
Kontinuitäten und Neuorientierungen: Die „Akademie für Raumforschung und Landesplanung“ und das Fortwirken von personellen Netzwerken am Wissenschaftsstandort Niedersachsen nach 1945	Niedersächsisches Ministerium für Wissenschaft und Kultur	ca. 260.000 €	2015-2019
Promoting Technology Enhanced Teaching in Primary Schools (prime-TECH)	Erasmus+ Programm (EU)	164.716 €	2016-2018
Die Klosterkammer Hannover im Nationalsozialismus	Volkswagen-Stiftung, Klosterkammer Hannover	497.000 €	2015-2018
OUT-SIDE-IN – Inclusive Adult Education with Refugees	Erasmus+ Programm (EU)	412.274 €	2015-2018
Validating and Upgrading VET Trainers' and Teachers' Digital Skills (v-UPGRATEs)	Erasmus+ Programm (EU)	369.877 €	2015-2018
Prevention of Early Dropout of VET through Inclusive Strategies of Migrants and Roma (PREDIS)	Erasmus+ Programm (EU)	330.151 €	2015-2018
Konzeption und Durchführung eines Fernstudienangebots im Unterrichtsfach Politik für das Lehramt an berufsbildenden Schulen I	Niedersächsisches Ministerium für Wissenschaft und Kultur	205.000 €	2015-2018
Politische Ökonomie. Eine politikdidaktische Rekonstruktion der Volkswirtschaftslehre	Teilprojekt im Projekt „Theoria cum praxi“ der Leibniz School of Education/BMBF-Programm „Qualitätsoffensive Lehrerbildung“	180.000 €	2015-2018
Evaluation des sächsischen Modellprojektes „Starke Lehrer – starke Schüler“	Robert Bosch Stiftung	50.420 €	2015-2018
Demokleos – The Kleos of Democracy in European School	Erasmus+ Programm (EU)	33.630 €	2015-2018
Demokratie- und Menschenrechtsbildung als Querschnittsaufgabe und Arbeitsprinzip in der Erwachsenenbildung	Niedersächsisches Landesprogramm gegen Rechtsextremismus – für Demokratie und Menschenrechte	7.775 €	2016-2017

Titel	Zuwendungsgeber	Bewilligungssumme	Laufzeit
Entwicklung einer MOOC-Demokratiebildung	Bertelsmann Stiftung	/	2015-2017
Multiplying Civic Competences: Train-the-Trainer Workshop	DAAD	32.886 €	2016
Demokratische Schule – Ein Fortbildungsprojekt zur Demokratiekompetenz für Lehrkräfte	Niedersächsisches Ministerium für Wissenschaft und Kultur	35.000 €	2015-2016
Konferenz „Technische Hochschulen in der Zeit des Nationalsozialismus“	Niedersächsisches Ministerium für Wissenschaft und Kultur; Philosophische Fakultät LUH; Leibnizuniversitätsgesellschaft Hannover e.V.	16.250 €	2015-2016
Woman, War and Peace – Ein Projekt zur historisch-politischen Bildung	Europa für Bürgerinnen und Bürger – Programm (EU)	14.290 €	2015-2016
Non-formal Learning can Prevent Early School Leaving – Engagement gegen Schulabbruch (Non-for-Lesl)	Erasmus+ Programm (EU)	279.769 €	2014-2016
Wir gehören dazu! Einbürgerung und politische Partizipation als Ziel der Integration	BAMF (Europäische Integrationsfonds), Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung	32.000 €	2014-2016
Was ist Politische Bildung? Eine Erhebung der Vorstellungen von Lehramtsstudierenden	WIF II Programm Uni-Hannover	50.000 €	2012-2016
IVET-VENTURE: A Participative Approach to Strengthen Key Competences of Trainees	Leonardo Programm (EU)	397.441 €	2013-2015
GRANKIT – Grandparents and Grandchildren Keep In Touch	Grundvig Programm (EU)	286.239 €	2013-2015
Die Dömitzer Brücke als historischer Erinnerungsort	Niedersächsisches Ministerium für Wissenschaft und Kultur	174.400 €	2012-2015
Die innerdeutsche Grenze als Realität, Narrativ und Element der Erinnerungskultur	Volkswagen-Stiftung	350.000 €	2009-2015
Niedersächsisches Forschungskolleg Nationalsozialistische „Volksgemeinschaft“? (Pilotprojekt, 1. und 2. Phase)	VolkswagenStiftung	1.557.000 €	2007-2015
RELY – Euro-Rallye. Schüler/-innen entdecken EU-Politik	Jean Monnet Programm (EU)	78.216 €	2013-2014
Berufsbegleitende Qualifizierung für Dipl.-Ingenieure für das Lehramt an Berufsbildenden Schulen (Fach Politik)	Niedersächsisches Ministerium für Wissenschaft und Kultur	140.000 €	2012-2014
Die Technische Hochschule Hannover im Nationalsozialismus	Leibniz Universität Hannover	115.000 €	2012-2014
Denkweisen der Globalisierung. Eine vergleichende Untersuchung zur Wahrnehmung und Bewertung der Globalisierung durch Schüler/-innen in unterschiedlicher sozioökonomischer Lage	Hans-Böckler-Stiftung	45.266 €	2012-2014
„Vielfalt, Identität, Erzählung“ – Interkulturelles Geschichtslernen	Niedersächsisches Ministerium für Wissenschaft und Kultur	240.000 €	2011-2014
Mi4Ju: Qualifizierungsprogramm für junge Migrantinnen und Migranten zu Lotsinnen und Lotsen in Integrationsprozessen	Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration	150.000 €	2011-2014
Die innerdeutsche Grenze und Niedersachsen. Die Tätigkeit der Zentralen Erfassungsstelle Salzgitter und ihre Rezeption in Politik und medialer Öffentlichkeit der Bundesrepublik Deutschland 1961-1994	Niedersächsisches Ministerium für Wissenschaft und Kultur	85.220 €	2010-2014
Das „EU Quiz-Lab“ – Innovatives Lernen über Europa	Jean Monnet Programm (EU)	78.964 €	2012-2013
ECLIPSE – European Citizenship – Learning in a Programme for Secondary Education	Comenius Programm (EU)	27.182 €	2011-2013
Step In! Building Inclusive Societies through Active Citizenship	Grundvig Programm (EU)	388.000 €	2011-2013



Aktuelle Projekte

Öl aus Niedersachsen – ein Rohstoff für die nationalsozialistische Aufrüstungspolitik und Kriegführung

Leitung: apl. Prof. Dr. Detlef Schmiechen-Ackermann

Koordination: Dr. Christian Hellwig

Team: Dr. Christian Hellwig, Dr. Jana Stoklasa, Dr. Rita Seidel, Dominik Dockter

Förderung: Niedersächsisches Ministerium für Wissenschaft und Kultur

Volumen: 249.539 €

Laufzeit: 2019-2024



**Niedersächsisches Ministerium
für Wissenschaft und Kultur**

Spätestens seit der industriellen Revolution sind Gesellschaften auf fossile Energieträger angewiesen. Dementsprechend wurde um die Beschaffung dieser Ressourcen seit jeher gerungen. Dies galt in besonderem Maße für die verbrecherischen Expansionsbestrebungen des nationalsozialistischen Deutschlands. Das Deutsche Reich war Anfang der 1930er Jahre nahezu vollkommen abhängig von ausländischen Ölimporten. Das musste geändert werden, wenn das NS-Regime seine militärischen Expansionsziele in die Tat umsetzen wollte. Im Rahmen der propagandistischen Proklamation der Rohstoffautarkie setzte der NS-Staat alle Hebel in Bewegung, um die deutsche Erdölförderung auf ihr Maximum anzuheben und den Anteil ausländischer Erdöllieferungen möglichst zu verringern. Von dem Erdölboom des „Dritten Reichs“ profitierte auch der Stadt- und Landkreis Celle. Hier gab es mit dem Erdölfeld in Wietze eine lange Fördertradition, weswegen zahlreiche Erd-

ölunternehmen in der Region vertreten waren. Die Erdölfelder Obershagen, Hänigsen und Nienhagen im Landkreis Celle waren Mitte der 1930er Jahre die ergiebigsten Erdölfelder Deutschlands. Gleichwohl sind diese Darstellungen von einer wirtschaftlichen Erfolgsgeschichte weit entfernt. Selbst den Nationalsozialisten war von Anfang an klar, dass aufgrund der geologischen Voraussetzungen in Deutschland innerhalb der Reichsgrenzen nie genug Öl für eine vollständige Energieunabhängigkeit gefördert werden könnte. Das angestrebte Ziel der Ölautarkie blieb erwartungsgemäß unerfüllt, weswegen die Kraftstofflücke auch durch den Anschluss Österreichs sowie die gewaltsame kriegsrische Annexion und Ausbeutung osteuropäischer Erdölfelder geschlossen werden sollte. Maßgebliche Erdölmanager aus den Celler Erdölbetrieben nahmen dabei führende Rollen ein. Der Ölboom der 1930er und 1940er Jahre war fest verankert in der antisemitischen, ras-

sistischen und militaristischen Politik des Nationalsozialismus.

Trotz der besonderen Bedeutung des Stadt- und Landkreises Celle für die nationalsozialistische Rohstoffpolitik liegen viele Facetten dieser Geschichte noch im Nebel. Hier setzt das derzeit laufende Forschungsvorhaben an und fragt unter anderem danach, welche Auswirkungen die Aufrüstungs- und Kriegspolitik für die Förderregion hatte, wie die verschiedenen Erdölunternehmen mit dem NS-Staat kollaborierten, wie sich die Arbeitsbedingungen in der Erdölindustrie in den 1930er und 1940er Jahren veränderten und welche Dimension der Einsatz von Zwangsarbeitenden hatte. Die von den Wissenschaftler*innen angestrebte Standortgeschichte der Erdölförderregion Celle beleuchtet den politisch motivierten Strukturwandel einer Wirtschaftsregion und fragt somit nach dem Verhältnis von Raum, Politik, Wirtschaft und Wissenschaft im „Dritten Reich“.

CiviMatics – Interdisciplinary mathematic modeling meets civic education

Leitung: Dr. Wolfgang Beutel

Koordination: Bastian Vajen

Förderung: Erasmus+ Programm (EU)

Volumen: 336.400 €

Laufzeit: 2020-2023



**Co-funded by the
Erasmus+ Programme
of the European Union**

CiviMatics ist ein Projekt, das die Ansätze politischer und mathematischer Bildung im Rahmen interdisziplinärer Lehrangebote verbindet und am Beispiel aktueller gesellschaftlicher Probleme, wie dem Klimawandel, didaktische Zugänge für die universitäre Lehrkräfteausbildung entwickeln wird. Ziel ist es hier, zukünftigen Lehrkräften der Mathematik und der Gesellschaftswissen-

schaften in den Verflechtungen zwischen Mathematik und Politik zu schulen und die Relevanz interdisziplinärer Zugänge aufzuzeigen. In diesem Rahmen soll unter anderem der mathematische Modellierungskreislauf durch Ansätze der Politikdidaktik ergänzt werden, um so einen Ansatz der normativen Modellierung zu begründen. Hierbei wird ein besonderer Wert auf die

europäische Kooperation bei der Erarbeitung und Erprobung der Materialien gelegt, um eine Anwendungsmöglichkeit der Projektergebnisse in allen Ländern der Europäischen Union sicherzustellen.

Monitor Demokratiebildung

Leitung: Dr. Wolfgang Beutel

Team: Dr. Wolfgang Beutel, Jun.-Prof. Dr. Steve Kenner, Alexander Runge

Förderung: Bundesministerium für Bildung und Forschung

Volumen: 285.578 €

Laufzeit: 2020 – 2024

GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

Gegenwärtig ist eine Diskussion um Konzepte und Begriffe der demokratischen Erziehung, der Politischen Bildung und des Lernens von Demokratie in den Schulen und der Jugendbildung zu beobachten, die von einer umfassenden Wahrnehmung der sozialisatorischen Einflüsse sowie intentionalen und funktionalen Lernmöglichkeiten in den pädagogischen Institutionen und der demokratischen Gesellschaft insgesamt ausgeht. Zugleich ist umgekehrt offenkundig, dass pädagogischen Institutionen vielfältige Möglichkeiten und Gelegenheiten, aber auch ohnehin sozialisatorisch wirksame funktionale Aspekte für die Demokratie haben: Sie wirken auf politische

Mündigkeit, die Vorstellungen von Politik und Demokratie sowie die demokratische Handlungskompetenz bei den Lernenden ein, ob die Gesellschaft und die Pädagogik das will oder nicht. Das gilt in besonderer Weise für die Schule. Ziel dieses Projekts ist deshalb die Konzipierung, Erhebung und Darstellung einer kriteriengeleiteten Übersicht zur „Demokratiebildung“ mittels eines „Monitors“. Innerhalb der drei aktuellen Bezugspunkte zum Diskurs zur „Demokratiebildung“ – erstens dem begriffsbezogenen Diskurs um Konzepte zur Demokratiebildung, zweitens der Praxisentwicklung im breiten Feld der Demokratiebildung sowie

drittens dem demokratiepädagogischen Wettbewerb Demokratisch Handeln – will der „Monitor Demokratiebildung“ eine Bestandsaufnahme zu diesem pädagogischen Praxis- und Entwicklungsfeld erarbeiten. Das übergeordnete Interesse dabei ist, mit dem „Monitor Demokratiebildung“ ein Instrument zu gewinnen und fachlich zu etablieren, das dann in regelmäßigen Zeitabständen den Stand der Demokratiebildung in Wissenschaft und Praxis in Deutschland aufnimmt, beschreibt und somit zu einer Integrationsleistung in einem gegenwärtig noch eher heterogenen Handlungsfeld substantiell und nachhaltig beiträgt.

SPIRITUS LOCI

Leitung: Prof. Dr. Dirk Lange

Koordination: Prof. Dr. Christoph Wolf

Förderung: Erasmus+ Programm (EU)

Volumen: 300.00 €

Laufzeit: 2021–2023

Partnership of Places, communities and art forms for an education to beauty.



Co-funded by the
Erasmus+ Programme
of the European Union

SPIRITUS LOCI strebt an, eine physische und spirituelle Erfahrung bedeutsamer kultureller Räume durch Kunst wiederzuerlangen. Das spezifische Ziel ist die Entwicklung eines innovativen Lernweges für mehr oder weniger junge Erwachsene, die sich für das kulturelle Leben ihrer Orte interessieren, mit dem Ziel, ein kulturelles und künstlerisches

Ereignis an den vier Pilotstandorten (Italien, Griechenland, Deutschland, Litauen) zu realisieren. Dafür entstehen in Zusammenarbeit mit verschiedenen Projektpartnern Module, die die jungen Kulturschaffenden auf die Planung und Umsetzung einer Veranstaltung vorbereiten sollen. Dieser Lernpro-

zess wird weitgehend durch neue Informations- und Kommunikationstechnologien unterstützt und zeichnet sich durch einen integrativen methodischen Ansatz aus, der auf den Erwerb von Schlüsselkompetenzen für eine aktive und partizipative Bürgerschaft ausgerichtet ist.

Pilotprojekt: Die „Historischen Landschaften“ des ehemaligen Königreichs Hannover vor, während und nach der Zeit des Nationalsozialismus

Leitung: apl. Prof. Dr. Detlef Schmiechen-Ackermann, Dr. Christian Hellwig

Team: apl. Prof. Dr. Detlef Schmiechen-Ackermann, Dr. Christian Hellwig, Christiane Schröder, Chiara Antonia Onnis, Ilka Witte, Tom Binner, Lena-Sophie Schlehofer

Förderung: VGH Stiftung

Volumen: 59.000 €

Laufzeit: 2022–2023



Im Rahmen Pilotprojektes soll präzisiert werden, welche Quellenbasis für eine Untersuchung zur Geschichte der Historischen Landschaften während der NS-Zeit derzeit bereits zur Verfügung steht bzw. durch entsprechende Recherchen noch erschlossen werden kann. Ziel ist es, in einem ersten

Bearbeitungsschritt alle verfügbaren Quellen zu sichten und auf dieser Basis in einem zweiten Arbeitsschritt die Möglichkeiten für eine intensivere Untersuchung zur Geschichte der Historischen Landschaften während der NS-Zeit einzuschätzen. Materielles Ergebnis des Pilotprojektes soll ein im

Frühjahr 2023 vorzulegender Arbeitsbericht sein.

MANTA – Mini-Publics And Other New Forms Of Participation In Civic Education

Leitung: Dr. Wolfgang Beutel, Parvati Mazumdar (Demokratiezentrum Wien)

Koordination: Patrick Bredl

Förderung: Erasmus+ Programm (EU)

Volumen: 275.220 €

Laufzeit: 2022-2024



Co-funded by the
Erasmus+ Programme
of the European Union

Viele Jugendliche und junge Erwachsene in Europa sind keineswegs unpolitisch, sie organisieren sich und gehen auf die Straße. Bei der Wahl der politischen Organisationsform greifen sie allerdings nicht auf traditionelle Organisationsformen wie Verbände, Parteien und Gewerkschaften zurück, sondern nutzen andere partizipative Formen wie beispielsweise Demonstrationen oder (Online-)Petitionen. Bürger*innenräte (Englisch: Mini-Publics) bieten Ansatzpunkte, um jungen Menschen Vertrauen in die re-

präsentative Demokratie zurückzugeben und sie zu ermutigen, sich für ein langfristiges Engagement auf institutioneller Ebene zu entscheiden.

Gemeinsam mit Partnerorganisationen in Österreich, Deutschland und Kroatien werden praktische, wissenschaftliche und didaktisch-methodische Expertisen vereint. Das Projekt MANTA korrespondiert mit der Erasmus+ Priorität „Teilhabe am demokratischen Leben“.

Ziele:

- Wissenschaftliche Positionen didaktisch aufzubereiten, um die fachlichen Kompetenzen von Lehrer*innen und Dozent*innen an Schulen und Universitäten zu verbessern
- Bürgerschaftliche Kompetenzen von Schüler*innen zu entwickeln und ihnen ein differenziertes Wissen über Möglichkeiten von politischer Beteiligung (abseits des Wahlrechts) zu vermitteln

Demokratische Neugestalter versus „Verfechter des totalitären Staatsgedankens“? Personal und Politik der Niedersächsischen Staatskanzlei und des Niedersächsischen Ministeriums der Justiz 1946 bis 1961

Leitung: apl. Prof. Dr. Detlef Schmiechen-Ackermann

Koordination: Dr. Christian Hellwig

Förderung: Pro*Niedersachsen

Volumen: 249.930 €

Laufzeit: 2020-2023



**Niedersächsisches Ministerium
für Wissenschaft und Kultur**

Das Projekt untersucht die personelle Entwicklung sowie inhaltliche Kontinuitäten zur NS-Zeit, aber auch Neuansätze in der niedersächsischen Landespolitik zwischen 1946 und 1961 am Beispiel der Staatskanzlei und des Ministeriums der Justiz. Die Niedersächsische Staatskanzlei sah sich Mitte der 1950er-Jahre der Kritik ausgesetzt, sie habe eine großzügige (Wieder-)Einstellung von „Verfechter[n] des totalitären Staatsgedankens“ geduldet. Die niedersächsische

Justiz wurde sogar als „besonders geförderter Zufluchtsort“ für NS-Belastete gebrandmarkt. Brisant erscheint dabei, dass der niedersächsische Justizminister von 1947 bis 1949 zugleich auch als Minister für Entnazifizierung fungierte und somit eine Schlüsselrolle in der öffentlichen Auseinandersetzung um Demokratie und „Vergangenheitsbewältigung“ einnahm. Das Projekt greift methodische Anregungen der aktuellen Forschungen zum Personal aus-

gewählter Bundesministerien auf und verbindet sie mit der Erforschung landespolitischer Gestaltungsspielräume und föderaler Beziehungen in der jungen Bundesrepublik. Die zentrale Fragestellung lautet: Welchen Einfluss hatten frühere Nationalsozialisten auf die Gestaltung der Landes- und Justizpolitik in den Nachkriegsjahrzehnten? In welchem Maße konnten sich demokratische Neugestalter mit ihren konzeptionellen Vorstellungen durchsetzen?

STEPin – Supporting parents to deal with the excessive online time and habits of their children: a prevention and intervention programme for all

Leitung: Prof. Dr. Dirk Lange

Koordination: Dr. Wolfgang Beutel

Förderung: Erasmus+ Programm (EU)

Volumen: 322.670 €

Laufzeit: 2020-2023



Co-funded by the
Erasmus+ Programme
of the European Union

Das STEPin-Projekt möchte Eltern dabei unterstützen, Vorbilder für ihre Kinder im Umgang mit digitalen Medien zu werden und sie für die vielfältigen Faktoren von Missbrauch des Internets und potenziellen Suchtgefahren zu sensibilisieren. In Kontexten von Erwachsenenbildung und -weiter-

bildung werden Konzepte und unmittelbar nutzbare Materialien entwickelt, um diesen Themen angemessen begegnen und entsprechende Bildungsangebote und -formate durchführen zu können. Hierzu zählen ein breit aufgestelltes Web-Mapping, um länderübergreifende Rahmenrichtlinien zu

erfassen ebenso wie eine umfangreiche Materialsammlung, die insbesondere Lehrkräften in der Erwachsenenbildung dabei helfen soll, die Themen von Internetsucht- und -missbrauch in ihren Angeboten zu integrieren.

Auf den Spuren der innerdeutschen Grenze – Ein Projekt zur Erstellung digitaler Lehr- und Informationspfade

Leitung: apl. Prof. Dr. Detlef Schmiechen-Ackermann, Dr. Christian Hellwig
Team: Dr. Christian Hellwig, Karolin Quambusch, Theresa Bechtel (bis 31.12.2022), Jessica Burmeser-Kock (ab 01.01.2023)
Förderung: Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur
Volumen: 185.776 €
Laufzeit: 2021-2023

**BUNDESSTIFTUNG
AUFARBEITUNG**



Im Rahmen des Projektes wird ein innovatives, App-basiertes Bildungsangebot entwickelt, das für die historisch-politische Erinnerungsarbeit zur Steigerung des Wissens über das SED-Unrecht und den Alltag in der DDR genutzt werden kann. Gemeinsam mit Schülerinnen und Schülern oder jungen Erwachsenen werden digitale „Grenz-Pfade“ erstellt, die in der App „Actionbound“ zur Verfügung stehen werden. Die Pfade führen Interessierte zu historischen Orten und Relikten, Museen, Gedenkstätten und -zeichen der Erinnerungslandschaft deutsch-deutsche Grenze. Die beteiligten Einrichtungen vor Ort verfügen über umfangreiche

Sammlungen, die das Fundament einer multiperspektivischen Auseinandersetzung mit der Entstehung der deutschen Teilung und deren Folgen legen und damit einen wichtigen Beitrag für die Herausbildung eines kritischen Geschichtsbewusstseins leisten können.

Das Projektvorhaben rückt mit dem Landkreis Lüchow-Dannenberg sowie den Landkreisen Ludwigslust-Parchim, Prignitz und dem Altmarkkreis Salzwedel auf ehemals ostdeutscher Seite, eine Region modellhaft in den Fokus, deren Alltag und Schicksal fundamental von der deutschen Teilung und den damit verbundenen Folgen betrof-

fen gewesen sind, da sich die Grenze über einen Großteil der Landkreisgrenzen hinweg erstreckte und die heutigen Landesgrenzen und die historische Identität von drei Bundesländern berührt. Das Projekt möchte eine Anerkennung und wissenschaftliche Aufarbeitung dieser Teilungserfahrungen befördern und durch historische Wissensvermittlung zur Aufarbeitung des SED-Unrechts und Vergegenwärtigung seiner bis heute präsenten Folgen beitragen. Ergänzendes, didaktisch aufbereitetes Material, soll den Einsatz der erstellten „Grenz-Pfade“ für den Schulunterricht attraktiv machen.

Alice – Animals, Climate and Civic Education

Leitung: Dr. Wolfgang Beutel
Team: Ronja Kummer
Förderung: Erasmus+ Programm (EU)
Volumen: 283.766 €
Laufzeit: 2022-2024



**Co-funded by the
Erasmus+ Programme
of the European Union**

Das Projekt Animals, Climate and Civic Education (ALICE) wird von der Europäischen Kommission gefördert und befasst sich mit dem Verhältnis zwischen Menschen und Tieren sowie damit verbundenen Aspekten. Im Rahmen von ALICE erstellen sechs Organisationen aus Deutschland, Frankreich und Österreich gemeinsam Lehr- und Lernmaterialien für Lehrkräfte und Schüler*innen.

ALICE bildet ethische, politische und wirtschaftliche Zusammenhänge rund um das Thema Tierrechte ab und beschäftigt sich auf Grundlage der neuesten Erkenntnisse aus der Tierverhaltensforschung mit den Bedürfnissen, Eigenschaften und Fähigkeiten von Tieren. Hauptziel von ALICE ist, Tierethik und damit verbundene Themen stärker im Unterricht zu verankern.

Informationen über die Zustände in der Tierindustrie sind heute leicht zugänglich. Zahlreiche Aufnahmen aus der Tiernast, von Tiertransporten und aus Schlachtbetrieben zeigen, dass die bestehenden Gesetze und Vorschriften zum Schutz von Tieren oft mangelhaft umgesetzt werden. Dennoch ist es für viele Menschen schwierig, eine Bereitschaft dafür zu entwickeln, das

eigene Konsumverhalten zu verändern.

Zugleich werden Verbesserungen im Tierschutz und entsprechende Veränderungen der politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen gesellschaftlich immer stärker eingefordert. Und es gibt immer mehr Akteur*innen, die sich anstatt für Tierschutz-Reformen für die Abschaffung der Tierindustrie einsetzen.

Auf individueller, gesellschaftlicher und politischer Ebene gibt es im Bereich der Tierethik viele Widersprüchlichkeiten und Ambivalenzen. Mit der Frage, wie diese zustande kommen, verinnerlicht und kulturell getragen und reproduziert werden, setzen sich Philosoph*innen, Soziolog*innen und Psycholog*innen seit etwa 20 Jahren verstärkt auseinander. In der Folge hat sich das recht junge Feld der Human-Animal-Studies herausgebildet, das für die Inhalte von ALICE eine wichtige Rolle spielt. Hier geht es unter anderem um das Spannungsverhältnis „Tier als Subjekt“ versus „Tier als Objekt“. Viele von uns haben sehr enge Beziehungen zu ihren „Haustieren“ (der Hund als bester Freund des Menschen usw.), aber nur sehr ungenaue Vorstellungen davon, wie typi-

sche „Nutztiere“ leben und welche Bedürfnisse sie haben.

Genau hier setzt ALICE an und nimmt neben der landwirtschaftlichen Tierhaltung auch noch andere Bereiche der Tiernutzung in den Blick.

Ziele des ALICE-Projektes:

1. Die Themen Tierschutz und Tierrechte finden größeren Eingang in die Klassenzimmer.
2. Lehrkräfte nutzen die von Expert*innen erstellten Materialien, um mehr über die politischen, rechtlichen, ethischen und wirtschaftlichen Bedingungen zu erfahren, die Tierleid und den Klimawandel begünstigen.
3. Lehrkräfte tragen dazu bei, dass ihre Schüler*innen kritisch über die Projektthemen nachdenken, ihren eigenen lebensweltlichen Zugang reflektieren und miteinander diskutieren.
4. Lehrkräfte lernen, wie sie ihren Schüler*innen Möglichkeiten aufzeigen können, sich in der Schule, der Gesellschaft und der Politik zu engagieren.
5. Schüler*innen werden in die Produktion der Projektergebnisse einbezogen und erleben ihre eigene Selbstwirksamkeit.

REACT – Recognising Extremism and Conspiracy Theories

Leitung: Prof. Dr. Dirk Lange
Koordination: Elizaveta Firsova-Eckert
Team: Alrun R. Vogt
Förderung: Erasmus+ Programm (EU)
Volumen: 322.805 €
Laufzeit: 2022–2025



Co-funded by the
Erasmus+ Programme
of the European Union

Verschwörungstheorien und extremistische Überzeugungen sind seit einigen Jahren auf dem Vormarsch in Europa und haben stark an Einfluss und Reichweite gewonnen. Diese Entwicklungen stellen auch Schulen und Lehrkräfte vor große Herausforderungen, da Studien zeigen, dass auch Schülerinnen und Schüler empfänglich für extremistische Überzeugungen und Verschwörungstheorien sind.

Das Ziel des Erasmus+ finanzierten REACT Projekts ("Recognising Extremism and Conspiracy Theories") ist es daher, Schulen und Lehrkräfte mit den entsprechenden Werkzeugen auszustatten, um effektive Präventionsarbeit gegen Verschwörungstheorien

und extremistische Überzeugungen leisten und diesen zielgerichtet begegnen zu können. Unsere außerschulischen und schulischen Partnerorganisationen aus Deutschland, Österreich, Dänemark und Bulgarien entwickeln dafür gemeinsam innovative Messinstrumente und didaktische Materialien.

Konkret bedeutet das, dass im Rahmen des REACT Projekts zwei umfangreiche Outputs erarbeitet werden. Das erste Output besteht aus einer Umfrage und aus einem Handbuch, mithilfe dessen Schulen unabhängig und ohne zusätzliche monetäre Aufwendungen die Verbreitung von Ver-

schwörungstheorien und extremistischen Überzeugungen erheben können. Das zweite Output besteht aus einem Curriculum und Lehr- und Lernmaterialien, die das erste Output komplementieren. Das Ziel ist es hier, Lehrkräfte einerseits über die Struktur von Verschwörungstheorien und extremistischen Überzeugungen im Allgemeinen sowie die hiermit verbundenen Narrative im Speziellen zu informieren und ihnen erprobte Materialien zum Umgang mit diesen im Rahmen des Unterrichts zur Verfügung zu stellen. Diese können bestenfalls in Kombination mit dem ersten Output, allerdings auch ohne dieses, angewandt werden.

RESIST – In the name of human rights. Teaching/learning materials dealing with resistance against National Socialism in Europe using the example of France and Germany 1933–1945

Leitung: Prof. Dr. Dirk Lange
Koordination: Jessica Burmester-Kock
Förderung: Europäische Kommission – Citizens, Equality, Rights and Values Programm (CERV)
Volumen: 131.990 €
Laufzeit: 2022–2024



Kofinanziert von der
Europäischen Union

Vom nationalsozialistischen Deutschland wurden mit Diktatur, Vernichtungskrieg, Besatzungsherrschaft und „Rassenpolitik“ schwerste Menschenrechtsverletzungen begangen. Sie reichten hin bis hin zum Völkermord an den europäischen Jüdinnen und Juden sowie an den Sinti* und Rom*nja Europas. Diesen Verbrechen entgegenzutreten, die Orientierung an Menschenrechten und die Wiederherstellung des Rechts leitete das Handeln von Menschen im Widerstand. Obwohl die Auseinandersetzung mit dem Widerstand in Europa wesentlich zur Demokratie- und Menschenrechtsbildung beitragen kann, liegen bisher kaum entsprechende Lehr-/Lernmaterialien vor. Dies gilt insbesondere für digitale Angebote. Ein digitaler Zugang bietet jedoch nicht nur die Möglichkeit eines länderübergreifenden Austausches, etwa für transnationale Jugendbegegnungen, sondern schafft auch neue Möglichkeiten in der Auseinanderset-

zung mit dem historischen Gegenstand in vergleichender Perspektive sowie der Beschäftigung mit seiner Bedeutung für die Gegenwart.

Ziele und Ergebnisse:

In einer länderübergreifenden Kooperation unterschiedlicher historisch-politischer Bildungsinstitutionen werden im Rahmen des Projektes biografische Materialien sowie eine pädagogische Handreichung für die Durchführung von Lernangeboten in binationalen Jugendaustauschen und pädagogischen Settings an Schulen, Gedenkstätten und anderen Lernzusammenhängen entwickelt. Weiterhin wird eine digitale Ausstellung entworfen, die Jugendlichen durch unterschiedliche Vermittlungsebenen einen interaktiven und mehrdimensionalen Zugang zu den Personen des Widerstands bietet. Die digitale Ausstellung soll nach Fertigstellung in ihren Inhalten erweiter-

bar sein, z. B. auch in der Zusammenarbeit mit Jugendprojekten, sodass sie grundsätzlich auch auf andere Kontexte transferiert werden kann, beispielsweise mit Blick auf Widerstandsbiografien aus anderen europäischen Ländern.

Partnerschaft

Institut für Didaktik der Demokratie der Leibniz Universität Hannover (Projektkoordination)
Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Berlin
Carl und Anneliese Goerdeler-Stiftung, Leipzig
Mémorial National de la prison de Montluc, Lyon
Centre d'Histoire de la Résistance et de la Déportation, Lyon
Cité Scolaire Internationale, Lyon

KLIMA-AKTIV. Klimaschutz aktiv gestalten & politische Handlungskompetenz entwickeln

Leitung: Prof. Dr. Dirk Lange
Team: Jun.-Prof. Dr. Steve Kenner, Michael Nagel
Förderung: Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU)
Volumen: 220.000 €
Laufzeit: 2021–2023



Der Prozess einer tiefgreifenden Klimaschutz-Transformation (Climate Action; SDG 13) braucht aktive „Change Agents“ bzw. lokale Akteur*innen des Wandels. Studien der Jugendforschung belegen, dass sich junge Menschen mit globalen Fragen und auch mit Umweltfragen auseinandersetzen und ihre Bereitschaft sich politisch zu beteiligen steigt. Auch die Bewegung Fridays for Future (FFF) zeigt, dass bei einer Gruppe junger Menschen aus der Bereitschaft auch tatsächliches klimapolitisches Engagement erwächst. Allerdings hängen sowohl die Partizipationsbereitschaft, als auch die Realisierung von sozialem und politischem Engagement von vielfältigen Faktoren, wie beispielsweise dem Bildungsstand, ab. Das hier skizzierte Projekt soll es Jugendlichen ermöglichen, als Veränderungsakteur*innen (lokale) Klimaschutztransformationen voranzutreiben und die hierfür notwendigen Kompetenzen zu erwerben (klimamündige Bürger*innen, SDG 4). Dafür soll in dem geplanten Modellprojekt mit mehr als 120 Schüler*innen aller Schultypen (Gymnasium, Gesamt- und Berufsschule) handlungsorientiert und klimapolitisch anhand selbstbestimmter Klimaschutz-Aktionen politische Lernerfahrungen gesammelt und reflektiert werden.

Die Institut für Didaktik der Demokratie (IDD) kooperiert hierfür mit dem Landkreis Lüchow-Dannenberg. Es werden Strukturen

sowie Lehr-Lernsetting aufgebaut, erprobt und reflektiert, die das jugendpolitische Klima-Engagement nachhaltig in der Region verankert und zugleich eine Übertragung von der Modellregion Lüchow-Dannenberg auf andere Regionen ermöglicht.

Anknüpfend auch an eigene Erfahrungswelten entwickeln die Schüler*innen Strategien und Möglichkeiten zum aktiven Handeln aus vielfältigen Dilemmasituationen heraus. Die Themen wählen die Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen dafür selbst. Beispielhaft werden im Antrag die Felder Mobilität, Lebensmittelversorgung und Digitalisierung skizziert. Im Zuge des auf drei Jahren angesetzten Projektes stehen, neben der Entwicklung und dem Ausloten von kooperativen und kollaborativen Strategien, auch die Einbeziehung von unterstützenden Akteur*innen aus Zivilgesellschaft, Verwaltung, Politik und/oder Wirtschaft im Fokus. Kinder und Jugendliche sollen im Rahmen des Projektes Kompetenzen stärken und erwerben, die es ihnen erlauben, Unsicherheiten in Transformationsprozessen auszuhalten (Frustrationstoleranz, Ambiguitätstoleranz).

Für klimapolitische Dilemmasituationen sollen Urteile über verschiedene Handlungsmöglichkeiten erarbeitet und partizipativ in konkrete Klimaschutzaktivitäten übersetzt werden. Dafür ist das Projekt in fünf Phasen – begleitet durch mehr als 30

Workshops und Exkursionen – eingeteilt, wobei zunächst Themenfelder, Interessenslage und Politikfelder analysiert (Phase 1), Dilemmata identifiziert sowie Klimaschutz-Projekte geplant (Phase 2) und umgesetzt (Phase 3) werden. Anschließend werden die Lern- und Partizipationserfahrungen reflektiert (Phase 4) und eine Verstärkung des jugendpolitischen Klima-Projekts in Schule und sozialem Nahraum vorbereitet (Phase 5). In allen Phase soll die fachwissenschaftliche Expertise (u.a. Prof. Dr. Bernd Overwien & Institut für Didaktik der Demokratie), politische Entscheidungsträger vor Ort (u.a. über den Landkreis), aber auch ‚Peer Educator‘ (bspw. über regionale Klimagruppen, wie die Ortsgruppe der Fridays for Future Bewegung) eingebunden werden.

Um eine Übertragbarkeit des Modellprojektes auch auf andere Regionen zu gewährleisten, wird der Prozess wissenschaftlich durch die Koordination am Institut für Didaktik der Demokratie begleitet. Außerdem werden in dem Prozess der Umsetzung des Projekts didaktische Materialien entwickelt. In Kombination mit der Veröffentlichung von fachwissenschaftlicher Expertise sowie der Video- und Printdokumentation des Prozesses, soll darüber hinaus die Grundlage für eine Online-Lehr-Lernportal zu jugendpolitischem Klima-Engagement geschaffen werden.

AgriPol

Leitung: Dr. Wolfgang Beutel
Koordination: Richard Heise
Förderung: Erasmus+ Programm (EU)
Volumen: 338.996 €
Laufzeit: 2021–2023



Co-funded by the
Erasmus+ Programme
of the European Union

Das von Erasmus+ geförderte Projekt Agrarpolitik und Nachhaltigkeit in der beruflichen Bildung (AGRIPOL) zielt auf die Umsetzung der UN-Nachhaltigkeitsziele in berufsbildenden Schulen. Mit der Konzeption eines Blended-Learning-Kurses trägt das Projekt dazu bei, Themen wie Nachhaltigkeit und Agrarpolitik als Unterrichtsgegenstand zu behandeln. Die Zusammenarbeit von Organisationen aus den vier EU-Ländern Deutschland, Österreich, Polen und Bulgarien

eröffnet unterschiedliche Perspektiven auf die Auswirkungen der neu beschlossenen Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) im Jahr 2021, die in geeigneten Unterrichtsmaterialien aufgearbeitet werden. Dieses steht zusammen mit den im Projekt erstellten Filmen und Videoclips für den Einsatz im Unterricht frei zur Verfügung und wird an Lehrkräfte in der gesamten Europäischen Union weitergegeben.



Die innerdeutsche Grenze in der Feldmark – Lebenslinien zwischen dem Wendland und der Altmark

Leitung: apl. Prof. Dr. Detlef Schmiechen-Ackermann, Dr. Christian Hellwig

Team: Dr. Christian Hellwig, Karolin Quambusch, Denise Hoins, Anna Voigt

Förderung: Metropolregion Hamburg

Volumen: 97.636 €

Laufzeit: 2021–2024



metropolregion hamburg

Das Projektvorhaben „Die innerdeutsche Grenze in der Feldmark“ nimmt die Alltagsgeschichte der von der deutschen Teilung unmittelbar betroffenen Bevölkerung aus westlicher und östlicher Perspektive in den Blick. 30 Jahre nach der Grenzöffnung vollzieht sich ein Generationswechsel, der dazu führt, dass das kommunikative Gedächtnis der noch lebenden Zeitzeug*innen allmählich in ein kollektives Gedächtnis übergeht. Das Projektvorhaben leistet einen wichtigen Beitrag, um das Wissen der Zeitzeug*innen wissenschaftlich zu erschließen, für nachfolgende Generationen zu bewahren und

für den Transfer in die Gesellschaft didaktisch aufzubereiten.

Ziel des Projektes ist die Erarbeitung einer Sonderausstellung sowie einer die Ausstellung begleitenden und vertiefenden Publikation, die sich mit der Geschichte der deutschen Teilung sowie deren Auswirkungen zwischen dem Wendland und der Altmark auseinandersetzt. Die erhobenen Zeitzeug*inneninterviews sollen zudem für die Zwecke der Nachnutzung archiviert und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Zwar wurden in den letzten Jahren einige Publikationen veröffentlicht, die sich

mit (autobiographischen) Erinnerungen an Grenze und Teilung auseinandersetzen, dies gilt jedoch nicht für die im Rahmen dieses Projektvorhabens in den Blick genommene Region zwischen dem Wendland und der Altmark.

Projektpartner: Museum Wustrow, Swinemark Grenzlandmuseum Göhr, Grenzlandmuseum Schnackenburg, Danneil Museum Salzwedel

Projektträger: Landkreis Lüchow-Dannenberg

Projektkoordination: Museumsverbund Lüchow-Dannenberg

Antiziganismus als institutionelle Praxis!? Ein Sensibilisierungs- und Weiterbildungsprojekt für Mitarbeitende in der kommunalen Verwaltung und sozialen Praxis

Leitung: Ulrich Ballhausen

Team: Patrick Bredl, Abelina Junge

Förderung: Demokratie Leben! (Innovationsfond)

Volumen: 145.785 €

Laufzeit: 2023–2024



Demokratie
Leben!

Ziel und Inhalt Projektes ist es, auf der Basis der Erkenntnisse des Forschungsberichtes „Mechanismen des institutionellen Antiziganismus: Kommunale Praktiken und EU-Binnenmigration am Beispiel einer westdeutschen Großstadt“ ein Sensibilisierungs- und Weiterbildungskonzept für Mitarbeitende in der kommunalen Verwaltung und sozialen Praxis in der Stadt/Region Hannover und Hildesheim modellhaft

zu entwickeln und umzusetzen. In diesem Konzept sollen vor allem auch die sozialen Machtprozesse in den Horizont einer Rassismus-/antiziganismuskritischen Bildung gestellt werden. Der Forschungsbericht konnte aufzeigen, wie „kommunale Behörden freizügigkeitsberechtigten aber unerwünschten Unionsbürger*innen mit großem Aufwand ihr Recht auf urbane Teilhabe faktisch verweigerten.“ Im Kern verweisen

die Forschungsergebnisse damit auf völlig unangemessene institutionelle Routinen kommunaler Verwaltungen und auf eine nachteilige Auslegung von Handlungsspielräumen. Für die (politische) Bildungsarbeit und der Qualifizierung von Fachpersonal ergeben sich daraus notwendige Schlussfolgerungen: stärker als bisher geschehen müssen machtkritische Rassismustheorien Grundlage pädagogischer Praxis werden.

#GetInvolved: Supporting Democracy and Citizenship in VET

Leitung: QBS Gewerkschaft gGmbH (Andrea Wisotzki), Verantwortlicher für die LUH: Prof. Dr. Dirk Lange

Team: Dr. Malte Kleinschmidt

Förderung: Erasmus+ Programm (EU)

Volumen: 345.255 €

Laufzeit: 2020–2023



Co-funded by the
Erasmus+ Programme
of the European Union

The #GetInvolved project aims to offer an approach for promoting democracy and active citizenship in the VET. Establishing democratic thinking, participation and awareness of discrimination in the field of VET helps to strengthen common values in the society, as multiple stakeholders are involved in the vocational education. On the one

hand, the project addresses to empower young VET-learners, as they build the future generation of our society. On the other hand, the project addresses VET teachers and trainers such as VET institutions and companies, as they are the ones working with youngsters, they need to be empowered and sensitized regarding discrimination or

participation possibilities at the work place.



EcoGreen. Ecological economic perspectives on sustainability in VET schools

Leitung: Dr. Wolfgang Beutel
Koordination: Richard Heise
Förderung: Erasmus+ Programm (EU)
Volumen: 273.958 €
Laufzeit: 2022-2024



Co-funded by the
Erasmus+ Programme
of the European Union

EcoGreen ist ein europäisches Projekt, das durch das Erasmus+ Programm (Strategische Partnerschaften im Bereich Berufsbildung) kofinanziert wird. Am Projekt nehmen sechs Einrichtungen aus vier Ländern (Polen, Finnland, Österreich und Deutschland) teil.

Im Projekt wird die wirtschaftspolitische Ebene und das Denken in Alternativen im Kontext einer Bildung für nachhaltige Entwicklung fokussiert und für Lehrkräfte der Berufsbildung präsent gemacht. Dazu sollen Grundsätze der kritischen sozioökonomischen Bildung mit Alternativkonzepten zum wachstumsgetriebenen Kapitalismus kombiniert werden. Diese Kombination legt einen anderen Schwerpunkt auf Bildung

für nachhaltige Entwicklung als er sich üblicherweise im Bereich Schule finden lässt. Wir möchten Lehrkräfte, und sekundär auch Schüler*innen, im Bereich Wirtschaftspolitik, Nachhaltigkeit und alternativen Wirtschaftsordnungen und Wohlstandsvorstellungen weiterbilden und damit sowohl auf Lehrenden- wie auch Lernendenseite dazu befähigen, als kritisch-handlungsfähige Subjekte im Kontext nachhaltiger Wirtschaftspolitik zu agieren. Sie werden im Zuge dessen dazu befähigt, neben der Individualebene auch die gesellschaftspolitische Ebene mitzudenken und Nachhaltigkeitspolitik in all ihrer Komplexität aber auch Gestaltbarkeit zu beurteilen und

handelnd beeinflussen zu können. Um ihnen eine weitere Perspektive an die Hand zu geben, soll dabei nicht nur innerhalb der Logik der aktuellen kapitalistischen Wirtschaftsordnung gedacht werden, sondern auch Alternativkonzepte Raum finden (z.B. Postwachstumsökonomie oder DeGrowth). Ein Ziel des Projekts ist weiterhin die transnationale Verbreitung des Projektgedankens. Bildungskonzepte können generell nur dann eine gesamteuropäische Wirkung entfalten, wenn sie international konzipiert sind und transnational entwickelt werden können. So kann sichergestellt werden, dass die Materialien europaweit nutzbar sind und genutzt werden können.

„Vom ‚Eisernen Vorhang‘ zum ‚Grünen Band‘: Grenzerfahrungen gestern und heute!“

Leitung: apl. Prof. Dr. Detlef Schmiechen-Ackermann, Dr. Christian Hellwig
Team: Dr. Christian Hellwig, Karolin Quambusch, Denise Hoins, Tom Binner, Florentine Pramann, Ben Rieger, Lena-Sophie Schlehüfer, Talia Hoch, Ilka Witte
Förderung: Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur
Volumen: 28.000 €
Laufzeit: 2021-2022

BUNDESSTIFTUNG
AUFARBEITUNG



In diesem Projekt werden schulübergreifende, methodisch vielfältige pädagogische Materialien entwickelt, die sich sowohl fle-

xibel im Schulunterricht einsetzen lassen, als auch von den Museen und Erinnerungs-orten zur Vermittlung orts- und themen-

übergreifender Inhalte in ihren Ausstellungen genutzt werden können.

Schools Go Green. Developing a Whole-School Approach to Promote Social Change and Sustainable Development as a Response to Environmental Challenges

Leitung: Prof. Dr. Dirk Lange
Team: Richard Heise
Förderung: Erasmus+ Programm (EU)
Volumen: 243.229 €
Laufzeit: 2020-2023



Co-funded by the
Erasmus+ Programme
of the European Union

Das Projekt „SchoolsGoGreen“ zielt darauf ab, eine Strategie für Grundschulen zu entwickeln, verschiedene Aspekte des Umwelt- und Klimaschutzes umzusetzen. Die Ziele orientieren sich an den Sustainable Development Goals der Vereinten Nationen und sollen sowohl Wissen, als auch praktisch umsetzbare Kompetenzen vermitteln,

um Lehrkräfte und Schüler*innen in die Lage zu versetzen, Umwelt- und Klimaschutz an ihrer Schule zu fördern.



SCHOOLS
GO GREEN

Zwischen Tradition und Wandel. Evangelische Frauenklöster und -stifte in Niedersachsen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts

Leitung: apl. Prof. Dr. Detlef Schmiechen-Ackermann

Team: Christiane Schröder

Förderung: Niedersächsisches Ministerium für Wissenschaft und Kultur, Klosterkammer Hannover

Volumen: 192.920 €

Laufzeit: 2018–2023



Klosterkammer
Hannover



Niedersächsisches Ministerium
für Wissenschaft und Kultur

Anknüpfend an das Dissertationsprojekt über die evangelischen Frauenklöster und ihre Konvente im Nationalsozialismus, wird deren Geschichte in diesem Nachfolgeprojekt weiter fortgeschrieben. Dabei wird die Untersuchung über die fünf Calenberger Klöster Barsinghausen, Mariensee, Marienwerder, Wennigsen und Wülfinghausen sowie die sechs Lüneburger Klöster Ebstorf, Isenhausen, Lüne, Medingen, Walsrode und Wienhausen hinaus auf die vier freiweltlichen Damenstifte Bassum, Börstel, Fischbeck und Obernkirchen ausgedehnt; letztere stehen seit den späten 1940er-Jahren ebenfalls unter der Rechtsaufsicht der Klosterkammer Hannover. Die jahrhundertelange Existenz der seit der Gründung im Mittelalter ununterbrochen von Frauengemeinschaften getragenen Klöster und Stifte verweist darauf, dass ihnen eine große Beharrungskraft wie Wandlungsfähigkeit zugleich innewohnt. Beides war insbesondere in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts vonnöten: In den 1950er-Jahren zeichnete sich in allen Klöstern und Stiften ab, dass sie ihre Attraktivität als Lebensort für alleinstehende ältere Frauen zu verlieren be-

gannen. So schien es in der Klosterkammer um 1960 nicht ausgeschlossen, dass die schrumpfenden Klosterkonvente in einigen Häusern zusammengezogen und die freigewordenen Häuser aufgegeben werden müssten. Tatsächlich wurde kein Kloster aufgehoben. Vielmehr stellen sich die Klöster und Stifte heute als attraktive, nach außen geöffnete „Begegnungsorte“ dar, die mit ihren eindrucksvollen Gebäuden, ihren reichen Kunstschatzen und einer Bandbreite unterschiedlichster Angebote und Aktivitäten jährlich viele Tausend Besucher*innen anziehen. Das Projekt untersucht vor dem Hintergrund des vielschichtigen und rasanten sozialen und kulturellen Wandels, der sich in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts vollzog, in synchroner wie diachroner Hinsicht den Weg von der Nachwuchs- und Sinnkrise in den 1950er-Jahren zur Entwicklung und Umsetzung neuer, heute gelebter Konzepte für Konvente und Kapitel. Im Mittelpunkt der auf hermeneutischer Quellenanalyse und Expert*inneninterviews basierenden Studie werden u. a. Eintrittsmotive und Entfaltungsmöglichkeiten von Konventualinnen und Kapitularinnen, Wert-

vorstellungen der Konvente und Kapitel sowie gesellschaftliche, soziale und kulturelle Funktionen der Klöster und Stifte untersucht. Ein Schwerpunkt liegt auf den Wandlungsprozessen im Untersuchungszeitraum. Hier interessiert insbesondere, welche Akteur*innen über die Frauengemeinschaften hinaus in diese Prozesse involviert waren, welche Abhängigkeiten, Kooperationen, Potenziale und/oder Konflikte sich daraus ergaben und wie Tradition und Wandel ausbalanciert wurden. In diesen nachzuzeichnenden Diskussions-, Aushandlungs- und Gestaltungsprozessen spielten die Äbtissinnen eine zentrale Rolle. So liegt ein weiterer Akzent auf der Frage, welche Voraussetzungen sie mitbringen mussten, um nach innen wie nach außen sowohl integrativ als auch durchsetzungsfähig wirken zu können. Welche Gestaltungsräume hatten und schufen sie sich, welche Hindernisse hatten sie zu überwinden? Auf welche Kooperationen und Allianzen konnten sie bauen, um zukunftsorientierte Impulse für den Erhalt und die Weiterentwicklung von Kapiteln und Konventen zu setzen?

DFG Forschungsnetzwerk zur Bestimmung des Verhältnisses von Demokratiebildung und politischer Bildung

Leitung: Jun.-Prof. Dr. Alexander Wöhrig (Universität Siegen), Jun.-Prof. Dr. Steve Kenner (ehem. IDD, jetzt: Pädagogische Hochschule Weingarten)

Team: Jun.-Prof. Dr. Steve Kenner (ehem. IDD, jetzt: Pädagogische Hochschule Weingarten)

Förderung: Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG)

Laufzeit: 2021–2024

Gefördert durch

DFG Deutsche
Forschungsgemeinschaft

Ausgangspunkt für das „DFG Forschungsnetzwerk“, das unter der Leitung von Jun.-Prof. Dr. Alexander Wöhrig (Universität Siegen) eingerichtet wurde, sind Diskurse im Feld der politischen Bildung und der Demokratiebildung, die geprägt sind von aktuellen gesamtgesellschaftlichen Polari-

sierungen und der Reaktion von (Bildungs) Politik auf diese Entwicklungen. Im Zentrum stehen dabei verschiedene Konzepte von politischer Bildung und Demokratiebildung, die unterschiedlichen Professionen entstammen und, so die Ausgangsthese des Netzwerkes, bisher wenig bis gar nicht

in Austausch miteinander gekommen sind. Das Netzwerk dient der Bearbeitung gemeinsamer Forschungsfragen in einem interdisziplinären Zusammenhang.

Das Projekt ist zu Jun. Prof. Dr. Steve Kenner gewechselt.

International Joint Conference of the Leibniz Research Center for Inclusive Citizenship (CINC) and the Standing Group Citizenship of the European Consortium for Political Research (ECPR): Inclusive Citizenship as Belongings, Practices and Acts

Leitung: Prof. Dr. Dirk Lange, Jun.-Prof. Dr. Steve Kenner, Christiane Schröder, Dr. Malte Kleinschmidt

Förderung: Niedersächsisches Ministerium für Wissenschaft und Kultur, Zusätzliche Förderung von Wissenschaft und Technik in Forschung und Lehre aus Mitteln des Nds. Vorab, European Consortium for Political Research (ECPR), Eigenmittel

Volumen: 40.000 €

Laufzeit: 2022-2024



**Niedersächsisches Ministerium
für Wissenschaft und Kultur**



At the First International Congress of the Leibniz Research Center CINC in cooperation with the Biannual Conference of the Standing Group Citizenship of the ECPR, we will jointly examine various aspects of inclusion and citizenship as belongings, practices and acts. Its aim is to facilitate a theoretical discussion as well as a presentation of empirical findings. We will look at citizenship and inclusion as social practices from different interdisciplinary perspectives such as gender and migration, learning and education, digitalization, medicine and cul-

tural heritage.

The various research projects at this conference address and empirically investigate the development and current patterns of inclusive and exclusive civic practices and routines in different fields of action and institutional settings. The normative and analytical dimensions of inclusive citizenship will be further defined and the inherent antinomies of normative concepts of inclusion and the ambivalences of citizenship will be reflected. Citizenship as a dual character of civic status and civic practice, includes

the tension between desired inclusion and co-produced exclusion. The duality of civic status and civic practice is itself always in a dichotomous state between desired or propagated inclusion and actual co-produced exclusion. Citizenship refers to both membership status and membership roles in a socialization process. In terms of status and practice, citizenship controls specific configurations of exclusion and inclusion across different socialization processes. The results of the conference will shortly be published in a separate book by the IDD.

Konzeption und Durchführung eines Weiterbildungsstudienangebots im Unterrichtsfach Politik für das Lehramt an berufsbildenden Schulen III &

Berufsbegleitendes Weiterbildungsstudienangebot für niedersächsische Lehrkräfte als Quer- und Seiteneinsteiger*innen zum Erwerb von Studienleistungen für das Unterrichtsfach Politik an Berufsbildenden Schulen

Leitung: Prof. Dr. Dirk Lange

Team: Ulrich Ballhausen (u.a.)

Förderung: Niedersächsisches Ministerium für Wissenschaft und Kultur

Volumen: 93.240 € / 117.660 €

Laufzeit: 2022-2023 / 2023-2024



**Niedersächsisches Ministerium
für Wissenschaft und Kultur**

Seit mehreren Jahren führt das IDD im Auftrag des Niedersächsischen Kultusministeriums ein berufsbegleitendes Weiterbildungsstudienangebot für das Fach Politik an Berufsbildenden Schulen in Niedersachsen durch. Teilnehmende an der Maßnahme sind jeweils Quer- und Seiteneinsteiger*innen, die bereits an einer Berufsbildenden Schule unterrichten und das Fach Politik-

Wirtschaft in einem Zeitraum von 2 Jahren (nach-)studieren. Grundlage des Angebotes bildet ein integriertes Gesamtkonzept, bei dem die fachwissenschaftlichen und fachdidaktischen Inhalte eines entsprechenden Studiums praxisnah an 12 Wochenendveranstaltungen und einem intensiven Selbststudium vermittelt werden.

4. Vienna Conference on Citizenship Education: Postcolonial Citizens? Dekolonialität in der politischen Bildung

Leitung: Prof. Dr. Dirk Lange, Dr. Malte Kleinschmidt, John Olufemi Ashamu, Dr. Lara Möller

Laufzeit: 10.-11. November 2022

Die Tagungsreihe Vienna Conference on Citizenship Education zielt darauf ab, die Politische Bildung in Österreich weiterzuentwickeln und einen Beitrag zu deren Internationalisierung zu leisten. Neben Reflexionen didaktischer Praxis wird ein Rahmen für die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit Politischer Bildung geschaffen.

Im Jahr 2022 widmet sich die 4. Vienna Conference on Citizenship Education dem Schwerpunktthema Dekolonialität und den damit verbundenen Impulsen, Anregungen und Schlussfolgerungen für die Politische Bildung. Durch zahlreiche gesellschaftliche Auseinandersetzungen – als prominentestes Beispiel ist hier wohl neben vielen anderen #blacklivesmatter zu nennen – sind dekoloniale Perspektiven inzwischen nicht mehr unsichtbar zu machen. Dabei bestimmte diese verordnete Amnesie – Ann

Laura Stoler spricht hier eher von einer Aphasie – den Umgang mit dem kolonialen Erbe. Für den Bereich der Erinnerungskultur wurde dies durch zahlreiche Initiativen und wissenschaftlich beispielsweise durch den Ansatz des multidirektionalen Erinnerns herausgefordert. Dekolonialität zielt dabei auf mehr, als der Vergangenheit gerecht zu werden. Dekoloniale Perspektiven gehen vielmehr davon aus, dass Kolonialität – verstanden als Denkweisen, die koloniale Hierarchien tradieren und reproduzieren – die gegenwärtigen Strukturen und Kämpfe, die Institutionen und Subjektivierungsweisen, die Praxis und Episteme prägt. Unter Dekolonialität verstehen wir dabei die Vielfalt an sozialen Bewegungen und Initiativen, aber auch die ganz alltäglichen Handlungen, in denen koloniale Muster untergraben, ausgehebelt, infrage gestellt oder herausgefordert werden. In akade-

mischen Diskursen wird Dekolonisierung oft als ein radikaler epistemischer Wandel gefasst. Dekolonialität kann erinnerungspolitisch im Kampf um einen anderen Umgang mit der kolonialen Vergangenheit bestehen – von der Anerkennung kolonialen Unrechts, der Kontinuität bis heute bis zu Reparationsforderungen. Es kann aber auch bedeuten, gegenwärtige Zugehörigkeitsregime, Migrationsbekämpfungsstrategien, nationale Identitätsnarrative, globale Ungleichheitssysteme, die internationale Arbeitsteilung, den Klimawandel, die Institution des Lernens selbst und vieles andere infrage zu stellen und in den Kontext kolonialer und neokolonialer Kontinuität einzuordnen. Dabei drängt sich die Frage auf, inwiefern die Fachdisziplin und die Institutionen der Politischen Bildung selbst durch die Kolonialität geprägt sind.

Ausführliche Informationen zu laufenden und abgeschlossenen Projekten finden Sie unter:
<https://www.idd.uni-hannover.de/de/forschung/projekte>





Laufende Dissertationsvorhaben

Theresa Bechtel

Wie Schüler*innen die Nation denken – Implikationen für die Politische Bildung

Erstbetreuung: Prof. Dr. Dirk Lange

Wird über nationale Zugehörigkeit gesprochen, wird damit mehr als nur die formale Staatsangehörigkeit adressiert: Deutsch (sein) fungiert als Selbst- und Fremdzuschreibung, individueller wie kollektiver Identitätsbeschreibung, Integrationsmaxime, Exklusionsparadigma sowie als Rahmung einer vermeintlich gemeinsamen Kultur, Tradition, Geschichte oder Abstammung. Diese Ambivalenz erwächst aus dem Charakter des Nationalismus, dem ein hohes Integrationspotenzial für ein nationales ‚Wir‘, aber ein genauso großes Streben nach Exklusion von ‚Anderen‘ innewohnt (vgl. Münkler/Münkler 2016: 290, vgl. Foroutan et al. 2015a: 39).

Das Nationendenken führt dabei zu einer latenten Praxis des Ein- und Ausschlusses, das nicht allen Menschen in einer Gesellschaft die gleiche symbolische wie tatsächliche Zugehörigkeit ermöglicht (vgl. Foroutan et al. 2014: 8). Diese Grade der Mitgliedschaft stehen in einem starken Spannungsverhältnis mit den Wertvorstellungen einer Demokratie (vgl. Füllekruss/Mecheril 2021: 222; vgl. Lange/Kleinschmidt 2019: 57). Politische Bildung, die normativ an den Grundsätzen der Gleichheit und Gerechtigkeit ausgerichtet ist, muss diesen Widerspruch thematisieren und kritisch reflektieren. Das Promotionsvorhaben möchte sich dieser Aufgabe widmen und Aspekte einer ‚nationenkritischen‘ politischen Bildung ausgeführten Interviews ableiten.

Foroutan, Naika/Canan, Coskun/Schwarze, Benjamin/Beigang, Steffen/Kalkum, Dorina (2015a): Deutschland postmigrantisch II.

Einstellungen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu Gesellschaft, Religion und Identität. Zweite aktual. Auflage. Online abrufbar unter: <https://www.projekte.hu-berlin.de/de/junited/deutschland-postmigrantisch-2-pdf>, zuletzt abgerufen am 11.04.2023.

Füllekruss, David/Mecheril, Paul (2021): Politische Bildung in der Migrationsgesellschaft demokratische Paradoxien und rassismuskritische Perspektiven. In: Schweizerische Zeitschrift für Bildungswissenschaften, 43(2), 222–232. <https://doi.org/10.24452/sjer.43.2.3>

Kleinschmidt, Malte/Lange, Dirk (2019): Inclusive Citizenship in der Migrationsgesellschaft. Ein empirisch-analytischer Forschungsansatz. Unimagazin der Leibniz Universität Hannover, S. 56–59.

Münkler, Marina/Münkler, Heribert (2016): Die neuen Deutschen. Rowohlt: Berlin.

Jessica Burmester-Kock

Historisch-politische Bildungsarbeit von KZ-Gedenkstätten unter den Bedingungen von Globalisierungsprozessen (Arbeitstitel)

Erstbetreuung: Prof. Dr. Dirk Lange

Prozesse der Globalisierung haben die Rahmenbedingungen für die historisch-politische Bildungsarbeit an KZ-Gedenkstätten in Deutschland in den vergangenen Jahren grundlegend verändert. Zunehmende Vernetzung von Gesellschaften, Pluralisierung von Lebenswelten, Herausbildung von multiplen und transnationalen Formen von Erinnerung und der zunehmende Verlust nationalstaatlicher Deutungsmacht verweisen darauf, dass eine historisch-politische Bildung sich nicht länger an einem nationalstaatlichen Referenzrahmen ausrichten kann (vgl. z.B. Georgi 2019: 69). In meinem Promotionsvorhaben gehe ich den Fragen nach, wie sich die historisch-politische

Bildungsarbeit der acht großen KZ-Gedenkstätten in Deutschland vor diesem Hintergrund verändert hat und wie KZ-Gedenkstätten – die hier als Organisationen (vgl. Bretting / Engel 2022: 422) verstanden werden – mit dieser Bildungsarbeit selbst geschichtskulturellen und -politischen Einfluss nehmen und den Prozess mitgestalten. Als Datengrundlagen dienen insbesondere die Webauftritte der KZ-Gedenkstätten, die mithilfe einer qualitativen Inhaltsanalyse nach Udo Kuckartz (2018) ausgewertet werden. Im Anschluss an die Analyse werden Implikationen für eine zukünftige historisch-politische Bildung an KZ-Gedenkstätten formuliert, die die Globalisierungsprozesse und die eigene Rolle in diesen Prozessen stärker berücksichtigt.

Dominik Dockter

Im „Gesamtinteresse“ der Wirtschaft? Die Industrie- und Handelskammer Hannover 1932–1953

Erstbetreuung: Prof. Dr. Detlef Schmichen-Ackermann

Zweitbetreuung: Prof. Dr. Cornelia Rauh

Als eigenverantwortliche öffentlich-rechtliche Körperschaften genießen die deutschen Industrie- und Handelskammern ein hohes Maß an Autonomie. Regional und demokratisch organisiert, vertreten sie die Interessen ihrer Mitgliedsunternehmen, übernehmen als unabhängige Institutionen staatliche Aufgaben und fungieren als wichtige Ansprechpartner bei wirtschaftspolitischen Fragen.

Auf den ersten Blick kollidiert dieses historisch gewachsene Selbstverständnis mit den Grundzügen der NS-Wirtschaftspolitik. Dementsprechend werden die Industrie- und Handelskammern dem Nationalsozialismus

oftmals konträr gegenübergestellt und ihre „Gleichschaltung“ als rigoroser politischer Eingriff gedeutet. Doch ganz so unvereinbar waren der Nationalsozialismus und die Industrie- und Handelskammern in vielen Fällen nicht, wie das Beispiel der IHK Hannover zeigt. Seit 1932 amtierte mit Ewald Hecker ein Unternehmer an der Spitze des Verbands, der sich für die Machtübertragung an Adolf Hitler eingesetzt hatte, in den Jahren der NS-Herrschaft zu einem überregional bedeutenden Wirtschaftsführer aufgestiegen ist und in dessen Amtszeit der Verband zu einem funktionierenden Glied im nationalsozialistischen Wirtschaftsgefüge wurde. Daran anknüpfend lässt sich fragen: Wie interpretierte die IHK Hannover im Verlauf des „Dritten Reichs“ ihre neuen Aufgaben und Erscheinungsformen? Welche wirtschaftspolitischen Handlungsspielräume hat der Verband gehabt? Welche Rolle spielte Ewald Hecker, der Beirat und die Geschäftsführung bei der politischen Umgestaltung der Kammer und der Gewerbelandschaft des Kammerbezirks? Und wie agierte die IHK Hannover bei der Exklusion und Beraubung rassistisch unerwünschter Unternehmer*innen sowie beim Einsatz von Zwangsarbeitenden in hannoverschen Wirtschaftsbetrieben? Doch nicht nur die Geschichte der hiesigen Industrie- und Handelskammer im Nationalsozialismus wurde bisher nur bruchstückhaft betrachtet, sondern auch ihre Entwicklung nach 1945. Wie gestaltete sich die „Wiedergründung“ der IHK Hannover? Wie bewertete der Verband seine nationalsozialistische Vergangenheit? Welche personellen sowie inhaltlichen Kontinuitäten und Neuansätze lassen sich feststellen? Und wie veränderten sich die wirtschaftspolitischen Handlungsspielräume des Verbands unter demokratischen Bedingungen?

In der vorliegenden Studie wird untersucht, wie die ursprünglich demokratisch organisierte und selbstverwaltete IHK Hannover, Teil des politischen und wirtschaftlichen Systems des Nationalsozialismus wurde und wie die Transformation des Verbands in demokratische Verhältnisse nach 1945 gelang.

Dadurch werden Erkenntnisse über das Verhältnis von nationalsozialistischem Gestaltungsanspruch und regionalem wirtschaftlichen Handeln sowie über die Anpassungs-, Abgrenzungs-, und Aushandlungsprozesse von Wirtschaftsverbänden im Hinblick auf die Anforderungen ihrer politischen Umgebung gewonnen.

Elizaveta Firsova-Eckert

Wirkung des Deutsch-Israelischen Jugendaustauschs auf politische Bildungsprozesse zum Gegenstand Nahostkonflikt. Eine Evaluation zur Wirkung des Jugendaustauschs (Arbeitstitel)

Erstbetreuung: Prof. Dr. Dirk Lange

Zweitbetreuung: Prof. Dr. Tonio Oeftering

Elizaveta Firsova untersucht in ihrem Promotionsprojekt die Wirkung des Deutsch-Israelischen Jugendaustauschs auf politische Bildungsprozesse zum Gegenstand Nahostkonflikt. Zu diesem Zweck wurde im Frühjahr und Sommer 2021 (März – August) eine Online-Umfrage mit ehemaligen Teilnehmer*innen (Treatmentgruppe), sowie Interessent*innen des Deutsch-Israelischen Jugendaustauschs (Vergleichsgruppe) durchgeführt.

Die finale Stichprobe bestand aus $n = 347$ Teilnehmer*innen, von welchen $n = 259$ bereits am Deutsch-Israelischen Jugendaustausch teilgenommen haben und $n = 88$ noch keine Austausch Erfahrung hatten. Die Teilnehmer*innen waren im Alter von 15 bis 30 Jahren ($M = 20,41$, $SD = 3,51$), wovon 65.1% angegeben haben weiblich zu sein (34.3 % männlich, 0.6% divers). Die Mehrheit der Befragten gab an, christlichen Glaubens zu sein (56.2%) oder über keine Religionszugehörigkeit zu verfügen (34.9%). Es konnten Teilnehmer*innen aus allen 16 Bundesländern der Bundesrepublik Deutschland erreicht werden.

Das Ziel des Promotionsprojekts ist es, die Wirkung des Deutsch-Israelischen Jugendaustauschs im Hinblick auf die politischen Bildungsprozesse zum Nah-

ostkonflikt zu evaluieren. Dabei interessierten insbesondere die folgenden Aspekte der Wahrnehmung des Nahostkonflikts: Die bestehenden Konzepte der Jugendlichen zum Nahostkonflikt, die Fähigkeit zur Perspektivübernahme in Bezug auf die beiden Konfliktparteien, die affektive Wahrnehmung der Konfliktparteien, israelbezogene Ressentiments, das Interesse der Jugendlichen am Themenfeld Nahost sowie der Wille zur konventionellen politischen Partizipation (z.B. das Verfolgen der Nachrichten zum Nahostkonflikt, Gespräche in der Familie oder mit Freunden, eigenständige Recherche). Um Rückschlüsse auf eine mögliche Wirkung des Austauschs ziehen zu können, wurden statistische Gruppenvergleiche durchgeführt.

Die vorläufigen Ergebnisse der Studie implizieren eine positive Wirkung des Deutsch-Israelischen Jugendaustauschs. Jugendliche mit Austausch Erfahrung zeigen insgesamt eine deutlich differenziertere Wahrnehmung des Nahostkonflikts. Auch scheint der Austausch einen positiven Einfluss auf die Fähigkeit zur Perspektivübernahme, auf die affektive Wahrnehmung der Israelis und auf den Abbau antisemitischer israelbezogener Ressentiment zu haben. Die Teilnahme am Deutsch-Israelischen Jugendaustausch begünstigt das Interesse am Gegenstand Nahostkonflikt signifikant. Dieses Interesse führt jedoch nicht zu einer Zunahme der niedrigschwelligen (konventionellen) Partizipation.

Sara Alfia Greco

Jugendliche aus dem Straßenumfeld und ihr Verständnis von Gesellschaft und Politik. Eine ethnographische Untersuchung mit Implikationen für die Politische Bildung

Erstbetreuung: Prof. Dr. Dirk Lange

Im Rahmen einer mehrjährigen ethnographischen Feldstudie wurden männliche Jugendliche und junge Erwachsene aus dem sogenannten Straßenumfeld begleitet und deren Lebenswelt sowie Vorstellungen und Konzepte zu

Gesellschaft und Politik erhoben. Neben Prozessen der Identitätsbildung, Raumaneignung und informellen Ökonomie wurde sich hierbei mit dem Habitus-Konzept der „Straßenkultur“ auseinandergesetzt. In der sozialwissenschaftlichen Forschung wird dies als „Street Culture“ (Ilan, Zdun), „Code of the Street“ (Anderson) oder „Street Capital“ (Sandberg) diskutiert. Weiterhin werden in der Forschungsstudie die Übernahme und Rezeption des Habitus-Konzeptes in jugendkulturellen Szenen und die Nutzung und Vermarktung durch Medien und kommerzielle Anbieter dargestellt, sowie die öffentliche Konstruktion von Straßenkultur als Bedrohungsszenario reflektiert. Dies beinhaltet zudem die Analyse bestehender Bildungskonzepte zur pädagogischen Intervention und Prävention strassenkulturellen Verhaltens von Jugendlichen. Ein Schwerpunkt der Erkenntnisse liegt u.a. auf der Stärkung informeller Bildungsprozesse und der Konzeptionalisierung einer sozialraumorientierten Politischen Bildung.

Richard Heise

Fake News und Desinformation im digitalen Raum als Thema politischer Bildung

Erstbetreuung: Prof. Dr. Dirk Lange

Das Promotionsprojekt umfasst eine politikdidaktische Rekonstruktion des Phänomens „Fake News und Desinformation“.

Vor dem Hintergrund dynamischer Entwicklungen des Informationsverhaltens in der aktuellen digitalisierten Gesellschaft und den damit verbundenen demokratietheoretischen Problemstellungen, steht politische Bildung vor der Herausforderung, Strategien zu entwerfen, die einen mündigen und kritischen Umgang mit Informationen mit gesellschaftspolitischem Bezug fördern und somit problematischen Phänomenen, wie „Fake News und Desinformation“ entgegenwirken.

Entsprechend den Arbeitsschritten der politikdidaktischen Rekonstruktion soll auf Grundlage einer Übersicht über den

gesellschaftspolitischen Kontext, der als normative Zielklärung fungiert und einer Beschreibung des lerntheoretischen Rahmens, die fachliche Klärung in Form einer Analyse fachwissenschaftlicher Konzepte und didaktischer Ansätze erfolgen. Dem gegenüber gestellt wird das Ergebnis der Erhebung von Vorstellungen von Schüler*innen zu dem Phänomen „Fake News und Desinformation“. Diese Gegenüberstellung in Form einer didaktischen Strukturierung soll schließlich die Grundlage der Herausarbeitung von Implikationen für Strategien politischer Bildung bilden.

Relevant für eine Ausrichtung von Strategien politischer Bildungsmaßnahmen in diesem Themenfeld an der Perspektive und Lebenswelt von Schüler*innen ist nicht nur die beschriebene demokratietheoretische Herausforderung im Zusammenhang mit „Fake und Desinformation“, sondern auch die an den technologischen Fortschritt gekoppelte und damit hochdynamische Entwicklung des Informationsverhaltens junger Menschen.

Michael Nagel

Politische Bildung für nachhaltige Entwicklung. Vorstellungen von Politiklehrkräften im Kontext von Nachhaltigkeit und Transformation

Erstbetreuung: Prof. Dr. Dirk Lange

Im Rahmen des Dissertationsvorhabens wird mithilfe qualitativer Interviews untersucht, wie niedersächsische Politiklehrkräfte an weiterführenden Schulen Nachhaltigkeit denken. Dabei soll es auch darum gehen, welche Rolle die Lehrkräfte für die Schule im Allgemeinen und die Politische Bildung im Speziellen im Kontext von Nachhaltigkeit und sozial-ökologischer Transformation sehen. Im letzten Schritt sollen Schlussfolgerungen für die Gestaltung von Fortbildungskonzepten abgeleitet werden, welche nicht nur bildungspolitisch festgesetzte Ziele zum Ausgangspunkt nehmen, sondern die Deutungsmuster und Vorstellungen, die Lehrkräfte in ihrer Auseinandersetzung mit dem Thema Nachhaltigkeit selbst hervorbringen.

Ziel ist es, didaktische Ansätze für eine Politische Bildung für nachhaltige Entwicklung zu erarbeiten.

Arne Schrader

Lehrer*innenvorstellungen von Antiziganismus. Implikationen für die politische- und antiziganismuskritische Bildung

Erstbetreuung: Prof. Dr. Dirk Lange

Zweitbetreuung: Prof. Dr. Wolfram Stender

Das Forschungsprojekt hat zum Ziel, Vorstellungen von Lehrkräften zum Phänomen des Antiziganismus zu erforschen und Implikationen für die Politische Bildung und antiziganismuskritische Bildungsarbeit abzuleiten.

Insbesondere dem Bereich Bildung und konkret dem Lernort Schule kommt eine Schlüsselposition zu, um institutionellem Rassismus sowie Antiziganismus begegnen zu können. Lehrkräfte müssen im Studium schon so geschult werden, dass sie den Bildungserfolg von Sinti*innen und Rom*innen fördern, resümieren die Autor*innen der aktuellen RomnoKher-Bildungsstudie. (vgl. RomnoKher 2021). In der Schule werden Lehrende mit diskriminierenden und demokratiefeindlichen Einstellungen ihrer Schülerinnen und Schüler konfrontiert. Der didaktische Umgang mit jenem Verhalten variiert jedoch häufig (vgl. Strauß 2011). Lehrende tragen ihre eigenen Vorstellungen in den Unterricht oder sind nicht in der Lage, Ressentiments und abwertende Äußerungen zwischen Schülerinnen und Schülern zu erkennen. Folglich wird die Chance einer Thematisierung und Intervention vertan oder es werden unbewusst oder gar bewusst Ressentiments gegenüber Sinti*innen und Rom*innen bei den Jugendlichen verstärkt. Hier setzt das Dissertationsprojekt an und nimmt explizit Lehrende in den Fokus, deren didaktische Strategien und Handlungsbedarfe erhoben wurden. Anhand einer inhaltlich-strukturierten Inhaltsanalyse nach Kuckartz (vgl. Kuckartz 2016) wurde die Analyse der problemzentrierten, leitfadengestützten Interviews

vorgenommen. Mit den gewonnenen Erkenntnissen aus dem Material sollen Implikationen für die Politische Bildung, primär für die Lehreraus- und Fortbildung, gezogen sowie weitere Forschungsdesiderate im Hinblick auf antiziganismuskritische Bildungsarbeit aufgezeigt werden.

Christiane Schröder

Die Calenberger und die Lüneburger evangelischen Frauenklöster und ihre Konvente im Nationalsozialismus

Erstbetreuung: Prof. Dr. Detlef Schmichen-Ackermann

In den elf evangelischen Frauenklöstern, die seit dem Mittelalter bis heute von christlich geprägten Konventen belebt sind, lebten in den 1930er- und 1940er-Jahren insgesamt etwa 240 Frauen: alle ledig, zumeist Töchter von verdienten hannoverschen Staatsbeamten und Militäroffizieren, dem landsässigen Adel und dem Bürgertum der preußischen Provinz Hannover angehörig, der evangelisch-lutherischen Konfession zugehörig, bei Einzug in das Kloster mindestens 55 Jahre alt. Somit hatte sich in den Klostergemeinschaften jenseits aller persönlichen Individualität und jenseits der Charakteristika der einzelnen Häuser ein eigenes, religiös fundiertes Milieu herausgebildet. Als Frauen jenseits der Reproduktions- und Erwerbsphase fanden die Konventualinnen keine besondere Beachtung seitens des NS-Regimes und auch in der zeithistorischen Forschung sind sie bislang kaum beachtet worden.

Aus diesem Grund analysiert die Dissertation zunächst aus einem sozial-, mentalitäts- und alltagsgeschichtlichen Blickwinkel das Leben in den Klöstern: Wie gestaltete sich das Leben der „Insassinnen“ – so ein in der Mitte des 20. Jahrhunderts noch gebräuchlicher Begriff! – im Kloster, welches Selbstverständnis und welche Wertvorstellungen hatten sie? Welche Freiräume bot das Leben im Kloster, welche Grenzen steckten die Kloster- und Hausordnungen?

Ein Schwerpunkt der Arbeit liegt auf der Frage, wie sich Konventualinnen und Konvente dem Nationalsozialismus gegenüber verhielten. Wie spiegelte sich die Nazifizierung der Gesellschaft im Klosteralltag? Lässt sich ein Zusammenhang zwischen Herkunftsmilieu und politischer Haltung aufzeigen? Wie stellten sich die Klöster den Ein- und Zugriffsversuchen verschiedener Behörden und Parteigliederungen von der lokalen bis zur Reichsebene?

Olaf Stuve

Männlichkeiten als Reflexionskategorie in der politischen Bildung

Erstbetreuung: Prof. Dr. Dirk Lange

Geschlechterpolitische Fragen nehmen in der politischen Bildung eine Randposition ein. Verstärkt gilt dies bezogen auf eine Bearbeitung der Kategorie Männlichkeiten, gelten doch geschlechterpolitische Fragestellungen oft noch als „Frauthemen“. In Kontexten unterschiedlicher professioneller Felder sowie in queer-feministisch, aktivistisch motivierten Zusammenhängen sind vereinzelt Angebote zu finden, in denen Männlichkeiten reflexiv thematisiert werden. Der Fokus der hier vorgestellten Forschungsarbeit liegt auf diesen bisher wenig entwickelten Praxen einer reflexiven Bildungsarbeit zum Thema. Meine Forschungsfrage lautet: Welches praktische und habitualisierte Wissen zu Männlichkeitsfragen zeigt sich bei Pädagog*innen, die Männlichkeiten zum Thema machen und welche Vorstellungen über Männlichkeit/Männlichkeiten sind damit verbunden? Ich fasse die Personen als Angehörige eines (fachbezogenen) Milieus, die sich pädagogisch mit ähnlichen Herausforderungen befassen. Die von mir interviewten Gesprächspartner*innen stehen in ihrem beruflichen und aktivistischen Alltag vor der Aufgabe, eine bisher wenig entwickelte Auseinandersetzung mit Männlichkeiten auf konkrete Weise bearbeiten zu wollen. Sie müssen je spezifische Antworten auf vergleichbare Handlungsprobleme entwickeln. Im

Rahmen problemzentrierter Interviews haben die Interviewpartner*innen die Möglichkeit gehabt, ein Verständnis darüber zu entwickeln, wie sich aus ihrer Sicht die Herausforderungen darstellen. Sie erhielten ebenso die Möglichkeit zu erzählen, wie sie in ihren jeweiligen Kontexten einen vielversprechenden Umgang im Sinne einer geschlechter- und sexualpolitisch emanzipativen Perspektive umsetzen. Die Erhebungsphase ist bereits abgeschlossen und aktuell befinde ich mich in der Phase Analyse mit der dokumentarischen Methode. Von einer sinnrekonstruktiven Analyse verspreche ich mir praktisch verankertes Wissen über ein /Lernen über Männlichkeiten/ zugänglich zu machen. In einem weiteren Schritt hoffe ich, etwas über die Voraussetzungen zu erfahren, die die Interview-Partner*innen mitbringen bzw. (biographisch) entwickelt haben, um zum Thema Männlichkeiten reflexiv zu arbeiten. Die Ergebnisse der Arbeit sollen Schlussfolgerungen für eine geschlechterreflektierte politische Bildung möglich machen wie auch einen empirischen Beitrag zur Weiterentwicklung kritischer Männlichkeitenforschung leisten.

Jan Eike Thorweger

Wissenschaftliche und alltagsdidaktische Vorstellungen über Politikunterricht in inklusiven Lerngruppen – Implikationen für die politikdidaktische Lehrkräftebildung.

Erstbetreuung: Prof. Dr. Dirk Lange

Das Forschungsvorhaben ist im Schnittpunkt zwischen fachdidaktischer Theorie und Unterrichtspraxis angesiedelt. Den Ausgangspunkt bildet die sich im allgemeinbildenden Schulwesen abzeichnende Tendenz einer Zunahme des gemeinsamen Unterrichts von Schüler*innen unterschiedlicher Leistungsniveaus sowie mit und ohne zusätzlicher (sonderpädagogischer) Förderbedarfe. Im Zentrum steht dabei die Leitperspektive der Inklusion, die sich auf das Ziel einer umfassenden Teilhabe und Chancengerechtigkeit aller Menschen im Bildungswesen (und darüber

hinaus gesamtgesellschaftlich) beruft und mittlerweile auf internationaler, nationaler und Länderebene in Abkommen und Gesetzgebung verankert wurde. Ein inklusiv ausgerichteter, gemeinsamer Unterricht wird im hier gegebenen Zusammenhang als heterogenitätssensibler Unterricht verstanden, der unterschiedliche Ausgangsbedingungen der Lernenden anerkennt sowie diese offen und produktiv aufgreift. Die schulische politische Bildung ist hier in mehrfacher Hinsicht gefragt: Inklusion kann hier (zugleich) zum Unterrichtsprinzip, zum Unterrichtsthema sowie zur normativen Zielsetzung werden. Die Frage nach einer Fachdidaktik des inklusiven Politikunterrichts ist auf wissenschaftlicher Ebene bisher nur in Ansätzen bearbeitet worden, so dass hier aktuell grundlegender Klärungsbedarf besteht. Zugleich kam es im Kontext der Zunahme des gemeinsamen Unterrichts in den vergangenen Jahren an vielen Schulen zu einer Ausweitung der Praxis eines inklusiven Politikunterrichts, der von den Lehrkräften auf der Grundlage ihrer vorhandenen Professionskompetenzen gestaltet und weiterentwickelt wird – auf Grund der vorhandenen fachdidaktischen Fundierungslücke jedoch ohne, dass sie sich dabei auf ein kohärentes Fundament einer inklusiven Politikdidaktik berufen können. Das Forschungsvorhaben setzt an diesem Missverhältnis an und verfolgt einen übergreifenden Ansatz. Über die Erhebung, Analyse und wechselseitige Vernetzung von wissenschaftlichen und alltagsdidaktischen Vorstellungen zum inklusiven Politikunterricht soll ein Zugang zu einer gleichermaßen theoretisch fundierten wie empirisch informierten inklusiven Politikdidaktik gefunden werden. Hierzu soll der qualitative Forschungsrahmen der politikdidaktischen Rekonstruktion in einer professionsbezogenen Adaption genutzt werden. Zielperspektive ist dabei die Entwicklung von Leitlinien für die wirksame Aus- und Fortbildung von Fachlehrkräften im Hinblick auf den inklusiven Politikunterricht.

Bastian Vajen **Bürgerschaftskonzepte von Schülerinnen und Schülern**

Erstbetreuung: Prof. Dr. Dirk Lange

Das Ziel der Promotion ist, die mit Bürgerschaft verbundenen Vorstellungen (Wissen und Überzeugungen) von jugendlichen Schülerinnen und Schülern abzubilden sowie Anknüpfungspunkte für politische Bildungsprozesse zu erarbeiten. Dies beinhaltet einerseits das Vorwissen von Schülerinnen und Schülern zu den zentralen mit Bürgerschaft verbundenen Rechten und Pflichten, ihre Verknüpfung des Konzepts mit anderen politik- und sozialwissenschaftlichen Themenbereichen, wie beispielsweise Demokratie oder Sozialstaat, sowie ihre Überzeugungen zu den normativen Grundsätzen der mit Bürgerschaft und Staatsbürgerschaft verbundenen Inklusions- und Exklusionsprozesse. Andererseits ist es ebenso relevant, wie die Schülerinnen und Schüler ihre eigene Rolle als Bürgerinnen und Bürger verstehen und inwiefern sich dieses Verständnis und ihre bürgerschaftlichen Vorstellungen und Überzeugungen an Konzepte einer aktiven oder passiven Bürgerschaft anschließen lassen.

Die Relevanz der Arbeit besteht dementsprechend darin, Erkenntnisse über die Bürgerschaft verbundenen Vorstellungen, Wissensbestände und Überzeugungen von Schülerinnen und Schülern zu liefern. Angesichts der Relevanz von Vorstellungen und Vorwissen für die Politikdidaktik und den andauernden fachdidaktischen Diskurs über den Stellenwert aktiver Bürgerschaftskonzepte sind die Ergebnisse dieser Arbeit sowohl für den fachdidaktischen Diskurs über die normative Ausrichtung der politischen Bildung als auch für die praktische politikdidaktische Gestaltung von Lernprozessen relevant. Die stärkere Berücksichtigung von Vorwissen und Vorstellungen ist durch ihre Bedeutung für den konzeptuellen Wissensaufbau zentrales Element kompetenzorientierter politischer Bildung. Die Erhebung der Vorstellungen von Schülerinnen und Schüler zu Bürgerschaft sowie die mit

dem Konzept verbundenen fachlichen Themenbereiche sind daher auch für den politikdidaktischen Kompetenzdiskurs von Relevanz und können sowohl einen Ausgangspunkt für die Entwicklung repräsentativer quantitativer Studien über vorhandene Wissensbestände als auch für die Strukturierung kompetenzorientierter politischer Bildungsprozesse genutzt werden.

Alrun R. Vogt

Politik und Alltag in der non-formalen politischen Jugendbildung: Eine empirische Analyse von alltagsorientierten Ansätzen.

Erstbetreuung: Prof. Dr. Dirk Lange

Von Prof. Dr. Dirk Lange an der Universität Wien betreute Dissertationen:

Judith Goetz: „Geschlechterpolitiken der Identitären – Ein Beitrag für die politische Bildung gegen Rechtsextremismus“

Petra Kolb: „Proteste als Radikale Demokratiebildung: Politische Subjektwerdung durch Artikulation“

Ursula Mauric: „Global Citizenship Education in der Lehrer/-innenbildung: Potenzial und Chancen der Phase des Berufseinstiegs“

Nicola Nagy: „Politische Bildung und soziale Ungleichheit: Politische Selbstbildung von Jugendlichen zwischen Exklusion und politischer Partizipation“

Alessandra Santoianni: „Implementing Civic Education: the Italian Case“

Sarah Sophia Straub: „Mentoring Inclusive Citizenship Education. A multi-level approach to educational and democratic experience for marginalized young people through 1:1 mentoring.“

Johanna Taufner: „Geschlechtergerechtigkeits-Vorstellungen von Lehramtsstudent*innen des Fachs Geschichte und Politische Bildung“



Personal

Grundlage des Instituts für Didaktik der Demokratie sind die hochqualifizierten Mitarbeiter*innen. Ihnen bietet das Institut eine Arbeitsumgebung, die es erlaubt, die individuellen Fähigkeiten gewinnbringend einzusetzen und an neuen Herausforderungen zu wachsen. Das Institut zeichnet sich dabei durch eine Kultur des Lernens für- und voneinander aus, in der gemeinschaftliche und individuelle Projekte umgesetzt werden. Das Institut für Didaktik der Demokratie setzt sich gemeinsam mit seinen Mitarbeiter*innen zum Ziel, Forschungs- und Transferaktivitäten auf den Feldern von Politischer Bildung und Demokratiepädagogik, Geschichte und Erinnerungskultur sowie den sozialen Herausforderungen der Zivilgesellschaft des 21. Jahrhunderts zu bündeln und zu profilieren.

Ausführliche Informationen zu unseren Mitarbeiter*innen finden Sie unter:
<https://www.idd.uni-hannover.de/de/institut/personenverzeichnis>



Direktorium



Kontakt
lange@idd.uni-hannover.de
0511/762 5705

Prof. Dr. Dirk Lange

Weitere Funktionen

Professor für Didaktik der Politischen Bildung an der Universität Wien
Wissenschaftliche Leitung des Demokratiezentrum Wien
Visiting Scholar der University of San Diego
Honorarprofessor der University of Sydney
Herausgeber der Zeitschrift "Gesellschaft – Wirtschaft – Politik. Sozialwissenschaften für politische Bildung"
Wissenschaftliche Beratung der Gesamtkonzeption „Demokratiebildung im Österreichischen Parlament“
Sachverständiger der Deutschen Bundesregierung für den 16. Kinder- und Jugendbericht „Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter“

Aktuelle Publikationen und Vorträge

Beutel, W./Gloe, M./Himmelman, G./Lange, D./Reinhardt, V./Seifert, A. (Hrsg.) (2022): Handbuch Demokratiepädagogik. Frankfurt/M.
Baumgardt, I./Lange, D. (Hrsg.) (2022): Young citizens. Handbuch politische Bildung in der Grundschule. Bonn.
Reichert, F./Lange, D./Chow, L. (2021): Educational beliefs matter for classroom instruction: A comparative analysis of teachers' beliefs about the aims of civic education. In: Teaching and Teacher Education, 98, <https://doi.org/10.1016/j.tate.2020.103248>.
„Demokratiebildung – Begriffliche und Konzeptionelle Überlegungen“, Keynote bei „Parlament empfängt. Willkommen für Bildungsmultiplikator:innen“, Österreichisches Parlament Österreich 28. Februar 2023.
„Citizenship Education – Zur Subjektwerdung in der Politischen Bildung“ im Rahmen der Tagung „Politisch gebildet – aber wie?“, Wiener Urania (3. Juni 2022).
„Citizenship und Politische Bildung“ im Rahmen der Tagung „Migration, Bildung und das Politische“, Universität Zürich – online (10. Juni 2021) (gem. m. Malte Kleinschmidt).



Kontakt

schmiechen-ackermann@idd.uni-hannover.de

apl. Prof. Dr. Detlef Schmiechen-Ackermann

Aktuelle Projekte

Leitung und Bearbeitung:

„Demokratische Neugestalter versus ‚Verfechter des totalitären Staatsgedankens‘? Personal und Politik der Niedersächsischen Staatskanzlei und des Niedersächsischen Ministeriums der Justiz 1946 bis 1961“

Pilotprojekt: „Die ‚historischen Landschaften‘ des ehemaligen Königreichs Hannover vor, während und nach dem Nationalsozialismus“

Leitung:

„Öl aus Niedersachsen – ein Rohstoff für die nationalsozialistische Aufrüstungspolitik und Kriegsführung“

„Zwischen Tradition und Wandel. Evangelische Frauenklöster und -stifte in Niedersachsen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts“

„Vom ‚Eisernen Vorhang‘ zum ‚Grünen Band‘: Grenzerfahrungen gestern und heute!“

„Auf den Spuren der innerdeutschen Grenze. Ein Projekt zur Erstellung digitaler Lern- und Informationspfade“

„Die innerdeutsche Grenze in der Feldmark“. Lebenslinien zwischen dem Wendland und der Altmark

Aktuelle Publikationen und Vorträge

Fröhlich, C./Schmiechen-Ackermann, D./Hauptmeyer, C.-H. (Hrsg.) (2022): Die Dömitzer Brücken. Symbol und Erinnerungsort der deutschen Teilung im Elberaum. Göttingen.

Schmiechen-Ackermann, D. (2021): Rudolf Hillebrecht und der Wiederaufbau in Hannover: Personelle und konzeptionelle Kontinuitäten und Diskontinuitäten zur NS-Zeit, in: Kontinuitäten und Neuorientierungen. Personelle Netzwerke niedersächsischer Raumwissenschaftler nach 1945, Neues Archiv für Niedersachsen Heft 1 Jg. 2021, S. 37-69.

Schmiechen-Ackermann, D. u.a. (Hrsg.) (2020): Der Gorleben-Treck 1979. Anti-Atom-Protest als soziale Bewegung und demokratischer Lernprozess, Göttingen.

„Die Revolution 1848/49 als Element der deutschen Demokratiegeschichte reflektieren und vermitteln“. Vortrag auf der 24. Karlsruher Tagung für Archivpädagogik, Karlsruhe, 24. März 2023.

„Die Revolution 1848/49 als Thema der Demokratiegeschichte“. Vortrag (gem. mit Abelina Junge) auf der Tagung „175 Jahre Revolution 1848/49: Wie den Meilenstein der Demokratiegeschichte vermitteln?“, Frankfurt am Main, 22. September 2022.

„Kulturerbe als Ressource? Die Fallbeispiele Berlin und Barcelona im Vergleich“, Vortrag (gemeinsam mit Christine Schoenmakers) auf dem Internationalen Symposium „Die Hauptstadt: Kulturelle Konstruktion, Governance und Entwicklung“, Beijing, 6. November 2021 (digital).



Kontakt

beutel@idd.uni-hannover.de
0511/762 14575

Dr. Wolfgang Beutel

Aktuelle Projekte

Monitor Demokratiebildung (BMBF-Förderung)

STEPin – Supporting parents to deal with the excessive online time and habits of their children (erasmus+)

REACT – Recognising Extremism and Conspiracy Theories

MANTA – Mini-Publics And Other New Forms Of Participation In Civic Education

Aktuelle Publikationen und Vorträge

Beutel, W. (2023): Demokratiepädagogik, Demokratiebildung und Schule. In: Pädagogik, Jg. 23, H. 3, S. 14-19.

Beutel, S.-I./Beutel, W. (2022): Soziales Lernen. In: Baumgardt, I./Lange, D. (Hrsg.): Handbuch Politische Bildung in der Grundschule, Bonn (BpB-Schriftenreihe), S. 196-203.

Beutel, W./Gloe, M./Himmelman, G./Lange, D./Reinhardt, V./Seifert, A. (Hrsg.) (2022): Handbuch Demokratiepädagogik. Frankfurt/M.

„Demokratische Schulentwicklung – Grundlagen und Beispiele“. Vortrag bei der Tagung „Demokratie unter Druck – Aktuelle Herausforderungen für Gesellschaft und Schule“ der LpB Baden-Württemberg im Haus auf der Alb, Bad Urach, 08.03.2023

„Demokratielernen, Demokratiepädagogik, Demokratiebildung? Aufgaben für die Schulen!“ Vortrag in der Reihe „VBE im Gespräch“ des Landesverbands NRW im Verband Bildung & Erziehung, Dortmund, 24.02.2023

„Bildung zu und Lernen für die Demokratie“, Vortrag beim Nell-Breuning-Symposium „Was ist gute Schule? Lernen im 21. Jahrhundert“ der Stadt Rödermark und der IGS Nell-Breuning-Schule, Rödermark (HE) 15.10.2022

Geschäftszimmer



Christiane Schröder M.A.

Kontakt

schroeder-sieroux@idd.uni-hannover.de
0511/762 17317



Juliane Kondracka

Kontakt

schlentz@idd.uni-hannover.de
0511/762 17317

Elena Lokshina

Kontakt

lokshina@idd.uni-hannover.de
0511/762 14723



Lena Bohnenstengel

Kontakt

bohenstengel@idd.uni-hannover.de



Nina Krükov

Kontakt

kruekov@idd.uni-hannover.de



Marie Pinkert

Kontakt

pinkert@idd.uni-hannover.de

Wissenschaftliche Mitarbeiter*innen



Kontakt

ballhausen@idd.uni-hannover.de
0511/762 14560

Ulrich Ballhausen

Aktuelle Projekte

Berufsbegleitendes Weiterbildungsstudienangebot für niedersächsische Lehrkräfte als Quer- und SeiteneinsteigerInnen zum Erwerb von Studienleistungen für das Unterrichtsfach Politik an Berufsbildenden Schulen

Antiziganismus als institutionelle Praxis!? Ein Sensibilisierungs- und Weiterbildungsprojekt für Mitarbeitende in der kommunalen Verwaltung und sozialen Praxis

Aktuelle Publikationen und Vorträge

Ballhausen, U. (2022): Jugendbildung: Gelegenheitsraum der Demokratiebildung. In: Beutel, W. (Hrsg.): Handbuch Demokratiepädagogik. Frankfurt/M, S. 600-614.

„Demokratiebildung: Kernauftrag von Schule und Jugendarbeit“, Demokratietag im kommunalen Integrationszentrum Detmold, Detmold 08.09.2023

„Demokratiebildung in der Schule als gemeinsame Aufgabe zwischen Neutralitätspflicht und Beutelsbacher Konsens“, Demokratietag des Zentrums für schulpraktische LehrerInnenausbildung, Detmold 01.02.2023.

„Schule als Lernort der Demokratie“, Demokratietag des Zentrums für schulpraktische LehrerInnen-ausbildung, Detmold 30.08.2022.

„Demokratiebildung in der Schule: eine Fach- und Querschnittsaufgabe“, Demokratiebildung - Schule als Lernort für eine offene Gesellschaft, Gymnasium Theodorinum Paderborn, 31.01.2022.



Kontakt

bechtel@idd.uni-hannover.de
0511/762 17319

Theresa Bechtel, M.Ed.

Aktuelle Projekte und Funktionen

Gesellschaft. Wirtschaft. Politik (GWP) – Zeitschrift für Sozialwissenschaften (Redakteurin)
Lehrkoordination

Aktuelle Publikationen und Vorträge

Bechtel, T. (2023): Nationendenken im Kontext Politischer Bildung. In: Bechtel, T./Firsova, E./Schrader, A./Vajen, B./Wolf, C.: Diskriminierungskritische Politische Bildung. Frankfurt am Main: Wochenschau-Verlag, S. 101-115.

Bechtel, T./Kleinschmidt, M./Lange, D. (2022): Citizenship Education – zur Subjektwerdung in der Politischen Bildung. In: Informationen zur Politischen Bildung 50, S. 26-33.

Bechtel, T. (2020): 30 Jahre deutsche Einheit – ost- und westdeutsche Ein(zel)heiten. In: POLIS – Report der deutschen Vereinigung für politische Bildung, 2/2020, S. 10-12.

„Potenziale der Ergänzung nationalismuskritischer und dekolonialer Perspektiven zur rassismuskritischen Bildung“ (gem. mit Dr. Malte Kleinschmidt), Vielfalt bildet! Rassismus- und diskriminierungskritische Bildung in Praxis und Diskurs, Schader Stiftung Darmstadt, 17.09.2022.

Posterpräsentation: Schüler:innenvorstellungen von der Nation, Postcolonial citizens? Dekolonialität in der Politischen Bildung (Vienna Conference on Citizenship Education), Universität Wien, 10.11.2022

„Subjektive Konzepte zur Nation“. GPJE-Nachwuchstagung, Bocholt, 27.02.2023.



Kontakt

bredl@idd.uni-hannover.de
0511/762 5582

Patrick Bredl, M.A.

Aktuelle Projekte

MANTA – Mini-Publics And Other New Forms Of Participation In Civic Education

Antiziganismus als institutionelle Praxis!? Ein Sensibilisierungs- und Weiterbildungsprojekt für Mitarbeitende in der kommunalen Verwaltung und sozialen Praxis

Aktuelle Publikationen und Vorträge

Bredl, P./Lange, D. (2023): „Mehr als Feuerwehr!“ Zum Verhältnis von Politischer Bildung und Präventionsarbeit gegen Rechtsextremismus. In: J. Goetz, S. Reitmair-Juárez, D. Lange. (Hrsg.): „Handlungsstrategien gegen Rechtsextremismus Politische Bildung – Pädagogik – Prävention“. Springer VS.

Bredl, P./Lange, D. (2020): Emanzipation. In: Achour, S; Massing, P.; Meyer-Heidemann, C.; Busch, (Hrsg.): „Wörterbuch Politikdidaktik“. Frankfurt/Main. S. 61-63.

„Politische Bildung fürs Weltverändern“, Summer school: Theorie und Praxis sozialer Kämpfe – Wie erreichen wir einen bildungspolitischen Wandel?, Warnemünde 19.09.2021.



Kontakt

burmester@idd.uni-hannover.de
0511/762 3028

Jessica Burmester-Kock, M.A.

Aktuelle Projekte

RESIST - In the name of human rights. Teaching/learning materials dealing with resistance against National Socialism in Europe using the example of France and Germany 1933-1945.

Auf den Spuren der innerdeutschen Grenze - Ein Projekt zur Erstellung digitaler Lehr- und Informationspfade

Aktuelle Publikationen

Burmester-Kock, J. (2023): Memorial Sites at Former Concentration Camps in Germany in the Context of Globalisation. An Empirical Study of Current Educational Programmes. (Aufsatz in Sammelband, im Erscheinen)

Burmester-Kock, J. (2022): Bildungsarbeit in KZ-Gedenkstätten unter den Bedingungen von Globalisierungsprozessen. Eine empirische Studie der aktuellen, permanenten Bildungsangebote von KZ-Gedenkstätten in Deutschland. In: Außerschulische Bildung, Jg. 53/ Heft 4, S. 45-49.

Schrader, A./Burmester-Kock, J. (2022): Didaktische Ansätze zur schulischen Arbeit mit Biografien. Ein Interview mit Elke Gryglewski und Marc Partetzke. In: Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. Landesverband Niedersachsen (Hrsg.): Helden – Täter – Opfer: Biografien der Weltkriege. Wertungswandel und Rezeptionsgeschichte [Reihe: Beispiele Praxis. Unterrichtsideen und Materialien]. Hannover, S. 22-23.

Vajen, B./Burmester-Kock, J. (2021): Civic Education in Times of Crisis. The Importance of Meaning and Meaning Making. In: Proceedings of the 2nd International Conference of the Journal Scuola Democratica "Reinventing Education", Volume 1. Citizenship, Work and the Global Age, S. 745-757.



Kontakt

dockter@idd.uni-hannover.de
0511/762 17449

Dominik Dockter, M.A.

Aktuelle Projekte

Erdöl aus Celle. Ein Rohstoff für die nationalsozialistische Aufrüstungspolitik und Kriegsführung

Aktuelle Publikationen und Vorträge

Dockter, D. (2023): Geschönte Erinnerung. Nachkriegsnarrative über den Wiederaufbau der Industrie- und Handelskammer Hannover, in: Hellwig, C./Schmiechen-Ackermann, D./Dockter, D. u.a. (Hg.): Kontinuitäten und Diskontinuitäten zur NS-Zeit in der frühen Bundesrepublik, Göttingen (in Vorbereitung)

Dockter, D. (2022): Unpolitische Expertenarbeit oder nationalsozialistischer Planungseifer? Heinrich Wiepkins NS-Vergangenheit und die Gründung der Hochschule für Gartenbau und Landeskultur in Hannover, Neues Archiv für Niedersachsen 1.2021, S. 131-155.

Dockter, D./Mayer, T. (Hrsg.) (2021): Reichsflagge, Judenstern, Ermächtigungsgesetz. Geschichtsver-gessene Vergleiche erkennen und analysieren lernen, Hannover.

„Eine ‚besonders verantwortungsvolle Aufgabe‘. Die Beteiligung der Industrie- und Handelskammer Hannover an der ‚Arisierung‘ ihres Kammerbezirks“. Vortrag im Rahmen des Kolloquiums des Leibniz Forschungszentrums „Center for Inclusive Citizenship“, Hannover, 4. November 2022.

„Schwierige Geschichten. Der Umgang deutscher Unternehmen mit ihrer Vergangenheit im Spannungsfeld von Verdrängung, Aufarbeitung und History Marketing“, Vortrag im Rahmen des Veranstaltungsprogramms der Stiftung der Deutschen Wirtschaft, digital, 29. September 2022.

„Der Nationalsozialismus als ‚Ermöglichungsraum‘. Hermann von Rautenkrantz und die Internationale Tiefbohr Kommanditgesellschaft“, Vortrag auf dem Symposium „Die deutsche Erdölwirtschaft im ‚Dritten Reich‘“. Aktuelle Forschungen und neue Perspektiven“, Hannover, 27. April 2022.



Kontakt

estler@idd.uni-hannover.de

Martin Estler, M.Ed., StR

Aktuelle Projekte und Funktionen

Lehrbeauftragter der Begleitende Lehrveranstaltung: Fachpraktikum Politik für das Lehramt an berufsbildenden Schulen



Kontakt

firsova@idd.uni-hannover.de
0511/762 5594

Elizaveta Firsova-Eckert, M.A.

Aktuelle Projekte

TEACH – Targeting Extremism and Conspiracy Theories

Aktuelle Publikationen und Vorträge

Firsova-Eckert, E. (i.E.): Israelbezogenem Antisemitismus begegnen. Der Deutsch-Israelische Jugendaustausch als wirkungsvoller Ansatz gegen israelbezogene antisemitische Ressentiments. In: Zeitschrift Migration und Soziale Arbeit 2023(2): Antisemitismus.

Firsova, E./Vajen, B. (2023): Gruppenbezogene Verschwörungstheorien in Erwachsenenbildungseinrichtungen – Überzeugungen, Wahrnehmung und Handlungskompetenz von Lehrenden. In: Bechtel, T. et al. (Hrsg.): Perspektiven diskriminierungskritischer Politischer Bildung. Frankfurt a.M., S. 201–222.

Firsova-Eckert, E./Scheibenpflug, K./Lange, D. (2022): Politische Erwachsenenbildung im Umgang mit Verschwörungstheorien in Zeiten der COVID-19-Pandemie. In: GWP – Gesellschaft. Wirtschaft. Politik. 71 (4), S. 464–475. doi: <https://doi.org/10.3224/gwp.v71i4.09>

„Emotionen bei der Wahrnehmung Israels und des Nahostkonflikts – Ergebnisse einer Evaluation des Deutsch-Israelischen Jugendaustauschs“, GPJE Nachwuchstagung – Außerschulische politische Bildung – Wissenschaft und Praxis. Bocholt 23.02.2023.

„Emotionen bei der Wahrnehmung Israels und des Nahostkonflikts – Ergebnisse einer Evaluation des Deutsch-Israelischen Jugendaustauschs“, Jahrestagung des Arbeitskreises Antisemitismusforschung der Sektionen Wissenssoziologie und Politische Soziologie in der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (DGS). Bildung gegen Antisemitismus: Forschungsergebnisse, Forschungsdefizite und Kontroversen, Frankfurt University of Applied Science, Digitaltagung 20.10.2022.

„Emotionen bei der Wahrnehmung Israels und des Nahostkonflikts – Herausforderung und Chance für den Umgang mit israelbezogenen Antisemitismus in der Bildungspraxis“, Tagung der Initiative Interdisziplinäre Antisemitismusforschung Trier, IIA Trier, Digitaltagung 24.02.2022 (Zusammen mit Christoph Wolf).



Kontakt

sa.greco@idd.uni-hannover.de

Sara Alfia Greco, Dipl.-Soz., Dipl.-Pol., StaatsEx.

Aktuelle Publikationen und Vorträge

Greco, S.A. (2022): Bericht zum Kompetenznetz Einsamkeit, In: 100 Jahre staatlich organisierte Kinder- und Jugendhilfe – Kontinuitäten und Brüche, Zeitschrift Forum Erziehungshilfen, Heft 02/2022, Weinheim, S.102–103.

Greco, S.A. (2021): Fachimpulse zum neuen Kinder- und Jugendstärkungsgesetz, In: Das neue SGB VIII – Impulse für die Fachpraxis, Zeitschrift Forum Erziehungshilfen, Heft 05/2021, Weinheim, S.299–300.

„Der Alltag behinderter Menschen: Eine Herausforderung in der Sozialen Arbeit unter Berücksichtigung der aktuellen Debatten um Inklusion und Teilhabe“, Hochschule für angewandte Wissenschaft und Kunst (HAWK) Hildesheim, 16.01.2023.

„Das Theorie-Praxis-Verhältnis am Beispiel der Lebensweltorientierung in Einrichtungen der stationären Jugendhilfe“, Evangelische Hochschule für Soziale Arbeit, Hamburg, 31.05.2022.

„Themen, Praxen und Methoden der Sozialen Arbeit mit Jugendlichen“, Fachbereich Sozialwesen, Hochschule Fulda, 24.05.2022.



Kontakt

heise@idd.uni-hannover.de
0511/762 17318

Richard Heise, M.A.

Aktuelle Projekte

SchoolsGoGreen – Developing a Whole-School Approach to Promote Social Change and Sustainable Development as a Response to Environmental Challenges

EcoGreen – Ecological Economic Perspectives on Sustainability in VET schools

Agripol – Agricultural Policy and Sustainability in Vocational Education

Aktuelle Publikationen

Heise, R., Kenner, S. (2022). Citizenship Education and the Digital Sphere. In: Supik, L. et al (Hrsg.): „Gender, Race and Inclusive Citizenship“. Springer VS, Wiesbaden, S. 415–430.

Heise, R. (2023): Fake News und Desinformation als Thema der Demokratiebildung und –didaktik. In: Beutel, W./ Heldt, I./Lange, D. (Hrsg.): „Demokratie auf Distanz?“. Frankfurt/M, S. 166–175.



Kontakt

hellwig@idd.uni-hannover.de
0511/762 17447

Dr. Christian Hellwig

Aktuelle Projekte

Öl aus Niedersachsen – ein Rohstoff für die nationalsozialistische Aufrüstungspolitik und Kriegsführung

Demokratische Neugestalter versus „Verfechter des totalitären Staatsgedankens“? Personal und Politik der Niedersächsischen Staatskanzlei und des Niedersächsischen Ministeriums der Justiz 1946 bis 1961

Auf den Spuren der innerdeutschen Grenze – Ein Projekt zur Erstellung digitaler Lehr- und Informationspfade

Die innerdeutsche Grenze in der Feldmark – Lebenslinien zwischen dem Wendland und der Altmark

Aktuelle Publikationen und Vorträge

Hellwig, C. (2022): Die Dömitzer Brücken als Symbol und Metapher im Film. In: Fröhlich, C., u.a. (Hrsg.): Die Dömitzer Brücken. Symbol und Erinnerungsort der deutschen Teilung im Elberaum. Göttingen, S. 245-271.

Hellwig, C. (2020) (Hrsg.): Der Gorleben-Treck 1979. Anti-Atom-Protest als soziale Bewegung und demokratischer Lernprozess. Göttingen (zus. m. Detlef Schmiechen-Ackermann, Jenny Hagemann, Karolin Quambusch, Wienke Stegmann).

Hellwig, C. (2018): Die inszenierte Grenze. Flucht und Teilung in westdeutschen Filmnarrationen während der Ära Adenauer. Göttingen.

„Die inszenierte Grenze – Flucht und Teilung in deutschen Spielfilmen der 1950er und 1960er Jahre. Vortrag im Rahmen der Veranstaltungsreihe „70. Jahrestag der Schließung der innerdeutschen Grenze“, Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn, Marienborn, 13.10.2022.

Zwangsarbeit in der Erdölindustrie im Land- und Stadtkreis Celle. Vortrag im Rahmen des Symposiums „Die deutsche Erdölwirtschaft im „Dritten Reich“. Aktuelle Forschungen und neue Perspektiven“, Hannover, 27.04.2022.

„Die Erinnerungslandschaft deutsch-deutsche Grenze in Metropolregion Hamburg – eine Bestandsaufnahme. Vortrag im Rahmen der Tagung „Zukunftsvision Grenzgeschichte(n) in der Metropolregion Hamburg“, Hamburg, 14.10.2021.



Kontakt

junge@idd.uni-hannover.de
0511/762 5582

Abelina Junge, M.A.

Aktuelle Projekte und Funktionen

Antiziganismus als institutionelle Praxis! Ein Sensibilisierungs- und Weiterbildungsprojekt für Mitarbeitende in der kommunalen Verwaltung und sozialen Praxis

Redaktionsleitung des Blog „Abseits der Fußnote“

Betreuung der Öffentlichkeitsarbeit

Aktuelle Publikationen und Vorträge

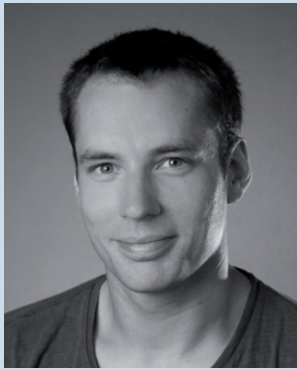
Schmiechen-Ackermann, D./Junge, A. (2023): Die Revolution 1848/49 als Thema der Demokratiegeschichte, in: Kitschun, S./Thalhofer, E./Linnemann, S. (Hrsg.): Tagungspublikation zur Folgetagung des Jubiläumsnetzwerks 1848/49: Wie nach 175 Jahren den Meilenstein der Demokratiegeschichte vermitteln?, Berlin 2023.

Junge, A./Rieger, B.: Hitlers letzte Tage als didaktisches Mittel? Eine Rezension zu „Führerbunker VR“ (Beta-Version), in: Abseits der Fußnote, 04.11.2022, <https://iddblog.hypothesen.org/644>.

Junge, A./Rieger, B.: Augmented Reality (AR) und Virtual Reality (VR) in der historisch-politischen Bildung, in: Abseits der Fußnote, 01.06.2022, <https://iddblog.hypothesen.org/381>.

„Demokratiegeschichte regional – ‚1848‘ anhand biografischer Fallbeispiele vermitteln“. Vortrag mit Neil Filler in der Veranstaltungsreihe Donnerstag: Digital der Freunde des Historischen Museums e.V. Hannover, 23. Februar 2023.

„Die Revolution von 1848/49 als Thema der Demokratiegeschichte.“ Vortrag mit Prof. Dr. Detlef Schmiechen-Ackermann im Historischen Museum Frankfurt im Rahmen der Folgetagung des Jubiläumsnetzwerks 1848/49 „Die Revolution 1848/49. Wie nach 175 Jahren den Meilenstein der Demokratiegeschichte vermitteln?“, 22. September 2022.



Kontakt

malte.kleinschmidt@idd.uni-hannover.de

Dr. Malte Kleinschmidt

Aktuelle Projekte

#GetInvolved - Supporting Democracy and Citizenship in VET

Aktuelle Publikationen und Vorträge

Kleinschmidt, M. (2021): Dekoloniale politische Bildung. Eine empirische Untersuchung von Lernenvorstellungen zum postkolonialen Erbe. Wiesbaden.

Kleinschmidt, M./Peek-Ho, C./Sielert, D./Supik, L. (2022): Gender, Race and Inclusive Citizenship as a Momentum Concept: An Introduction. In: Supik, L./Kleinschmidt, M./Natarajan, R./Neuburger, T./Peek-Ho, C./Schróder, C./Sielert, D. (Hrsg.): Gender, Race and Inclusive Citizenship. Dialoge zwischen Aktivismus und Wissenschaft. Wiesbaden, S. 3-38.

Kleinschmidt, M. (2022): Dekolonialität und Kritik der imperialen Lebensweise. Überlegungen zur politischen Bildung. Schulheft 186, S. 129-142.

„Imperiale Lebensweise im Kontext einer dekolonialen politischen Bildung“, Third Vienna Conference on Citizenship Education: Solidary citizens. Imperiale Lebensweise und Politische Bildung, Wien 2021.

„Citizenship und Politische Bildung“, Migration, Bildung und das Politische, Universität Zürich 2021.

„Potenziale der Ergänzung nationalismuskritischer und dekolonialer Perspektiven zur rassismuskritischen Bildung“, (gemeinsam mit Theresa Bechtel) Vielfalt bildet! Rassismus- und diskriminierungskritische Bildung in Praxis und Diskurs, Darmstadt 2022.



Kontakt

kummer@idd.uni-hannover.de

Ronja Kummer, M.A.

Aktuelle Projekte

ALICE - Animals, Climate and Civic Education



Kontakt

nagel@idd.uni-hannover.de
0511/762 14559

Michael Nagel, M.A.

Aktuelle Projekte

Klima-Aktiv. Klimaschutz aktiv gestalten und politische Handlungskompetenzen entwickeln.

Aktuelle Publikationen und Vorträge

Kenner, S./Nagel, M. (2022): Große Transformation mit jungen Change Agents? Partizipative politische Bildung für nachhaltige Entwicklung als Antwort auf multiple Krisen der Gegenwart. In: Zeitschrift für Didaktik der Gesellschaftswissenschaften zdg, 2/2022, S. 99-116.

Kenner, S./Nagel, M./Lange, D. (2022): Politische Bildung für Nachhaltige Entwicklung. Konflikte als Lerngelegenheiten. In: politische ökologie 03/2022, S. 85-90.

Nagel, M. (2022): Politische Bildung in der Klimakrise. In: Kenner, S./Oeftering, T. (Hrsg.): Standortbestimmung Politische Bildung. Gesellschaftspolitische Herausforderungen und das vermeintliche Neutralitätsgebot. Frankfurt/M., S. 152-162.

„Potentiale einer partizipativen politischen Bildung für nachhaltige Entwicklung an Schulen“, „#zukunftbilden – Politisch. Nachhaltig. Transformativ.“ gemeinsam mit Dr. Steve Kenner, Berlin 05/2022.

„Politische Bildung für nachhaltige Entwicklung als Antwort auf die multiplen Krisen der Gegenwart“, „Fridays for Future, und jetzt? Umweltbildung, Klimaschutz und Nachhaltigkeit als Aufgabe aller Fächer“ an der Akademie für Politische Bildung Tutzing 03/2022.

„Große Transformation mit einer politisch aktiven Jugend. Zu den Potentialen einer politischen Bildung für nachhaltige Entwicklung“, GPJE-Nachwuchstagung „Gesellschaftliche Transformation und Politische Bildung“ gemeinsam mit Dr. Steve Kenner. Online 03/2022.



Kontakt

quambusch@idd.uni-hannover.de
0511/762 17446

Karolin Quambusch, M.A.

Aktuelle Projekte

Auf den Spuren der innerdeutschen Grenze – Ein Projekt zur Erstellung digitaler Lehr- und Informationspfade

Die innerdeutsche Grenze in der Feldmark – Lebenslinien zwischen dem Wendland und der Altmark

Aktuelle Publikationen

Hellwig, C./Quambusch, K./Schoenmakers, C. (2020): Von der Ostsee bis in die Lüneburger Heide.

Die „Erinnerungslandschaft deutsch-deutsche Grenze“ in der Metropolregion Hamburg – Eine Bestandsaufnahme [Innenansichten. Beiträge zur Didaktik der Demokratie, 3] Hannover.

Fiedler, K./Quambusch, K. (2020): Vom Wendland nach Hannover. Eine illustrierte Chronologie des Protestzuges, in: Schmiechen-Ackermann, D./Hagemann, J./Hellwig, C./Quambusch, K./Stegmann, W. (Hg.): Der Gorleben-Treck 1979, Anti-Atom-Protest als soziale Bewegung und demokratischer Lernprozess, Göttingen, S. 25-43.

Quambusch, K. (2020): Geschichtslernen mit mobilen digitalen Medien. Ein interaktiver „App-Rundgang“ für das Smartphone, in: Schmiechen-Ackermann, D./Hagemann, J./Hellwig, C./Quambusch, K./Stegmann, W. (Hg.): Der Gorleben-Treck 1979, Anti-Atom-Protest als soziale Bewegung und demokratischer Lernprozess, Göttingen, S. 233-252.



Kontakt

runge@idd.uni-hannover.de

Alexander Runge, M.Ed.

Aktuelle Projekte

Monitor Demokratiebildung



Kontakt

arne.schrader@idd.uni-hannover.de
0511/762 14561

Arne Schrader, M.Ed.

Aktuelle Projekte

RESIST - In the name of human rights. Teaching/learning materials dealing with resistance against National Socialism in Europe using the example of France and Germany 1933-1945

Aktuelle Publikationen und Vorträge

Bechtel, T./Firsova, E./Schrader, A./Vajen, B./Wolf, C. (Hrsg.) (2023): Perspektiven diskriminierungskritischer Politischer Bildung. Frankfurt/M.

Schrader, A. (2023): Antiziganismuskritik als Element diskriminierungskritischer Politischer Bildung. In: T. Bechtel et al. (Hrsg.): Perspektiven diskriminierungskritischer Politischer Bildung. Frankfurt/M., S. 58-66.

Firsova, E./Schrader, A. (2022): Antisemitism and Antiziganism: State of the Art and Challenges for Citizenship Education. In: Rhetoric and Communications, Jg. 52, S. 104-120.

„Lehrer*innenvorstellungen von Antiziganismus. Implikationen für die politische- und antiziganismuskritische Bildung“, Jahrestagung der Kommission Schulforschung und Didaktik „Vielfalt, Orientierung und Diskriminierungskritik. Ansprüche und Widersprüche schulischer Bildung“, Johannes Gutenberg Universität Mainz, 06. Oktober 2022

„Teachers' conceptions of antiziganism. Implications for inclusive citizenship education“, Tagung „Inclusive Citizenship as Belongings, Practices and Acts“, Leibniz Universität Hannover, 30. September 2022

„Antiziganismuskritische Bildung“ (mit Nadine Küßner, PH Heidelberg), Tagung „Vielfalt bildet! Rassismus- und diskriminierungskritische Bildung in Praxis und Diskurs“, Schader-Forum Darmstadt, 16. September 2022



Kontakt

schroeder-sieroux@idd.uni-hannover.de
0511/762 17317

Christiane Schröder M.A.

Aktuelle Projekte und Funktionen

Zwischen Tradition und Wandel. Evangelische Frauenklöster und -stifte in Niedersachsen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts

Die »Historischen Landschaften« des ehemaligen Königreichs Hannover vor, während und nach der Zeit des Nationalsozialismus

Ausbildung von Kommunalbeamt*innen von der Weimarer Republik bis zur frühen Bundesrepublik am besonderen Beispiel der Vorläufereinrichtungen des Niedersächsischen Studieninstituts für kommunale Verwaltung e. V.

Geschäftsführung des interdisziplinären Leibniz Forschungszentrums »Center for Inclusive Citizenship« (CINC)

Aktuelle Publikationen und Vorträge

Schröder, C. (2021): Die Klosterkammer Hannover und die ihr verbundenen Frauenklöster. In: Steinführer, H./Steinwascher, G. (Hrsg.): Geschichte und Erinnerung in Niedersachsen und Bremen. 75 Erinnerungsorte aus Anlass der Gründung der beiden Bundesländer vor 75 Jahren. Göttingen, S. 149–154.

Supik, L./Kleinschmidt, M./Natarajan, R./Neuburger, T./Peeck-Ho, C./Schröder, C./Sielert, D. (2022) (Hrsg.): Gender, Race and Inclusive Citizenship. Dialoge zwischen Aktivismus und Wissenschaft. Wiesbaden

»Wie auf einer utopischen Insel? Die Konvente der evangelischen Damenklöster in Niedersachsen, Tagung »Der mühsame Weg zur Demokratie – Kontinuitäten und Diskontinuitäten zur NS-Zeit in der jungen Bundesrepublik«, Hannover, 30.09./01.10.2021.



Kontakt

jana.stoklasa@idd.uni-hannover.de

Dr. Jana Stoklasa

Aktuelle Projekte

Öl aus Niedersachsen – ein Rohstoff für die nationalsozialistische Aufrüstungspolitik und Kriegsführung

Aktuelle Publikationen und Vorträge

Stoklasa, J. (2023): Umstrittenes Vermögen. Arbeiterorganisationen in Wiedergutmachungsverfahren für nationalsozialistisches Unrecht, Göttingen.

Stoklasa, J. (2023): Die Konsumgenossenschaft Hannover – ein »erkalteter« Erinnerungsort. In: Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte 2022 (94), Göttingen, S. 119–142.

„Umstrittenes Vermögen: Arbeiterorganisationen in Wiedergutmachungsverfahren für nationalsozialistisches Unrecht“, Buchvorstellung aus der Veröffentlichungsreihe des Instituts für Didaktik der Demokratie: im Niedersächsischen Landesarchiv, Abteilung Hannover, 19. April 2023.

„Blindness to the Past in Restitution Proceedings for Labour Organizations in the Young Federal Republic of Germany.“ Symposium: Status quo and quo vadis? New Research on the Recognition and Compensation of Nazi Injustice in Comparative Perspective, Forschungsstelle Antiziganismus am Historischen Seminar der Universität Heidelberg; Hochschule für jüdische Studien Heidelberg, 31. März 2023.



Kontakt

jan.thorweger@idd.uni-hannover.de

Jan Eike Thorweger, M.Ed.

Aktuelle Publikationen

Thorweger, J. (2020): Perspektiven auf den alltäglichen Politikunterricht in inklusiven Lerngruppen. In: Meyer, D. / Hilpert, W. / Lindmeier, B.

(Hrsg.): Grundlagen und Praxis inklusiver politischer Bildung. Bonn, S. 287–302.

Thorweger, J. (2022): Schüler:innen mit und ohne Förderbedarf im Bereich geistige Entwicklung im inklusiven Politikunterricht – Konzeptionelle Impulse aus der Unterrichtspraxis. In: Jöhneck, J. / Baumann, S. (Hg.): Politische Bildung im Förderschwerpunkt geistige Entwicklung. Grundlagen und Praxisbeispiele für Förderschulen und Inklusion. Frankfurt a.M., S. 96–111.



Kontakt

vajen@idd.uni-hannover.de
0511/762 14561

Bastian Vajen, M.Ed.

Aktuelle Projekte

VAR – Verschwörungstheorien als Analyse- und Reflexionsgegenstand

REACT – Recognising Extremism and Conspiracy Theories

CiviMatics – Interdisciplinary mathematic modeling meets civic education

Aktuelle Publikationen und Vorträge

Vajen, B./Kenner, S./Reichert, F. (2023): Digital citizenship education – Teachers' perspectives and practices in Germany and Hong Kong. Teaching and Teacher Education, 122, Artikel 103972. <https://doi.org/10.1016/j.tate.2022.103972>

Vajen, B./Firsova, E. (2022): Wissen, Vorstellungen und Überzeugungen: Eine theoretische Verortung zentraler politikdidaktischer Konzepte. In E. Firsova, M. Grieger, S. Ivens, P. Klingler, & B. Vajen (Eds.), Methoden der politikdidaktischen Theoriebildung und empirischen Forschung (pp. 42–58). Frankfurt.

Vajen, B./Firsova, E./Lange, D. (2022): Krise, Sinnbildung und politische Bildung. Zeitschrift für Didaktik der Gesellschaftswissenschaften, 13(2), 19–36. <https://doi.org/10.46499/2079.2530>

„Der Krieg in der Ukraine – Die Perspektive von Schülerinnen und Schülern“, GPJE Jahrestagung, Hildesheim, 02.06.2023.

Students' conceptions of citizenship in Germany", International Conference: Inclusive Citizenship as Belongings, Practices and Acts, Hannover, 29.09.2022.

What Do Teachers Think about Digital Citizenship and What Are Implications for Education?", Comparative and International Education Society (CIES) | 66th Annual Conference, Mineapolis/ virtual event, 18.04.2022.



Kontakt

vogt@idd.uni-hannover.de
0511/762 14559

Alrun R. Vogt, M.Sc.

Aktuelle Projekte

REACT – Recognising Extremism and Conspiracy Theories

VAR – Verschwörungstheorien als Analyse- und Reflexionsgegenstand

Aktuelle Publikationen und Vorträge

Vajen, B./Firsova-Eckert, E./Vogt, A. R./Wolf, C. (2023): Verschwörungstheorien als Gegenstand des Politikunterrichts. In: POLIS, 2/2023, S. 22–24.

„Antisemitische Verschwörungstheorien bei Schüler*innen“, Fortbildung von „Starke Lehrer – starke Schüler“, Marburg, 4.7.2023.

Studentische Mitarbeiter*innen



Kontakt
aschenbrenner@idd.uni-hannover.de

Jule Aschenbrenner

Aktuelle Projekte
Monitor Demokratiebildung



Kontakt
berisha@idd.uni-hannover.de

Albijona Berisha

Aktuelle Projekte
KLIMA-AKTIV – Klimaschutz aktiv gestalten & politische Handlungskompetenz entwickeln

Aktuelle Publikationen
Berisha, A./Kenner, S. (2020): Multiperspektivität in der politischen Bildung zu 30 Jahren Deutsche Einheit. In: POLIS 2/2020, Heft 2, S. 24-25.



Kontakt
binner@idd.uni-hannover.de

Tom Binner

Aktuelle Projekte
Die „Historischen Landschaften“ des ehemaligen Königreichs Hannover vor, während und nach der Zeit des Nationalsozialismus

Vom „Eisernen Vorhang“ zum „Grünen Band“: Grenzerfahrungen gestern und heute. Ein Projekt zur Entwicklung pädagogischer Materialien für Schule und Museum über Geschichte und (Nach-)Wirkungen deutsch-deutscher Grenze(n)



Kontakt
bohenstengel@idd.uni-hannover.de

Lena Bohnenstengel

Aktuelle Projekte
Demokratiebildungsstudie

Aktuelle Publikationen und Vorträge
Vajen, B./Bohnenstengel, L./Lange, D. (2023): Der Krieg in der Ukraine – Die Vorstellungen und Emotionen von Schülerinnen und Schülern. In: GWP-Gesellschaft. Wirtschaft. Politik, 72(2), 205–216.

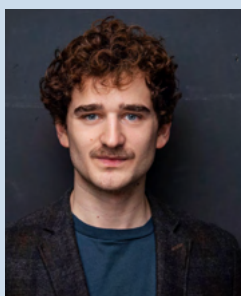
Informations- und Meinungsbildungsprozesse von Schülerinnen und Schülern zum Krieg in der Ukraine, Nachwuchstagung der GPJE, Hildesheim 31.05.2023.
Der Krieg in der Ukraine. Die Perspektive von Schülerinnen und Schülern. Haupttagung der GPJE, Hildesheim 02.06.2023.



Kontakt
bouba@idd.uni-hannover.de

Innawa Bouba

Aktuelle Projekte
STEPin – Supporting parents to deal with the excessive online time and habits of their children: a prevention and intervention programme for all



Kontakt
fender@idd.uni-hannover.de

Lukas Fender

Aktuelle Projekte
SchoolsGoGreen – Developing a Whole-School Approach to Promote Social Change and Sustainable Development as a Response to Environmental Challenges

RESIST – In the name of human rights. Teaching/learning materials dealing with resistance against National Socialism in Europe using the example of France and Germany 1933–1945



Kontakt
frey@idd.uni-hannover.de

Lena Frey

Aktuelle Projekte
CiviMatics – Interdisciplinary mathematical modeling meets civic education



Kontakt
glander@idd.uni-hannover.de

Josephine Glander

Aktuelle Projekte

STEPin – Supporting parents to deal with the excessive online time and habits of their children: a prevention and intervention programme for all



Kontakt
grashorn@idd.uni-hannover.de

Andrea Grashorn

Aktuelle Projekte

Spiritus Loci



Kontakt
hoins@idd.uni-hannover.de

Denise Hoins

Aktuelle Projekte

Die innerdeutsche Grenze in der Feldmark – Lebenslinien zwischen dem Wendland und der Altmark



Kontakt
hoppe@idd.uni-hannover.de

Marina Hoppe

Aktuelle Projekte

Öffentlichkeitsarbeit & Veranstaltungen

Aktuelle Publikationen

Hoppe, M. (2023): Historisches Lernen auf Youtube? Ein Analyseraster für zentrale Prinzipien des historischen Lernens in YouTube-Erklärvideos, in: Strobl, P./Cramm, S. (Hg.): Historia Prima. studentisches historisches Jahrbuch Niedersachsen, Band 1, S. 139-169.



Kontakt
kiene@idd.uni-hannover.de

Tobias Kiene

Aktuelle Projekte

AGRIPOL – Agrarpolitik und Nachhaltigkeit in der beruflichen Bildung



Kontakt
onnis@idd.uni-hannover.de

Chiara Antonia Onnis

Aktuelle Projekte

Die „Historischen Landschaften“ des ehemaligen Königreichs Hannover vor, während und nach der Zeit des Nationalsozialismus



Kontakt
pramann@idd.uni-hannover.de

Florentine Pramann

Aktuelle Projekte

Vom „Eisernen Vorhang“ zum „Grünen Band“: Grenzerfahrungen gestern und heute. Ein Projekt zur Entwicklung pädagogischer Materialien für Schule und Museum über Geschichte und (Nach-)Wirkungen deutsch-deutscher Grenze(n)



Kontakt
reimer@idd.uni-hannover.de

Kristin Reimer

Aktuelle Projekte

REACT – Recognising Extremism and Conspiracy Theories



Kontakt
reschke@idd.uni-hannover.de

Joost Reschke

Aktuelle Projekte

Alice – Animals, Climate and Civic Education

Agripol – Agricultural Policy and Sustainability in Vocational Education

Auf den Spuren der innerdeutschen Grenze – Ein Projekt zur Erstellung digitaler Lehr- und Informationspfade („Jugend Erinnert“)



Kontakt
voigt@idd.uni-hannover.de

Anna Voigt

Aktuelle Projekte

Die innerdeutsche Grenze in der Feldmark – Lebenslinien zwischen dem Wendland und der Altmark



Kontakt
nick.mellenthin@idd.uni-hannover.de

Nick Freddie Wilke-Mellenthin

Aktuelle Projekte

Monitor Demokratiebildung



Kontakt
rieger@idd.uni-hannover.de

Ben-Adrian Rieger

Aktuelle Projekte

Vom „Eisernen Vorhang“ zum „Grünen Band“: Grenzerfahrungen gestern und heute. Ein Projekt zur Entwicklung pädagogischer Materialien für Schule und Museum über Geschichte und (Nach-)Wirkungen deutsch-deutscher Grenze(n)

Aktuelle Publikationen

Quambusch, K./Rieger, B.: Koloniale Spuren in Hannover. Interview mit den Ausstellungskurator*innen Thomas Schwark und Katharina Rünger, in: Abseits der Fußnote, 18.11.2022, <https://iddblog.hypotheses.org/760>.

Junge, A./Rieger, B.: Hitlers letzte Tage als didaktisches Mittel? Eine Rezension zu „Führerbunker VR“ (Beta-Version), in: Abseits der Fußnote, 04.11.2022, <https://iddblog.hypotheses.org/644>.

Junge, A./Rieger, B.: Augmented Reality (AR) und Virtual Reality (VR) in der historisch-politischen Bildung, in: Abseits der Fußnote, 01.06.2022, <https://iddblog.hypotheses.org/381>.



Kontakt
witte@idd.uni-hannover.de

Ilka Witte

Aktuelle Projekte

Vom „Eisernen Vorhang“ zum „Grünen Band“: Grenzerfahrungen gestern und heute. Ein Projekt zur Entwicklung pädagogischer Materialien für Schule und Museum über Geschichte und (Nach-)Wirkungen deutsch-deutscher Grenze(n)

Die „Historischen Landschaften“ des ehemaligen Königreichs Hannover vor, während und nach der Zeit des Nationalsozialismus

Assoziierte Kolleg*innen



Kontakt
hauptmeyer@hist.uni-hannover.de

Prof. em. Dr. Carl-Hans Hauptmeyer

Aktuelle Forschungsschwerpunkte

Rotary in Deutschland 1920er bis 1960er Jahre
Demokratie leben – von unten
Leitthemen der (angewandten) Regionalgeschichte (Niedersachsens)

Aktuelle Publikationen

Hauptmeyer, C.-H./Ertel, R./Seidel, R. (2021): An der Seite der Universität. 100 Jahre Leibniz Universitätsgesellschaft Hannover. Rostock.
Hauptmeyer, C.-H./Fröhlich, C./Schmiechen-Ackermann, D. (2022): Die Dömitzer Brücken. Symbol und Erinnerungsort der deutschen Teilung im Elbraum (Schriften zur Didaktik der Demokratie 4), Göttingen.
Hauptmeyer, C.-H. (2021): Niedersachsen – erst seit 1946? Eine territorialhistorische Zusammenfassung, in: Neues Archiv für Niedersachsen, H. 2, S. 9-33.

Mehr unter:



Kontakt
marie.kelb@gymbane.eu

Marie Elisabeth Kelb, M.Ed.

Aktuelle Projekte

Pädagogische Beraterin am IDD im Projekt „Jugend erinnert“
Pädagogische Beraterin für den Volksbund dt. Kriegsgräberfürsorge Niedersachsen e.V.
Freie Autorin und hauptamtlich Lehrerin, aktuell am Gymnasium Bad Nenndorf, vorher IGS Schaumburg

Aktuelle Publikationen

Kelb, M. (2022): Europäismus statt eigener nationaler Identität? Zur Bedeutung der Identitätsfrage für ein gemeinsames Europa, in: „Einiges Europa?“ = Geschichte Lernen Nr. 209, Hannover, S. 35-39.
Kelb, M. (2022): Ein Beispiel für heldenhaften Widerstand? Erna Blencke und der ISK, in: Helden – Täter – Opfer. Biografien der Weltkriege – Wertungswandel und Rezeptionsgeschichte. Hrsg.: Volksbund dt. Kriegsgräberfürsorge e.V. Landesverband Niedersachsen, Seelze, S. 40-41.
Kelb, M./Kühne, R. (2021): Demokratisch oder nicht? Die Missachtung des Spitzenkandidatenprinzips bei der Wahl des EU-Kommissionsvorsitzenden, in: Behrmann, R./Hunecke, F. u.a. (Hg.): Zeitenwende 45' – Aufbruch in ein neues Europa,, Schwalbach/Ts., S. 202-214.



Kontakt
seidel@idd.uni-hannover.de

Dr. Rita Seidel

Aktuelle Projekte

Öl aus Niedersachsen- ein Rohstoff für die nationalsozialistische Aufrüstungspolitik und Kriegführung

Aktuelle Forschungsschwerpunkte

Wissenschaftsgeschichte, Wirtschafts- und Technikgeschichte, Unternehmensgeschichte, Kontinuitäten und Brüche zur NS-Zeit nach 1945, Regionalgeschichte

Aktuelle Publikationen

Ertel, R./Seidel, R./Hauptmeyer, C.-H. (2021): An der Seite der Universität. 100 Jahre Leibniz Universitätsgesellschaft Hannover, Rostock.
Seidel, R. (2021): Raumwissenschaftler an der Technischen Hochschule Hannover von den 1920er Jahren bis Anfang der 1970er. In: Kontinuitäten und Neuorientierungen. Personelle Netzwerke niedersächsischer Raumwissenschaftler nach 1945. In: Neues Archiv für Niedersachsen, 1, S. 102-130.

Beirat



Prof. Dr. Michele Barricelli

Ludwig-Maximilians-Universität München

Forschungsschwerpunkte

- Narrativität und historisches Lernen
- Nationalsozialismus, Krieg und Massengewalt als Themen des Geschichtsunterrichts sowie der Jugendbildung an außerschulischen Lernorten
- Interkulturelle Geschichtsdidaktik und Geschichtskultur
- Arbeit mit Zeitzeug*innen, auch in neuartigen digitalen Formaten
- Demokratiebildung im Kontext historisch-politischen Lernens

Mehr unter:



Prof. Dr. Moritz Haarmann

Leuphana Universität Lüneburg

Forschungsschwerpunkte

- Didaktik der sozioökonomischen Bildung
- adressat*innenorientierte Lehr- und Lernforschung
- Konzeption und Evaluation von Angeboten entdeckenden und forschenden Lernens
- Ideengeschichte der Volkswirtschaftslehre

Mehr unter:



Jun.-Prof. Dr. Inken Heldt

Rheinland-Pfälzische Technische Universität Kaiserslautern-Landau

Forschungsschwerpunkte

- Transfer politik- und sozialwissenschaftlicher Erkenntnisse in die Zivilgesellschaft
- Diskriminierungskritik
- Internationale und europäische Dimensionen und Ansätze Politischer Bildung
- Menschenrechtsbildung, Kinderrechte
- Digitalisierung und Politische Bildung
- Außerschulische politische Jugend- und Erwachsenenbildung
- Bildung für nachhaltige Entwicklung
- Herausforderungen der Zivilgesellschaft
- Subjektive Theorien/ Vorstellungsforschung
- Demokratiebildung für benachteiligte Zielgruppen
- Forschendes Lernen in der Politischen Bildung

Mehr unter:



Jun.-Prof. Dr. Steve Kenner

Pädagogische Hochschule Weingarten

Forschungsschwerpunkte

- Politische Bildung als Unterrichtsfach und als Bildungsauftrag
- Bildung im Kontext einer sozial-ökologischen Transformation
- Fachdidaktische Theoriebildung
- Gesellschaftlicher Wandel (insbesondere Digitalisierung und Transformation)

Mehr unter:





Prof. Dr. Waltraud Meints-Stender

Hochschule Niederrhein

Forschungsschwerpunkte

- Grundfragen des Politischen
- Machttheorien
- Konzeptionen politischer Urteilskraft/Gleichheit & Differenz im Kontext von sozialer Gerechtigkeit
- Studien zur Philosophie des Politischen in den Schriften Hannah Arendts

Mehr unter:



Prof. Dr. Tonio Oeftering

Carl von Ossietzky Universität Oldenburg

Forschungsschwerpunkte

- Politische Theorie und Politische Bildung
- Außerschulische politische Jugend- und politische Erwachsenenbildung
- Internationalisierung der politischen Bildung
- Politische und Kulturelle Bildung, insb. Politische Musik und Politische Bildung
- Lebensweltorientierung und Politische Bildung
- Politische Bildung und Menschenrechtsbildung

Mehr unter:



Prof. Dr. Murray Print

University of Sydney

Forschungsschwerpunkte

- political education
- democracy education
- citizenship education
- civics

Mehr unter:



Prof. Dr. Christoph Wolf

IU Internationale Hochschule

Forschungsschwerpunkte

- Antisemitismuskritische Bildung
- Politische Bildung und Demokratiebildung als Dimensionen Sozialer Arbeit
- Non-formale politische Jugend- und Erwachsenenbildung
- Qualitative Forschung, insbesondere qualitative Inhaltsanalyse

Mehr unter:



Schriften zur Didaktik der Demokratie

Wallstein Verlag



Das vollständige Programm finden Sie unter:
wallstein-verlag.de/reihen/schriften-zur-didaktik-der-demokratie.html



Der mühsame Weg zur Demokratie. Kontinuitäten und Diskontinuitäten zur NS-Zeit in der frühen Bundesrepublik (erscheint 2023)

Christian Hellwig, Detlef Schmiechen-Ackermann, Dominik Dockter, Denise Hoins, Abelina Junge, Christiane Schröder (Hg.)

Die frühe Bundesrepublik zwischen belastenden Kontinuitäten, geschickter »Vergangenheitspolitik« und demokratischer Neugestaltung nach der NS-Zeit.



Umstrittenes Vermögen. Arbeiterorganisationen in Wiedergutmachungsverfahren für Nationalsozialistisches Unrecht (2023)

Jana Stoklasa

Wie westdeutsche Arbeiterorganisationen nach 1945 um Rückerstattung und Entschädigung stritten.



Der Gorleben-Treck 1979. Anti-Atom-Protest als soziale Bewegung und demokratischer Lernprozess (2020)

Detlef Schmiechen-Ackermann, Christian Hellwig, Wienke Stegmann, Karolin Quambusch, Jenny Hagemann (Hg.)

Ein Symbol für den Widerstand gegen Atomkraft: Der Gorleben-Treck.



Die Dömitzer Brücken. Symbol und Erinnerungsort der deutschen Teilung im Elberaum (2022)

Claudia Fröhlich, Detlef Schmiechen-Ackermann, Carl-Hans Hauptmeyer (Hg.)

Ikone und Grenzanlage, politisches Instrument und Touristenziel: die Dömitz Brücken.



Die Klosterkammer Hannover 1931-1955. Eine Mittelbehörde zwischen wirtschaftlicher Rationalität und Politisierung (2018)

Detlef Schmiechen-Ackermann, Dominik Dockter, Christian Hellwig, Carina Pniok, Christiane Schröder (Hg.)

Wie verhielt sich die Klosterkammer in der NS-Zeit?



Die inszenierte Grenze. Flucht und Teilung in westdeutschen Filmnarrationen während der Ära Adenauer (2018)

Christian Hellwig

Spielfilme als Spiegel des Ost-West-Konflikts

Bürgerbewusstsein – Schriften zur Politischen Kultur und Politischen Bildung

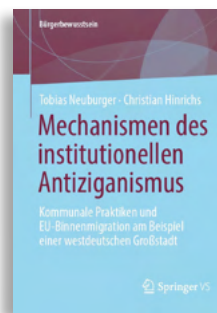
Springer VS

Das vollständige Programm finden Sie unter:
<https://www.springer.com/series/12208>



Sinnbilder des Alltagsverstandes. Zur Bedeutung von Sinnbildungsprozessen in der institutionell gebundenen politischen Bildung (erscheint 2023)

Juliane Hammermeister



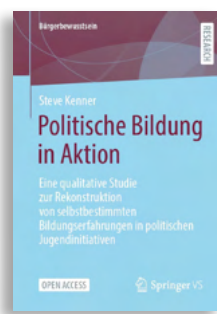
Mechanismen des institutionellen Antiziganismus. Kommunale Praktiken und EU-Binnenmigration am Beispiel einer westdeutschen Großstadt (2023)

Tobias Neuburger, Christian Hinrichs



Rassismus in den Vorstellungen angehender Lehrkräfte. Ein Beitrag zur politikdidaktischen Forschung (2023)

Lara Kierot



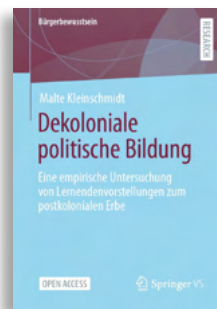
Politische Bildung in Aktion. Eine qualitative Studie zur Rekonstruktion von selbstbestimmten Bildungserfahrungen in politischen Jugendinitiativen (2021)

Steve Kenner



Politische Partizipation im Bürgerbewusstsein von Bundesfreiwilligen. Perspektiven zur Gestaltung von Politischen Bildungsseminaren im Bundesfreiwilligendienst (2021)

Philipp Legrand



Dekoloniale politische Bildung. Eine empirische Untersuchung von Lernendenvorstellungen zum postkolonialen Erbe (2021)

Malte Kleinschmidt



Wie Politiklehrkräfte Antisemitismus denken. Vorstellungen, Erfahrungen, Praxen (2021)

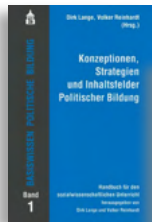
Christoph Wolf



Hannah Arendt. Lektüren zur politischen Bildung (2020)

Tonio Oefftering, Waltraud Meints-Stender, Dirk Lange

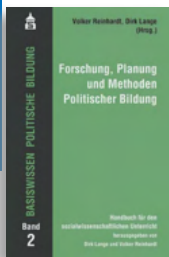
Handbücher, Kompendien und Herausgeber*innenbände des IDD



Basiswissen Politische Bildung Band 1+2.

2. Aufl., Hohengehren: Schneider-Verlag (2023)

Dirk Lange, Volker Reinhardt (Hg.)



Young Citizens. Handbuch politische Bildung in der Grundschule.

Schriftenreihe der BpB, Bd. 10777, Bonn. (2022)

Dirk Lange, Iris Baumgardt (Hg.)



Handbuch Schülerwettbewerbe zur Demokratiebildung.

Frankfurt/M., Wochenschau-Verlag (2018)

Wolfgang Beutel, Sven Tetzlaff (Hg.) (2018)



Handbuch Demokratiepädagogik.

Frankfurt/M., Wochenschau-Verlag/DebusPädagogik (2022)

Wolfgang Beutel, Markus Gloe, Gerhard Himmelmann, Dirk Lange, Volker Reinhardt, Anne Seifert (Hg.)



Perspektiven diskriminierungskritischer Politischer Bildung.

Frankfurt/M. Wochenschau-Verlag (2023)

Theresa Bechtel, Elizaveta Firsova, Arne Schrader, Bastian Vajen, Christoph Wolf (Hg.)



Methoden der politikdidaktischen Theoriebildung und empirischen Forschung.

Frankfurt/M., Wochenschau-Verlag. (2023)

Elizaveta Firsova, Marcel Grieger, Sven Ivens, Philipp Klingler, Bastian Vajen (Hg.)



Hildegard Hamm-Brücher: Demokratie lernen und demokratisches Handeln in der Schule. Texte zur Demokratiepädagogik.

Frankfurt/M., Wochenschau-Verlag (2023)

Wolfgang Beutel, Verena Hamm (Hg.)



Demokratie auf Distanz. Digitaler Wandel und Krisenerfahrung als Anlass und Auftrag politischer Bildung. Frankfurt/M., Wochenschau-Verlag (2023)

Inken Heldt, Wolfgang Beutel, Dirk Lange (Hg.)

Blog „Abseits der Fußnote“

Besuchen Sie den Blog unter:
<https://iddblog.hypotheses.org/>



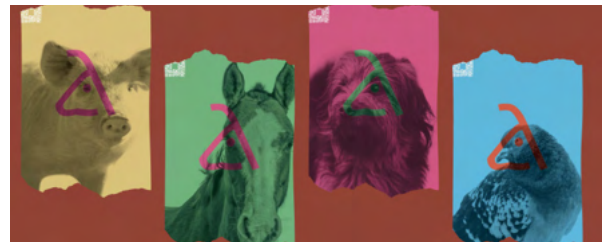
Auf diesem Blog publizieren und diskutieren die Mitglieder des Instituts für Didaktik der Demokratie – abseits der Fußnote. Das bedeutet für uns, nicht nur unsere Forschung vorzustellen, sondern auch mit interessierten Leser*innen ins Gespräch zu kommen. Beiträge über unsere laufenden Projekte, Einblicke in Veranstaltungen und Publikationsvorhaben, Interviews, Rezensionen – all diese Themen und mehr erwarten Sie auf dem Blog des Instituts für Didaktik der Demokratie!

Aus dem Blog:



Koloniale Spuren in Hannover. Interview mit den Ausstellungskurator*innen Thomas Schwark und Katharina Rünger

Karolin Quambusch und Ben-Adrian Rieger vom IDD sprechen mit den Kurator*innen der Ausstellung "Von goldenen Kutschen und kolonialer Vergangenheit: Hannover, England und die Sklaverei", die momentan im Historischen Museum Hannover läuft. Prof. Dr. Thomas Schwark und Katharina Rünger geben dabei Einblicke in den Konzeptionsprozess, die im Thema inhärenten Herausforderungen und das Feedback der Besucher*innen. (Bild: Historisches Museum Hannover)



ALICE Projekt kreiert Graphic Novel zum Mensch-Tier-Verhältnis

Wie können Themen der Tierethik im (Politik-)Unterricht stärker abgebildet werden? Das Projekt ALICE („Animals, Climate and Civic Education“), in dem das Institut für Didaktik der Demokratie als Projektkoordination fungiert, hat hierfür multimediale Unterrichtsmaterialien entwickelt. Ronja Kummer und Joost Reschke geben Einblicke in den Projektverlauf, den Konzeptionsprozess der Graphic Novel und die Einsatzmöglichkeiten im Unterricht.



Augmented Reality (AR) und Virtual Reality (VR) in der historisch-politischen Bildung

Digitale Medien gehören heute fest in unseren Alltag – doch nicht nur zur reinen Unterhaltung: Verschiedene Akteur*innen aus der historisch-politischen Bildungsarbeit, der Forschung sowie aus der Tech-Branche haben mittlerweile entdeckt, dass digitale Medien auch für die Bildungsarbeit einsetzbar sind. Abelina Junge und Ben-Adrian Rieger beleuchten im Beitrag exemplarische Angebote aus den Bereichen VR und AR.



„Freizügigkeit für alle? Institutioneller Rassismus und EU-Migration“ – ein Bericht

Unter dem Titel „Freizügigkeit für alle? Institutioneller Rassismus und EU-Migration“ veranstaltete das IDD in Kooperation mit dem Bildungsforum gegen Antiziganismus, der Hochschule Hannover und der Kommunalen Hochschule für Verwaltung in Niedersachsen eine Vortragsreihe, die sich mit den Mechanismen und Wirkungsweisen des institutionellen Rassismus im EU-Binnengrenzregime befasste.



Kooperationen

Internationale Kooperationspartner

Mémorial National de la Prison de Montluc, Frankreich
Centre d' , Histoire De La Resistance et De La Deportation, Frankreich
140th High School "Ivan Bogorov", Bulgarien
1 EPAL Korydallou/Athen - Public VET school, Griechenland
1st Vocational School of Piraeus, Griechenland
2 EK Peiraia, Griechenland
9th Gymnasium of Piraeus, Griechenland
365giornialfemminile, Italien
Agrupamento de Escolas de Pombal, Portugal
Agricultural University Plovdiv, Bulgarien
Aristotle University of Thessaloniki, Griechenland
Artemissió Foundation, Ungarn
Asist Ogretim Kurumlari A.S., Türkei
Biedriba Eurofortis, Lettland
Bundesrealgymnasium Wien 18, Österreich
Bulgarian School of Politics "Dimitry Panitz", Bulgarien
Buzau County School Inspectorate, Rumänien
CDIMM Maramures Foundation, Rumänien
Center for Education Research and Innovation, Bulgarien
Cidis Onlus, Italien
Civic Computing, Großbritannien
Cyprus Computer Society, Zypern
Dansk Kommunikation, Dänemark
Danmar Computers, Polen
Demokratiezentrum Wien, Österreich
Department of Urban Planning, College of Architecture & Urban Planning, Tongji University Shanghai, China
Directorate of Primary Education of Western Thessaloniki, Griechenland
Directorate of Secondary Education of Piraeus, Griechenland
Ellinogermaniki Agogi Pallini, Griechenland
École supérieure d'art et de design d'Amiens, Frankreich
edUcation, Großbritannien
Education and Teacher Training Agency, Kroatien
Emphasys Centre - A & A Emphasys Interactive Solutions Ltd, Zypern
Ethnotolerance, NGO Bulgarien
EuroEd Foundation, Rumänien
European University Cyprus, Zypern
Flakkebjerg Efterskole, Dänemark
Folksuniversitetet, Schweden
Hälsinglands Utbildningsförbund, Schweden
Institut für Erziehungs- und Bildungswissenschaft der Universität Graz, Österreich
Institute of Sociology of the University of Wrocław, Polen
Instituto De Educación Secundaria „María Moliner“, Spanien
Instituto de Formación y Estudios Sociales IFES, Spanien
Institut Ochrony Srodowiska, Polen
Ionidios Model Lyceum, Griechenland
Konya Metropolitan Municipality, Türkei
Lancaster and Morecambe College, Großbritannien
Landwirtschaftliche Fachschule Hollabrunn, Österreich
Learning for Integration ry, Finnland
Liceul Tehnologic Economic „Elina Matei Basarab“, Rumänien
Liverpool Football Club Museum, Großbritannien
Ljudska Univerza Rogaska Slatina, Slowenien
LLLPlatform, Belgien
Losconi Primary School, Ungarn
Manchester Metropolitan University, Großbritannien
Marca ADL, Portugal
Messerli Institut der Veterinärmedizinischen Universität Wien, Österreich
Mustafa Necati Primary School, Türkei
Mykolas Romeris University, Litauen

National Center for Scientific Research „Demokritos“, Griechenland
Parkinson Lane Community Primary School, Großbritannien
People's History Museum, Großbritannien
Regional Directorate of Primary and Secondary Education of Crete, Griechenland
Regional School Inspectorate of Sicily, Italien
Research Center for Chinese Historical Cities, Tongji University Shanghai, China
Samiedu Savonlinna, Finnland
Schweizerischer Verband für Weiterbildung, Schweiz
Scoala Gimnaziala Cozmesi, Rumänien
Sociedade Portuguesa de Inovacao, Portugal
Speha Fresia, Italien
Stadt Piraeus, Griechenland
Stiftung Nadwa, Belgien
Synergy of Music Theatre, Griechenland
Technological Educational Institute of Crete, Griechenland
Tekirda Romans Aid and Solidarity Association, Türkei
Theatre de l'Opprimé, Frankreich
Universidad La Laguna in Tenerife, Spanien
Università Degli Studi Di Trento, Italien
Università Della Calabria, Italien
Università Di Pavia, Italien
Universität Wien, Österreich
Universitatea Alexandru Iona Cuza, Rumänien
University of Hongkong
University of Piraeus Research Center, Griechenland
Unwersytet Mikołaja Kopernika w Torunio, Polen
Unpli Lazio, Italien
Verein Multikulturell, Österreich
Voca Train, Polen
Women in Digital Initiatives Luxembourg Asbl, Luxemburg
World Heritage Institute of Training and Research for the Asia and Pacific Region (WHITRAP), Tongji University Shanghai, China
Zentrum für Chinesisch-Deutschen gesellschaftlich-kulturellen Austausch, Tongji University Shanghai, China
Zespół Szkół Lesnych Ruciane Nida, Polen
ZRC SAZU - Research Centre of the Slovenian Academy of Sciences and Arts, Slowenien

Nationale Kooperationspartner

Abteilung Städtische Erinnerungskultur, Landeshauptstadt Hannover
Agentur für Erwachsenen- und Weiterbildung (AEWB) Niedersachsen
Akademie für Politische Bildung Tutzing
Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Hannover
Arbeitsstelle Regionale Geschichtskulturen an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg
Arbeitsstelle Antiziganismusprävention der PH Heidelberg
BLLV - Bayr. Lehrerinnen- und Lehrer-Verband
Bundesinstitut für Geschichte und Kultur der Deutschen im östlichen Europa (BKGE), Carl von Ossietzky Universität Oldenburg
Bundesministerium für Bildung und Forschung
Bertelsmann-Stiftung
Bundeszentrale für Politische Bildung (bbp)
Carl und Anneliese Goerdeler Stiftung, Leipzig
Conrad-von-Soest-Gymnasium, Soest
Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU), Abteilung Bildung und Forschung
Deutsche Gesellschaft für Demokratiepädagogik (DeGeDe)
Deutsches Erdölmuseum, Wietze
Deutsche Schulkademie/Der Deutsche Schulpreis

Deutsche Vereinigung für Politische Bildung (DVPB)
 Deutsche Vereinigung für Politikwissenschaft (DVPW)
 Dokumentationszentrum Berliner Mauer
 ecrivir – die Textmacher GmbH
 Eugen-Biser-Stiftung, München
 Evangelische Schule Berlin Zentrum
 Fachdienst Jugend – Familie – Bildung des Landkreises Lüchow-Dannenberg
 Förderverein Demokratisch Handeln e.V.
 Freie Universität Berlin
 Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn
 Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Berlin
 Gedenk- und Bildungszentrum Andreasstraße, Erfurt
 Gewerkstatt gGmbH
 Georg-Eckert-Institut für Schulbuchforschung Braunschweig
 Goethe-Universität Frankfurt/M.
 Gorleben-Archiv, Lüchow
 Grenzdokumentationsstätte Lübeck-Schlutup
 Grenzhof Schlagsdorf
 Grenzlandmuseum Eichsfeld
 Grenzlandmuseum Schnackenburg
 Grundschule Bad Münder
 Hans-Böckler-Stiftung
 Heidehof-Stiftung, Stuttgart
 Historische Kommission für Niedersachsen und Bremen e.V.
 Historisches Museum Hannover
 Humanistischer Verband Deutschlands, Sektion Lebenskunde
 IGS Robert Bosch Hildesheim
 Ingenious Knowledge
 International Tracing Service, Bad Arolsen
 Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien an der Universität Osnabrück
 Johann-Friedrich-Danneil-Museum
 Kino im Künstlerhaus, Hannover
 Klosterkammer Hannover
 Künstlerhof Schreyahn
 Landesjugendring Hannover
 Leonore-Goldschmidt-Schule, Hannover
 Leibniz-Konfuzius-Institut Hannover
 Ludwig-Maximilians-Universität München
 Marschhufendorf Konau/Popelau
 Mensch-Tier-Bildung e.V.
 Metropolregion Hamburg
 Museum Das Alte Zollhaus, Hitzacker
 Museum Deutsche Einheit Bad Bodenteich
 Museum Grenzdurchgangslager Friedland
 Museum Wustrow
 Museumsverbund Lüchow-Dannenberg
 Niedersächsisches Kultusministerium
 Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung
 Niedersächsisches Landesinstitut für schulische Qualitätsentwicklung (NLQ)
 Niedersächsisches Institut für Historische Regionalforschung e.V., Hannover
 Pädagogische Hochschule Freiburg/Br.
 Peco Institut Berlin
 Richard Grundschule Neukölln
 Robert Bosch Stiftung GmbH, Stuttgart
 Rotary-Club Calenberg-Pattensen
 Rundblick Niedersachsen. Politikjournal für Niedersachsen
 Stadt Barsinghausen
 Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“
 Stiftung niedersächsische Gedenkstätten
 Studienseminar Braunschweig für berufsbildende Schulen
 Swinmark Grenzlandmuseum Göhr
 Technische Universität Dortmund
 Unabhängige Kommission Antiziganismus
 Universität Vechta
 Volksbund deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V., Landesverband Niedersachsen

Volkshochschule Hannover
 Wallstein Verlag
 Wochenschau-Verlag, Frankfurt/M.
 Zentrum für Zeithistorische Forschung, Potsdam
 ZeitZentrum Zivilcourage, Hannover



10 Jahre
Institut für
Didaktik der Demokratie

Institut für Didaktik der Demokratie

Callinstr. 20
30167 Hannover

Tel. +49 511/762 17317

www.idd.uni-hannover.de